

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk.
wöchentlich, 25 Mk. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
für politische und gemeinschaftliche Anzeigen
und Bekanntmachungen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Verrat oder Verhängnis?

Paris, 21. Februar. (Fig. Ber.)

Hat Herr Maginot, Unterstaatssekretär des Krieges,
gestern das Ministerium Doumergue verraten? Oder
verriet Doumergue die radikale Partei? Oder verraten die
Radikalen ihr Programm von Bau? Und wenn Verrat überall
ist, ist nicht auch die Hand des Schicksals dabei?

Herr Maginot hatte seinen guten Ruf bei der gemäßigten
Presse herzustellen. Er war im Parlament einer der ersten
Jutreiber des Briandismus gewesen, bis er zur allgemeinen
Verblüffung in das Ministerium Doumergue eintrat. Darob
große Entrüstung bei „Temps“, „Debat“ usw. Für diese
Hüter des politischen Anstandes ist Briands Sprung ins
sozialkonservative Lager ein ruhmreicher Fall von Staats-
männischer Entwicklung, die Preisgabe der Neutralität in
Briands Truppe gegen ein Amt im radikalen Ministerium
erschien ihnen als eine das Jahrhundert beschämende Ver-
räterei und Streberei. Wollte also Herr Maginot — viel-
leicht, weil die radikale Herrschaft immer mehr ins Wanken
gekommen und eine neue Ueberbedelung ratsam ist, vielleicht
auch, weil seine Verhältnisse zu Briand und Barthou nie ge-
löst waren und jetzt der Augenblick gekommen schien, die Maske
abzuwerfen — das vergehende Verständnis seiner Tadel
gewinnen? Wenn Herr Maginot von Briand und Barthou
selbst ins Ministerium ihrer Gegner delegiert worden wäre,
er hätte ihnen nicht besser dienen können, als mit seiner
gestrigen Rede. Es ist ihr stärkstes Argument, daß die
Radikalen in der Regierung ganz genau ihre Politik über-
nommen und ihre eigenen Forderungen und Versprechungen
fallen gelassen haben — daß also der ganze gewaltige An-
sturm, der mit der Programmklärung von Bau begann
und mit dem Sturz Barthous endete, gar keinen anderen
Herkunft hatte, als ihre Leute ins Ministerium und den amt-
lichen Apparat der Wahlbeeinflussung in ihre Hände zu
bringen. Und man muß sagen, daß zum vollendeten Nachweis
dieses Vorwurfs nichts mehr fehlt. Daß die Anleihenpolitik
Caillaux' der Anleihenpolitik Dumont ähnlich sieht, wie ein
größerer Bruder dem kleineren; daß aus der angelegentlich
Sparpolitik ein paar Taschenspielertricks geworden sind; daß
endlich die Regierung in der Steuerfrage entweder einen
Ausgleich anzunehmen bereit ist, der einen stufenweisen, d. h.
ins Ungewisse befristeten „Umbau“ der direkten Steuern
und den Verzicht auf das Einkommenbekenntnis vorschiebt oder
überhaupt die gesetzliche Erledigung vor den Wahlen preis-
gibt, ist ebensowenig zu leugnen, wie der schon in der Re-
gierungsklärung enthaltene Verzicht auf die Aufhebung
oder den Abbau des Dreijahresgesetzes. Für die Briandistische
Opposition aber, die natürlich ein ungeheures Interesse daran
hat, das Ministerium noch vor den Wahlen zu stürzen, gibt
es kein besseres Mittel, als die Regierung im Parlament in
eine Situation zu treiben, wo sie in offenem Widerspruch
zum radikalen Programm und in einen Konflikt mit der
äußersten Linken gerät.

Das hat nun Herr Maginot gestern besorgt, als er, be-
auftragt, Aufklärungen über die sanitären Zustände in der
Armee zu geben, unvermittelt zu einem Ausfall gegen den
„ungerechtfertigten Alarm“ überging, der das Geheiß herab-
zuschicken trachtete, das das Parlament in freier Prüfung als
unumgänglich für die Nationalverteidigung beschlossen habe
und dessen Aufhebung ein anständigerweise nicht zu erwarten-
des „unwahrscheinliches Schauspiel“ wäre. Der erste Ein-
druck dieses verblüffenden Angriffes auf Anschauungen, die
auch von einem bedeutenden Teil der bürgerlichen Linken ver-
treten werden und im offiziellen Parteiprogramm des
Radikalismus ihren Platz gefunden haben, mußte der Ver-
dacht sein, die Sache sei mit Briand und Barthou abgekartet,
um die Linke auseinanderzupresen. Sembat setzte auch
das Tüpfelchen auf das i, indem er die Frage stellte, ob Herr
Maginot seine Erklärung vorher dem Ministerpräsidenten
unterbreitet habe.

Herr Doumergue antwortete nicht, aber er schüttelte
Herrn Maginot, als er zur Regierungsbank zurückkehrte,
demonstrativ die Hand. Das bedeutet nun keineswegs eine
Hebung der Sembatschen Frage. Es ist höchst unwahr-
scheinlich, daß das Ministerium eine so demonstrative Er-
klärung — der Redner las ihren Text vom Manuskript ab —
durch einen einfachen Unterstaatssekretär hätte abgeben wollen
und zudem durch Herrn Maginot, dessen Intervention zwei-
deutig scheinen mußte. Aber jedenfalls hat sich Doumergue
nachträglich mit ihr identifiziert. Man kann ihm zugeeigen,
daß es ihm nicht möglich gewesen wäre, Maginot zu des-
abonieren. Neben ihm sah der Kriegsminister Rouleus,
der unlängst ebenfalls das Dreijahresgesetz für ein notwendiges
patriotisches Werk erklärt hat. Allerdings außerhalb des
Parlamentes, wie denn die ganze radikale Politik immer mehr
darauf hinausläuft, den Folgen des in der Partei herrschenden
Mangels an Einigkeit und Entschlossenheit im Parlament
durch fortwährendes Ausweichen zu entgehen. Die Schwäche
der Regierung ist schon in ihrer Konstitution begründet, eben
darin, daß sie Leute wie Maginot aufnehmen mußte und —
konnte, aber ihr letzter Grund ist in der Natur der radikalen
Partei selbst gegeben, die die Interessen der ländlichen und
städtischen Massen vertreten möchte, aber, sobald sie die Staats-
gewalt in die Hände bekommt, den Lebensgesetzen eines ge-
sellschaftlich zum Organ der kapitalistischen und imperialistischen

Zutreffen gewordenen Gebildes unterliegt. Der Minis-
terialismus führt im entwickelten kapitalistischen Staat
auch schon bei der Radikal-
demokratie zum Selbstverrat.

Die gestrige Sitzung hat die Lage des Ministeriums höchst
kritisch gestaltet. Die bürgerliche Linke ist vollkommen des-
orientiert. Ein Teil der radikalen Presse tadelt Herrn
Maginot. Manche Blätter möchten die Rede mit samt dem
folgenden Händedruck als eine unangenehme Episode zu den
Akten legen lassen. Andere — wie der „Kappel“ — verhehlen
nicht ihr Einverständnis mit Maginots Meinung. Zeit ge-
winnen — ist jetzt so ziemlich der einzige Gedanke, worin der
Radikalismus einig ist. Der Opposition aber ist es jetzt ge-
lungen, die Regierung zu stellen und es ist ungewiß, wie
diese sich morgen verteidigen wird. Den Sozialisten kommt
in dieser Lage eine entscheidende Rolle zu. Sie haben nicht
die geringste Lust, den Intriguen Briands zu dienen, aber
ebensowenig kann ihnen zugemutet werden, sich zu verleugnen
einer radikalen Partei zuliebe, die in die Wahlaktion keine
andere Idee mitbringt als die, Mandate zu gewinnen. Der
„Kampf gegen die Reaktion“ in allen Ehren. Sicher ist es
besser, den Kampf gegen einen gefährlichen Gegner zu zweit zu
bestehen als allein. Aber nur wenn der Zweite keine Leiche
ist, an die man gefettet ist.

Paris, 23. Februar. Die Interpellation über den Gesund-
heitszustand in der Armee wurde heute in der Kammer fortgesetzt.
Nachdem verschiedene Redner der Rechten die Mangelzustände
auf ungenügende Witterungsbedingungen usw. zurückgeführt hatten,
betrat Kriegsminister Rouleus die Tribüne. Der Kriegsminister
wiederholte, daß die Heeresverwaltung nichts zu verbergen habe.
Der strenge Winter und die Epidemien hätten auch die Nachbar-
länder heimgesucht. Aber die schwierige Lage in Frankreich habe
ihre besonderen Ursachen, darunter die ungenügende Aus-
wahl unter den ausgehobenen Mannschaften. (Beifall.)
Man bemerkt, daß auch Caillaux und Viviani ihre Zustimmung zu
erkennen geben. Bei der Auswahl hätte man strenger verfahren
können, man hätte dann auch noch einen genügend starken Man-
schaftsbestand erhalten.

Der frühere Kriegsminister Etienne unterbricht den Redner
und bemerkt, daß die Regierung den Aushebungsbehörden sehr
genau abgefaßte Anweisungen für eine strenge Auswahl unter den
Auszuhebenden gegeben habe. (Widerspruch auf der äußersten
Linken.)
Kriegsminister Rouleus gab zu, daß die Aushebungs-
behörden die strengen Anordnungen der früheren Regierung nicht
befolgt hätten. Man müsse ein praktisches System bilden, um die
Effektivstärke auf den Stand zu beschränken, der nötig sei, um die
Gesundheit der Mannschaften zu erhalten. (Beifall.) Infolge der
Bestimmungen der Kammer hätte die Armee im letzten Augen-
blick 235000 Mann einstellen müssen anstatt 195000 Mann, die
vorgesehen waren. (Beifall.) Es hätten
sich Schwierigkeiten ergeben bei der Unterlun-
stfrage und bei der Frage der Versorgung dieser
Leute mit Kleidung und Schuhwerk. Die Verwaltung
habe die günstigsten Ergebnisse erzielt, wenn auch nicht vollkommene.
Stürzlich seien noch Maßnahmen ergriffen worden zur Vesserung
der Verpflegung. Der Kriegsminister führte weiter aus, seine erste
Sorge sei gewesen, die Soldaten überall, wo eine zu starke Belegung
der Kasernen festgestellt habe, auseinander zu legen und für
reichliche Desinfektion zu sorgen. Den erstlich krank gewordenen
Soldaten sei, soweit ihr Zustand beunruhigend gewesen sei, ein Er-
holungsurlaub bewilligt worden, der im reglementmäßigen Urlaub
nicht eingerechnet werden solle. Diese Maßnahme habe der Stärke
der Armee keinen Eintrag getan, aber den Familien der Soldaten
das Vertrauen zurückgegeben. (Beifall auf der äußersten Linken.)
Die Direktoren des Sanitätsdienstes hätten das Recht, die Kasernen
zu revidieren, ohne die Truppenkommandeure vorher zu benach-
richtigen. (Beifall bei der Linken und äußersten Linken.)

Rouleus erklärte weiter, es würden außerdem zwei ärztliche
Inspektoren geschaffen werden, ohne jedoch neue Beamte zu er-
nennen. Er schloß mit den Worten: Die Mannschaften müssen
durch allmähliche nicht überstürzte Anstrengungen herangebildet
werden. Der frühere Kriegsminister Etienne unterbrach ihn
und erklärte, er selbst habe bereits ein Rundschreiben in diesem
Sinne erlassen. (Beifall.) Rouleus gab die Michtigkeit
dessen zu, meinte aber, die Instruktion sei nicht immer befolgt
worden und fuhr fort: Wir werden noch andere Maßnahmen er-
greifen. Wir wollen ein starkes Heer, dafür aber ist die erste
Bedingung die Gesundheit der Mannschaften. (Beifall auf
der Linken und der äußersten Linken.)

Fugagnon brachte einen Antrag auf Bildung einer Un-
tersuchungskommission ein, da die Kammer, wie er
sagte, noch nicht genügend unterrichtet sei, trotz der lobalen und
unparteiischen Erklärungen der Regierung. (Beifall.)

Abgeordneter Abel Ferry unterstützte diese Forderung nach
einer Untersuchung, indem er im besonderen wünschte, daß die be-
stehende Gesundheitskommission damit beauftragt würde.

Ministerpräsident Doumergue erklärte, daß er die Unter-
suchung grundsätzlich annehme. (Beifall auf der Linken
und der äußersten Linken.) Die Regierung werde in dieser
Aufgabe die Kommission unterstützen, welche geeignet sei, alle An-
strengungen heranzuziehen, die die Regierung gemacht habe, um das
Land zu beruhigen. (Beifall auf zahlreichen Bänken.)

Der Antrag Ferrys wurde sodann mit 385 gegen 25 Stimmen
angenommen. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Attentat auf die Bischofsresidenz
in Debreczin.

Der nationalistische Hader, der seit Jahren das gesamte
öffentliche Leben Ungarns vergiftet, hat sich am Montag-
vormittag in einem Dynamitattentat auf die
bischöfliche Residenz in Debreczin furchtbaren
Ausdruck verschafft. In dem Palaste des griechisch-katholischen
Bischofs Dr. Miklossy kam eine Höllemaschine
zur Explosion, durch die drei Personen getötet und
sieben schwer verletzt wurden. Ueber das Attentat
erhalten wir folgende Meldungen:

Debreczin, 23. Februar. In der Kanzlei des hiesigen griechisch-
katholischen Bischofs Miklossy hat heute eine Dynamitexplosion statt-
gefunden, durch welche drei Personen, darunter der bischöfliche Vikar
Dr. Jaczovics und der bischöfliche Sekretär Dr. Schlep-
towsky getötet worden sind; der Bischof selbst ist unverletzt
geblieben. Die Tochter des Vikars wurde bei der Nachricht von dem
Tode ihres Vaters wahnsinnig. Man vermutet, daß es sich um
ein Attentat gegen den Bischof gehandelt hat.

Budapest, 23. Februar. Die Untersuchung hat ergeben, daß die
Dynamitbombe von Czernowiz mit der Post an den
Bischof Miklossy gesandt worden ist. Ein gestern eingetroffener
Brief kündigte an, daß eine Sendung, enthaltend einen Kirchen-
leuchter und einen für Kultuszwecke geeigneten Teppich aus
Leopardenfell sowie 100 Kronen für den Bischof ankommen werde.
Der Brief war mit Anna Kovacs unterschrieben. Die Sendung
traf auch wirklich ein und wurde von dem bischöflichen Vikar
geöffnet, der durch die Explosion sofort getötet wurde. Die
Zahl der Toten beträgt drei, die der Verwundeten
sieben. Die anfangs aufgestaute Vermutung, daß der Anschlag
aus einer Mißstimmung der protestantischen Bevölkerung entsprungen
sei, hat sich als völlig grundlos erwiesen.

Debreczin, 24. Februar. Die Explosion im bischöflichen Palast
war von ungeheurer Wirkung. Ein großer Teil des Ge-
bäudes ist eingestürzt. Die Explosion wurde weithin ge-
hört und hat auch an den benachbarten Gebäuden mancherlei
Schaden angerichtet. Der Bischof, der seit einiger Zeit kränzlich
ist, entging dem Attentat dadurch, daß er kurz vor der Explosion
das Haus verlassen hatte, um eine Autofahrt zu unter-
nehmen.

Das griechisch-katholische Bistum Debreczin ist vor einigen
Monaten neu geschaffen worden. Da der Nitus im Gegen-
satz zu den übrigen Bistümern die ungarische Sprache vor-
zieht, stieß die Errichtung auf den lebhaftesten Widerstand der in
der dortigen Gegend überaus zahlreichen rumänischen Be-
völkerung. Erhöht wurde der Haß gegen die neue Gründung
des Gewaltmenschens Tisza noch dadurch, daß mehrere Kirchen-
gemeinden, die früher zu rumänischen Bistümern gehörten,
in das neue Bistum einbezogen wurden.

Die deportierten Arbeiterführer.

London, 23. Februar. (Privattelegramm des „Vor-
wärts“.)

Nach langem Harren kam heute mittag die Meldung, daß der Dampfer
Ilgeni, an dessen Bord sich die neun deportierten Arbeiterführer
befanden, auf Isle of Wight gesichtet wurde. Seit zwei Tagen werden
alle Küstenpunkte, an denen das Schiff anlegen könnte, von den Be-
auftragten der Arbeiterorganisationen sowie von Tausenden Frei-
williger bewacht. Die Besizer des Dampfers beobachtet, anscheinend
im Einverständnis mit der Regierung, stieß es Schweigen über den
Tag und Ort der Ankunft, um jede Demonstration zu verhindern.
Doch erwartet man die Ilgeni am Witternachts in Gravedend, wo-
hin sich auch die Delegierten der drei Arbeiterorganisationen begeben
haben. Es hat sich ein Empfangskomitee gebildet, in dem auch das
internationale Gewerkschaftssekretariat durch den Sekretär des Ge-
werkschaftsbundes, Appleton, vertreten ist.

Am Donnerstag soll zu Ehren der Deportierten im Unterhause
ein Essen stattfinden. Diese Veranstaltung der Arbeiterpartei hat
bereits bei den Reaktionen großen Unwillen erregt. Für Freitag-
nachmittag ist eine Konferenz zwischen den Deportierten und
den Vertretern der britischen Arbeiterpartei anberaumt worden
und Freitagabend wird die nationale Protestkundgebung
mit einer Massenversammlung im Londoner Opern-
haus eingeleitet werden. Zum Sonntag haben die Vertreter aller
gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen Londons
eine Massenversammlung nach dem Hyde Park einberufen.
Die Resolution, die dieser Versammlung unterbreitet werden wird,
heißt die Deportierten in England willkommen, verurteilt das Vor-
gehen der südafrikanischen Regierung, verlangt die Aufhebung
des Verbannungsedikts und fordert die Reichsregierung
auf, gegen die Indemnitätbill gemäß Absatz 64 des
südafrikanischen Verfassungsgesetzes ihr Veto einzulegen, bis das
Unrecht, das den südafrikanischen Arbeitern zugefügt worden ist,
wieder gut gemacht ist.

# Parlamentarische Schwierigkeiten.

Wie man es erwarten durfte, hat der Ausfall der Wahl von Jerichow den Konservativen den Stamm mächtig schwellen lassen, und unumwundener als zuvor fordern sie die Auflösung des Reichstages. Nur die Begründung dieses Verlangens macht ihnen noch einige Schwierigkeiten. Sie können sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß dieser Reichstag zum Teufel gejagt werden müsse, weil seine Zusammenfassung der zurzeit im deutschen Volke herrschenden Stimmung nicht mehr entsprechend sei, denn selbst wenn sie diese Behauptung zu beweisen vermöchten, so müßten sie sich doch daran erinnern, daß sie sich gegen die Rücksichtnahme auf die Aenderung der Volksmeinung mit Händen und Füßen gesträubt haben, als vom Jahre 1909 ab Sozialdemokraten und Liberale den Appell an die Wähler als unerlässlich bezeichneten. Außerdem aber wäre ja die Anerkennung der Notwendigkeit, den Reichstag mit den Ansichten der jeweiligen Mehrheit des Volkes in Einklang zu bringen, ein Zugeständnis an den Parlamentarismus und die Demokratie, und den Schein, als ob sie zu einem solchen bereit wären, haben die Konservativen doch jetzt mehr als je zu meiden.

So bezieht sich denn auch die „Deutsche Tageszeitung“, den Herrn v. Oldenburg gegen den Abgeordneten Erzberger in Schutz zu nehmen, der den Januschauer wegen seiner Auflösungsversuche einen ungewollten Vahnbrecher für das parlamentarische Regime genannt hat. Das agrarische Organ verteidigt seinen Freund folgendermaßen:

Für Herrn v. Oldenburg-Januschau kommt ja ganz gewiß nicht die Frage in Betracht, ob der gegenwärtige Reichstag tatsächlich noch die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat, sondern nur, ob Aussichten bestehen, durch baldige Neuwahlen einen Reichstag zu schaffen, der für eine gedeihliche Führung der Reichsgeschäfte eine bessere Grundlage und Bürgschaft bietet.

Eine Auflösung bedeute nicht im entferntesten eine Förderung des parlamentarischen Regimes, denn wenn die Regierung bei begründeter Hoffnung, durch Neuwahlen einen Reichstag zu bekommen, der ihr weniger Schwierigkeiten mache, zu einem Appell an das Land schreite, so komme sie damit parlamentarischen Anschauungen in keiner Weise entgegen. Sie dokumentiert im Gegenteil, daß eine monarchische Regierung sich nicht vom Parlament lenken lassen, sondern sich einen Reichstag schaffen will, der den Zwecken des Reiches und ihren eigenen Intentionen besser entspricht.

Schöner kann die konservative Auffassung vom Konstitutionalismus gar nicht zum Ausdruck gebracht werden, als es hier geschieht. Das Parlament ist nichts anderes als ein Werkzeug in der Hand der Regierung, die das Instrument wegwirft, sobald es ihr nicht mehr handlich genug erscheint. Der Absolutismus des Monarchen und der Bürokratie braucht sich also nur diejenige parlamentarische Einschränkung gefallen zu lassen, die ihm unbedenklich erscheint, denn selbstverständlich werden die Konservativen ihm auch dann nicht den Rat geben, sich zu fügen, wenn seine Neuwahl allen Erwartungen zum Trost einen Reichstag brächte, der der Regierung ebenfalls wieder „Schwierigkeiten“ mache.

Nur die eine Frage wäre noch zu beantworten, worin denn eigentlich die Schwierigkeiten bestehen, die der gegenwärtige Reichstag der Regierung bereitet hat. Seine Mehrheit hat ihr eine gewaltige Militärvorlage bewilligt; sie stimmt ihrer Handelspolitik zu; sie hat gegen das Erschlaffen der sozialreformistischen Energie nichts Wesentliches einzuwenden, und wenn die Wehrzahl der bürgerlichen Abgeordneten einmal dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum erteilt hat, so war sie ja schnell genug bei der Hand, den Beweis zu erbringen, daß ihr nichts ferner liege, als der Regierung Unannehmlichkeiten zu bereiten. Also wo sind die Schwierigkeiten?

Es ist eben die alte Sache: die Agrarier meinen sich selbst, wenn sie Regierung sagen. Hinter ihrer Begeisterung für den nur mäßig verhässlichen Absolutismus versteckt sich auch hier wieder die Angst um ihren Profit, denn Schwierigkeiten drohen von diesem Reichstag nicht sowohl der Regierung als den russischen Gefährten mit einem Balkkrieg und einer Erneuerung der Schollenpflichtigkeit begegnen wollen. Daß ein Reichstag, der den agrarischen Wünschen gefällig wäre, der Regierung, die sich eben erst gegen die Kündigung der Handelsverträge ausgesprochen hat, weit größere Schwierigkeiten machen würde, als der gegenwärtige, liegt auf der Hand. Er stände also mit der konservativen Auffassung von der Bedeutung des Parlamentes scheinbar noch weit mehr in Widerspruch. Scheinbar, denn in Wirklichkeit hat der Reichstag in dem Augenblick das Recht und die Pflicht, Schwierigkeiten zu machen, wo die Regierung anders will als das Junkertum.

## Das Schnüffeleigeseh in ärztlicher Beleuchtung.

Der im Reichstag eingebrachte Gesetzentwurf, der den Verkehr mit antikonzepzionellen Mitteln zu verhindern will, stößt auch in Kreisen auf den allerheftigsten Widerspruch. Die Mehrzahl der Ärzte befürchtet als Wirkung des geplanten Verbotes eine vermehrte Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten, da die meisten antikonzepzionellen Mittel gleichzeitig einen Schutz gegen Ansteckung bieten. Einzelne Ärzte bezeichnen daher den Gesetzentwurf geradezu als ein Mittel zur Förderung der Geschlechtskrankheiten. Andere betonen, daß bei kranken Personen die Erbschwerung in der Anwendung solcher Mittel die Ausbreitung dieser Krankheiten durch Vererbung fördern werde. Zum Beispiel tuberkulösen Personen müßte gerade die Geburtenverhinderung erleichtert werden, wenn man nicht die Verbreitung dieser Volksseuche wünsche. Selbst die Ärzte, die dem Gesetzentwurf prinzipiell zustimmen, wenden sich dagegen, daß nun alle antikonzepzionellen Mittel verboten werden sollen; nur die schädlichen dürften getroffen werden.

Das „Berliner Tageblatt“ hat es unternommen, mehrere medizinische Autoritäten über den Gesetzentwurf zu befragen. Die Mehrzahl der Befragten spricht sich gegen jegliche gesetzlich-polizeiliche Reglementierung aus. Einige sympathisieren zwar mit der Absicht des Entwurfes, halten ihn aber in der vorliegenden Form für zu weitgehend und eher für schädlich als für nützlich. Wir geben einige der Antworten nachstehend wieder:

Professor Adolf Baginski, Direktor des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhauses, ist der Überzeugung, daß der Geburtenrückgang niemals durch solche Gesetze verhindert werden könne, es dürfte eher der Geburtenzuwachs geschädigt werden.

„Will die Regierung einen größeren Kindererfolg, dann mag sie die Steuern herabsenken oder die Hälfte der Kinder auf Staatskosten erziehen lassen, und sie wird sehen, wie schnell sich die Zahl der Kinder vermehren wird. Jene Präventivmittel, die dem öffentlichen Verkehr entzogen werden, sind heute die besten Schutzmittel gegen die Ansteckungsgefahr. So stellt sich die Vorlage als ein Ausbund von Unvernunft dar.“

Der Dozent für soziale Medizin, Professor Dr. A. Grotzahn, glaubt, daß das Gesetz keinen Sinn habe:

„Die Präventivmaßnahmen in ihrer Gesamtheit können nicht bekämpft werden. Man denke nur an die Irigatoren. Außerdem sind die Präventivmittel gar nicht schuld an dem Bevölkerungsrückgang. Ein Teil davon ist unbedingt notwendig zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Hauptursache sind indirekte Maßnahmen, indem man den Eltern das Leben wirtschaftlich erleichtert. Polizeiliche Zwangsmaßnahmen nützen gar nichts.“

Der Gynäkologe Dr. Paul Bröse hält die Annahme, daß die Vorlage den Geburtenrückgang verhindern werde, für einen großen Irrtum.

„Der Verlauf von Präservativen zu verbieten oder zu erschweren, halte ich für ein Unglück, denn sie sind ja das beste Schutzmittel gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Daß die Ärzte dafür sorgen müssen, daß schwächliche Frauen oder solche, die mit Herakrankheiten oder Schwindsucht behaftet sind, nicht entbinden, ist selbstverständlich. Als ein Schutz gegen den Geburtenrückgang kann also der Entwurf nicht betrachtet werden, er wird, durch Begünstigung der Infektionsmöglichkeit, auf die Geburtenzahl mehr schädlich als nützlich wirken.“

In ähnlicher Weise betonen die Gefahr, daß die Infektionsmöglichkeit noch größer würde, auch Professor Dr. R. Franz, Direktor der Igl. Universitäts-Frauenklinik der Charité, Geheimrat Professor Dr. Reisser, Professor Dürssen, Privatdozent Dr. Siepmann. Scharf und prägnant äußern sich zu dieser Frage ferner:

Professor Dr. Blumenreich findet die Vorlage als Gynäkologe nicht zweckmäßig.

„Ich kann sie daher nicht als rationell ansehen und muß sie eher als Mittel zur Förderung der Geschlechtskrankheiten bezeichnen.“

Professor Dr. Theodor Landau verlangt, daß die Präventivmittel tuberkulösen Frauen oder solchen, die zur Erhaltung der Familie mitarbeiten müssen, unbedingt zugänglich seien. Das schlimmste Übel ist aber, daß durch das Verbot die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten gefördert wird:

„Dadurch, daß infolge des Verbotes des Mittels selbstverständlich mehr Leute infiziert werden, würde das Gegenteil der gesetzgeberischen Absicht erreicht werden, daß nämlich der Geburtenrückgang zunimmt. Die Frauen bleiben nach einer Infektion dauernd steril und so wäre das Gesetz die wirksamste Methode, die Fruchtbarkeit der Nation zu beschneiden. Außerdem kennen die Frauen, die ärmsten und die reichsten, doch heute noch andere Mittel, um die Empfängnis zu verhindern, und man kann doch die Irigatoren nicht verbieten. Es steht schließlich zu fürchten, daß die Frauen zu künstlichen Fehlgeburten ihre Aufsuche nehmen und dadurch ihr Leben gefährden werden. Zur Hebung des Kindererfolgs gibt es andere, auf sozialem Gebiete liegende Mittel. Die Beschränkung der Präservativmittel hätte, um zu resumieren, eine Erhöhung der Geschlechtskrankheiten zur Folge, die wieder fortwährende Unzufriedenheit über die Familie bringt, und darum muß ich für meine Person mich gegen den Entwurf aussprechen.“

Der Gynäkologe Professor Dr. H. von Bardeleben führte aus:

„Gerade in der Großstadt ist es wohl besser, wenn eine Frau weniger Kinder hat und sie gut ernährt und erzieht, als eine größere Anzahl, die stülpisch und körperlich verkommt. Es ist doch vorzuziehen, wenn eine Frau, die schon Kinder gehabt hat, ihre Kräfte zur Arbeit zu einer günstigen Erziehung der Kinder erhält. Das ist für die Erhaltung des Volkes viel wichtiger, als wenn eine Anzahl körperlich und geistlich nicht leistungsfähiger Kinder in die Welt gesetzt wird. Soweit das Gesetz eine ärztliche Kontrolle anstrebt, um schädliche Manipulationen zu verhindern, finde ich es zweckmäßig.“

Der Gerichtsarzt Geheimrat Professor Dr. Friß Straßmann:

„Meiner Ansicht nach kann der Entwurf nur das eine bezwecken, dem Bundesrat die Möglichkeit zu geben, Auswüchse zu unterdrücken, ohne einzelne unschädliche Mittel zu verbieten. Unschädliche Mittel zu verbieten, wäre vom medizinischen Standpunkt aus zu verdammen, und deshalb halte ich auch die Annahme dieser Bestimmung für ausgeschlossen.“

Der Dermatologe Professor Aromaher erklärt, daß er ein Gegner von derartigen Verordnungen ist:

„Ein solches Gesetz wäre eine gefährliche Einschränkung der persönlichen Willensbestimmung der einzelnen Personen. Ueberdies weiß man nie, was die Polizei aus einem solchen Gesetz dann machen würde. Ich glaube, daß alle Ärzte sich gegen den Entwurf aussprechen müßten.“

## Politische Uebersicht.

### Der Geburtenrückgang vor dem Junkerparlament.

Im Mittelpunkt der Beratung des Kapitels „Medizinalwesen“, mit dem sich das Abgeordnetenhaus am Montag befaßte, stand die Frage des Geburtenrückganges. Daß die Mehrheit dieses Parlaments einer solchen Debatte unfähig ist, weiß man längst, aber daß sie selbst diese Frage von dem sachlichen Gebiet auf das unsachliche der Bekämpfung der Sozialdemokratie ablenkte, das hätten wir doch nicht erwartet. Nach den Ausführungen der Redner der Konservativen und des Zentrums gilt es als feststehend, daß der Geburtenrückgang absichtlich herbeigeführt und nur die Sozialdemokratie neben der zunehmenden Unfruchtbarkeit dafür verantwortlich zu machen ist. Zwar gab sich Genosse Girsch die größte Mühe, das wichtige Kulturproblem mit erforderlicher Gründlichkeit und dem nötigen Ernst zu behandeln, aber was vermag der Vertreter einer Minderheit auszuwachen gegen eine kompakte Mehrheit, die mit vorgefahrener Meinung und mit der Absicht debattiert, den Gegner nicht verstehen zu wollen? Nichts. Genosse Girsch noch so schlüssig den Zusammenhang zwischen Geburtenrückgang und Verteuerung der Lebenshaltung nachzuweisen, die Mehrheit behauptet das Gegenteil. Nichts er noch so überzeugend dazun, daß die Propaganda des Geburtenrückfalls nicht sozialistisches, sondern im Gegenteil etwas durch und durch unsozialistisches sei, die Mehrheit dekretiert einfach, daß die Sozialdemokratie die Schuld an dem Geburtenrückgang hat, und dabei bleibt es. Damit aber die Sozialdemokraten nicht in die Lage kommen, ihre Gegner zu widerlegen, greift man zu dem Mittel, das noch nie seine Wirkung verlor, man schneidet ihnen einfach das Wort ab.

Auch sonst stand die Debatte über das Gesundheitswesen auf einem bedauerlich tiefen Niveau. Wirtschaftliche Momente erglitzerten für das preussische Dreiklassenparlament nicht. Arm in Arm mit dem Vertreter der Regierung bestreitet Herr Dr. Mugdan

den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Krankheit, insbesondere zwischen sozialer Lage und Schwindsucht. Einmütig behaupten Regierung und Mehrheit, daß es dem preussischen Volke so gut geht, daß es Rot und Elend nicht kennt. Unter diesen Umständen ist es freilich kein Wunder, wenn alles beim alten bleibt. Ein Parlament, das es für notwendig hält, die Sozialdemokratie zu belästigen, als der Volkskrankheiten Herr zu werden, spricht damit über sich selbst das Urteil.

In der Spezialdebatte brachte Genosse Haenisch den Fall Mirus aus Dortmund zur Sprache; es handelt sich darum, daß die Tochter des Mirus, weil sie nicht geimpft war, von der hohen Schule auf die Volkshule verwiesen worden ist. Auch dies Vorgehen wurde von dem Vertreter der Regierung gut geheißen. Die Kinder der Volkshule dürfen also gesundheitsgefährlichen Ausgesetzt werden, wenn nur die der höheren Schulen geschützt sind!

Dienstag: Etat der Bauverwaltung.

### Denunziant und Fälscher.

Einige von den Scharfmachern ausgehaltene Blätter, darunter die „Berliner Neuesten Nachrichten“ und die „Deutsche Zeitung“ nehmen das Frankfurter Urteil gegen die Genossin Luzemburg zum Anlaß, nicht nur den Frankfurter Richter lautem Verfall zu spenden, sondern zugleich an die preussischen Justizbehörden die bringende Aufforderung zu richten, auf dem eingeschlagenen Wege energisch weiterzuschreiten. Vor allem müßten die Theoretiker des Sozialismus unschädlich gemacht werden. Besonders müsse „der Hauptherd des Übels, die demoralisierende Lehre des Theoretikers und großen Marx-Interpreten Kautsky“, getroffen werden. Wie die Luzemburg, die Veibel, Roske usw. die Arbeiter aufgeklärt, das habe zum guten Teil seinen geistigen Ursprung in den Kautskyschen Schriften, „wo der Hochverrat in Reinkultur gegählet wird, und die trotzdem jedweden grünen Barschen zugänglich sind“. Wörtlich fährt der Denunziant dann fort:

„Kautsky schreibt z. B. in seiner Schrift: „Die sozialdemokratische Revolution (Berlin 1903) auf Seite 52 eine proletarische Erhebung bei der Mobilmachung zum Zwecke der Erpressung politischer Konzessionen direkt vor. Dort heißt es:

„Kampf gegen die herrschende Klasse im Falle eines Krieges. Ist der Krieg ausgebrochen, dann soll das Proletariat von der herrschenden Klasse einen Anteil an der Macht verlangen, den sie ohne den Krieg nicht erlangt hätte. Ist die herrschende Klasse zu einem solchen Opfer nicht fähig oder ist es dazu schon zu spät, dann führt der Krieg nur zu leicht zu einer Niederlage nach außen, die dann den Zusammenbruch im Innern nach sich zieht.“

Und Seite 53:

„Wir müssen mit der Möglichkeit eines Krieges in absehbarer Zeit rechnen, damit aber auch mit der Möglichkeit politischer Erschütterungen, die entweder in proletarischen Erhebungen enden oder doch mindestens den Weg zu solchen eröffnen.“

Eine insofern fälschliche Zitiert gibt es keine Schrift von Kautsky, die den Titel trägt: „Die sozialdemokratische Revolution“. Gemeint ist wahrscheinlich die Schrift Kautskys „Die soziale Revolution“, die in erster Auflage in zwei Hefen erschienen ist: „Soziale Reform und soziale Revolution“ und „Am Tage nach der sozialen Revolution“. In dieser Schrift untersucht Kautsky auch die Bedingungen, unter denen die unterdrückte Klasse zur politischen Macht gelangt. Diese Untersuchungen hat der Denunziant offenbar im Auge; aber er hat, um zu seinem Ziele zu gelangen, einige Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und den folgenden Satz: „Ist der Krieg ausgebrochen, dann soll das Proletariat von der herrschenden Klasse einen Anteil an der Macht verlangen, den sie ohne den Krieg nicht erlangt hätte“, direkt hinzugefügt. Die Ausführungen Kautskys lauten wörtlich:

„Es gibt Situationen, wo es unbedingt erforderlich ist, daß eine herrschende Klasse durch eine andere abgelöst wird, die erstere aber dennoch die letztere in steter Unterdrückung zu erhalten weiß. Denezt dieser Zustand zu lange, dann verkommt und zerfällt die ganze Gesellschaft. Sehr oft vollzieht aber in solcher Situation ein Krieg die Aufgabe, der die aufstrebende Klasse nicht geschonken ist. Er vollzieht dies auf zweierlei Wegen: Ein Krieg kann nicht geführt werden ohne die Anspannung aller Volkskräfte. Besteht ein tiefer Zwiespalt in der Nation, dann zwingt der Krieg die herrschende Klasse, der aufstrebenden Konzessionen zu machen, sie an dem Gemeinwohl zu interessieren und ihr so eine Macht zu verleihen, die sie ohne den Krieg nicht erlangt hätte.“

Ist die herrschende Klasse zu einem solchen Opfer nicht fähig oder ist es dazu schon zu spät, dann führt der Krieg nur zu leicht zu einer Niederlage nach außen, die dann den Zusammenbruch im Innern nach sich zieht. Er stürzt ein Regime, das in der Armeee seine vornehmste Stütze sieht, indem er diese gerichtet. So hat sich der Krieg nicht selten als ein zwar brutales und verheerendes, aber doch wirksames Mittel des Fortschrittes unter Umständen erwiesen, wo die anderen Mittel versagten.

Die deutsche Bourgeoisie z. B. war durch die Verlegung des ökonomischen Schwerpunktes Europas an die Küstenländer des Atlantischen Ozeans und durch den Dreißigjährigen Krieg und seine Folgen zu geschwächt, um durch eigene Kraft den Neubaufabsolutismus zu können. Sie wurde ihn los durch die Napoleonischen Kriege und dann durch die Kriege der Bismarckschen Ära. Das Vermächtnis von 1848 wurde überhaupt durch die Kriege der konterrevolutionären Mächte durchgeführt, wie schon öfter dargetan wurde. So hat auch jüngst der russisch-japanische Krieg mächtig dazu beigetragen, Rußland auf die Bahn der Revolution zu bringen. Westeuropa ist vor einem Kriege keineswegs sicher. Im Gegenteil.

Die einzige Friedensbürgschaft liegt heute in der Angst vor dem revolutionären Proletariat. Es bleibt abzuwarten, wie lange diese den sich häufenden Konfliktursachen gegenüber Standhalten wird. Es gibt eine Reihe von Mächten, die völlig von einer skrupellosen, brutalen Clique von Junkern oder Männern der hohen Finanz beherrscht werden. Von diesen Mächten und ihren Gegenständen droht heute dem Weltfrieden die größte Gefahr. Wir müssen mit der Möglichkeit eines Krieges in absehbarer Zeit rechnen, damit aber auch mit der Möglichkeit politischer Erschütterungen, die entweder direkt in proletarischen Erhebungen enden oder doch mindestens den Weg zu solchen eröffnen.“

So Kautsky. Wenn der Staatsanwalt Lust hat, der Denunziation zu folgen, so mag er versuchen, aus diesen Ausführungen etwas Strafbares herauszuholen! Er wird sich, mögen auch die Rechtsverhältnisse in Preußen noch so miserabel sein, eine schöne Wamagie holen.

### Die Welfen und das Haus Cumberland.

In einer am Sonntag in Göttingen abgehaltenen, von etwa 600 Deutschhannoveranern aus den Kreisen Göttingen und Münden besuchten politischen Versammlung machte der Reichstagsabgeordnete Alpers aus Hamburg unter dem tosenden Beifall der Versammelten eingehende Mitteilungen über das Verhältniß des Hauses Cumberland zu der welfischen Partei. Diese seine Ausführungen gliederte in den Sätzen:

Wir wissen uns in den Zielen unserer Partei eins mit allen Mitgliedern unseres welfischen Fürstenhauses. Auch der Brief des Herzogs Ernst August von Braunschweig an den Reichskanzler enthält nur eine Anerkennung des Bestandes des Preussens an Hannover, aber keine Anerkennung des Rechtsstandes, also auch keinen Verzicht auf Hannover. Selbst

die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten am 13. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus anders nichts an der Rechtslage. Gegenüber allen Deutungsversuchen erklärt die Leitung der Deutsch-hannoverschen Partei, vollbewußt ihrer Verantwortung, vor den Hannoveranern und dem ganzen deutschen Volke:

Seine königliche Hoheit der Herzog von Braunschweig hat seine Rechte auf Hannover nicht aufgegeben!

Der Rechtsstand ist unverändert derselbe!

Die den Rechtsstandpunkt vertretenden treuen Hannoveraner sind nicht, wie ihre Gegner jubelnd behaupten, im Stiche gelassen!

In der dem Vortrage folgenden Diskussion ergriffen konservative und fortschrittliche Redner das Wort. In seinem Schlusswort forderte Reichstagsabgeordneter Alpers die fortschrittliche Volkspartei auf, mit der Deutsch-hannoverschen Partei Schulter an Schulter zusammen zu kämpfen für die Wiedererlangung der alten demokratischen und freibürgerlichen Einrichtungen in Hannover wie zur Zeit des Königreiches.

Die Ausführungen des Abg. Alpers scheinen im Widerspruch zu stehen zu der bekannten Rede des Reichsanzlers vom 18. Januar dieses Jahres im preussischen Abgeordnetenhaus; aber formell hat die Leitung der Deutsch-hannoverschen Partei ganz recht, denn dadurch, daß der jetzige Herzog die Verantwortung für die Agitation der Welfen in Hannover ablehnte und erklärte, sie entspräche nicht seinem Willen, hat er noch keineswegs den jetzigen Rechtsstand als verbindlich für sich anerkannt.

### Vereinsrecht und Gebärstreik.

Wie unsere Leser sich entsinnen, hatte die Polizeibehörde in Düsseldorf die Veranstaltung einer Versammlung verboten, in der Genosse Dr. Alfred Bernstein über das Thema: „Wie fördern wir den kulturellen Geburtenrückgang?“ am 23. November v. J. sprechen sollte. Gegen das Verbot wurde Klage erhoben. Jetzt hat der Bezirksauschuss die Klage mit der eigenartigen Begründung abgelehnt: das Vortagsverbot stütze sich auf § 1 des Vereinsgesetzes, der Versammlungen zu Zwecken gestattet, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen. Hier liegt aber ein den Strafgesetzen zuwiderlaufender Zweck vor. Denn nach § 184 des Strafgesetzbuchs wird bestraft, wer Gegenstände ankündigt oder anpreist, die unzüchtig sind. So etwas aber habe Dr. Bernstein in seinem Vortrag tun wollen. Das beweise seine Proskäure.

Die Entscheidung widerspricht dem Vereinsgesetz aufs allerentschiedenste. Ein Präventionsverbot ist nach § 1 des Vereinsgesetzes nur soweit zulässig, als es sich um die Verhütung einer unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt. Es kann keine Rede davon sein, daß eine Förderung des Geburtenrückganges eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Versammelten darstellt. Hinzutritt, daß der Bezirksauschuss dem § 184 des Strafgesetzbuchs eine Auslegung gibt, die er nicht hat, und daß er eine phantastische Prophezeiung über das, was der Vortragende ausführen würde, bestätigte, für die ihm jede sachliche und gesetzliche Grundlage fehlt.

### Immer feste drauf!

Der Streit im Keritalen Lager zeitigt gar seltsame Blüten. Der Fürbischof von Breslau, Kardinal Skopp, hat sich selbst in seinem diesjährigen Fasten-Hirtendrief nicht allerlei Anspielungen auf die alberne Mär des zentrumparteilichen Reichsausschusses vom „interkonfessionellen“ rein politischen Charakter des Zentrums zu enthalten vermocht. Deutlich verkündet er in Hebereinfimmung mit der katholischen Kirchenlehre das Recht des Papstes, sich in alle öffentlichen Fragen einzumischen und den Katholiken Befehle zu erteilen.

So heißt es z. B. im Hirtendrief:

„Dem Papste steht es nach dem Willen und Befehl Jesu Christi zu, die ganze Herde zu weiden. In seiner Hand liegt das Recht, in allen religiösen und sittlichen Fragen und Angelegenheiten Befehle zu geben und Anordnungen zu treffen. Er ist der berufene Herrscher, der mit fester Hand das Schiff der Kirche führt. Was Würde aus der Kirche werden, wenn es erlaubt wäre, in seine Leitung einzugreifen, in seine Anordnungen sich einzumischen, seiner Steuerung entgegenzuarbeiten? Mit Dank gegen Gott und gegen Jesus Christus seinen Herrn sieht der katholische Christ, wie ein Gläubiger ihm beistehen ist, von sicherer Hand seinen irdischen Lebensweg geführt zu werden! Er vertraut sich darum dem einen rechtmäßigen Führer, dem Papste, in den wichtigsten Angelegenheiten seines Lebens, die sein ewiges Seelenheil angehen, rückhaltlos an und misstraut allen, die gern an dessen Stelle treten möchten, um die Menschen durch Blend- und Trugworte auf Irrwege zu führen. Er nützt sich nicht am Vortage, nach hundert unbekannten Ratgebern, sondern mit freudiger Bereitschaft ordnet er sich der Leitung des einen Oberhauptes der Kirche unter. Das ist der Gehorsam des katholischen Christen, und so achtet er das Ansehen des Papstes und ehrt damit die Kirche und sich selbst.“

Natürlich wird das die politischen Käuze des zentrumparteilichen Reichsausschusses nicht abhalten, auch ferner, wenn es ihnen paßt, zu behaupten, das Zentrum sei eine selbständige nichtkonfessionelle Partei, und zugleich sich als treue Söhne der katholischen Kirche und ihres Oberhauptes zu bezeichnen.

### England.

#### Für den Kinderschutz.

London, 21. Februar 1914. (Fig. Ver.) Häufig wiederholt sich das unerquickliche Schauspiel, daß ein Vertreter der Textilarbeiter im englischen Parlament aufsteht und gegen die Heraushebung des schulpflichtigen Alters spricht. Und jährlich wird dann von einem Teil der bürgerlichen Presse Deutschlands der Versuch gemacht, diese Lausache irgendwie mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen und ihr das Vergehen an die Rockschöße zu hängen. Es ist daher angebracht, sich ein wenig mit der Schulvorlage zu befassen, die am 20. Februar im Unterhause gegen eine kleine Minorität, in der sich auch der Vertreter der Textilarbeiter von Ellersree befand, in zweiter Lesung angenommen wurde. Die Vorlage, die alle Aussicht hat, in dieser Session angenommen zu werden, wurde von dem Liberalen Tennant eingebracht und verfolgt den Zweck, der frühzeitigen Ausbeutung der Kinder einen Riegel vorzulegen. Sie schafft alle bestehenden Bestimmungen ab, die Kinder, die das 13. Lebensjahr erreicht haben, unter gewissen Bedingungen von der Schulpflicht befreien, und räumt mit dem Halbzeitsystem auf, nach dem bis jetzt Kinder zwischen 13 und 14 Jahren während der halben Schulzeit in Fabriken beschäftigt werden können. Sie gibt den Schulbesuch, die in England und Wales Ausschüsse des Gemeinderats sind, die Macht, das Schulalter in ihrem Gebiet von 14 auf 15 Jahre hinaufzusetzen und den Besuch von Fortbildungsschulen anzuordnen. Ferner verbietet sie die Beschäftigung von Knaben unter 15, und Mädchen unter 18 Jahren im Straßenhandel und trifft mit dieser Bestimmung einen der auffälligsten und ärgsten Mißstände im englischen Städteleben. Man sollte meinen, daß diese Vorlage, die man den Freibrief der Kinder genannt hat, die ungeteilte Unterstützung der Arbeitervertretung finden würde. Aber der Vertreter der Textilarbeiter sprach und stimmte dagegen, weil seine

Wähler gegen die Abschaffung des Systems der „Halbzeiter“ sind, das in der Textilindustrie Lancashire und Yorkshire floriert. Die Argumente, die er vorbrachte, waren alles andere als überzeugend. Er meinte, ein Kind, das Baumwollweberei zu seinem Beruf erkore, müsse früh damit anfangen, ehe die Finger zu steif geworden, um es zu etwas bringen zu können. Solche Argumente, die den nackten Egoismus der Eltern beschönigen sollen, können kaum ernst genommen werden. Der Redner fühlte denn auch das Beschämende seiner Lage und beehrte sich, gleich zu Anfang zu erklären, daß er persönlich zwar für die Erhöhung des schulpflichtigen Alters eintrete. Was die Haltung der Textilarbeiter in diesem Jahre für die Arbeiterklasse so beschämend machte, war die warme Rede, mit der der konservative Parteiführer für die Vorlage eintrat. Er sprach gegen die Schulbefreiung der Kinder auf dem Lande und betonte das Recht des Staates, darüber zu wachen, daß die Erziehung der Arbeit vorgehe. In ähnlichem Sinne sprach der konservative Parteiführer, der einen ländlichen Wahlkreis vertritt und der, wie er ausdrücklich bemerkte, das Wort nahm, um zu beweisen, daß die öffentliche Meinung in den ländlichen Gegenden den in der Vorlage enthaltenen Grundsätzen nicht feindlich gesinnt sei.

Die Arbeiterpartei ließ durch ihren Vertreter Goldstone erklären, daß sie für die Vorlage stimmen werde. Der Arbeiterpartei als solcher kann daher kein Vorwurf treffen, wenn die Vertreter (Smith ist leider nicht der einzige) der englischen Textilarbeiter, der bestbezahlten Textilarbeiter in Europa, das Kinderausbeutungssystem hochhalten. Aber die Angelegenheit wird doch bei manchem kontinentalen Sozialdemokraten, der sich davon gewöhnt hat, die britische Arbeiterpartei mit den sozialdemokratischen Arbeiterparteien anderer Länder auf gleichen Fuß zu stellen, Kopfschütteln erregen. Viele vergessen, daß die britische Arbeiterpartei lediglich der Sammelpunkt der Arbeiter ist, die sich mehr oder minder von der liberalen Partei losgesagt haben. Ihre Verfassung ist die denkbar dehnbarste der Welt; sie nimmt alles auf, was mit ihr zusammenarbeiten will, selbst Leute, die als Kandidaten einer anderen Partei gewählt worden sind, und schert sich überhaupt nicht um die Ansichten ihrer Mitglieder. So kommt es denn, daß Arbeiterparteiliche für Rüstungen und Kinderausbeutung stimmen. Eine Aenderung dieser Zustände kann nur durch die Erstarbung des englischen Sozialismus erfolgen, die hoffentlich nun, da die Einigung der sich feindenden Sektionen bevorsteht, bald eintreten wird. Was der englischen Arbeiterschaft nutzt, ist die Erziehung zum sozialistischen Fühlen und Denken, die der geplante gemeinschaftliche sozialistische Rat beverflichtigen könnte. Die Parlamentarier spiegeln nur die Ansichten ihrer Auftraggeber wieder und ohne sozialistische Erziehungswirkung wird die Politik der Arbeitervertreter das verwerfliche Gemisch von unerklärlicher Strategie und bedauerndwertem Epifoden bleiben.

### Schweden.

#### Zwischen den Schlachten.

Stockholm, 22. Februar. (Fig. Ver.) Der Wahlkampf ist bereits im vollen Gange, obgleich die Auflösung der Kammer erst angekündigt, aber noch nicht erfolgt ist. Die Konservativen haben ihre ersten Kräfte in die Agitation entsandt, Professoren und Exzellenzen wetteifern, um dem Volke die Notwendigkeit einer neuen konservativen Ära begreiflich zu machen. Die Exzellenzen sind in der Regel die Geschickteren in dieser Arbeit, während die Professoren mit der Tür ins Haus fallen und Dinge ausplaudern, die ihren Drahtziehern weniger angenehm sein müssen. Professor Sjörne z. B. hat unumwunden ausgesprochen, daß es sich um „eine Zeit der Neuschöpfung unter der höchsten Leitung des Königs“ handelt, und sein Kollege, Professor Jahlbed, ebenfalls schwedischer Staatsrechtslehrer, setzte seinen verblüfften Zuhörern in Karlskrona auseinander, daß das Zusammengehen der Liberalen und Sozialdemokraten eine „bedauerliche Tatsache“ sei, gegen die er mit scharfem Gesicht vorging. Diese professoralen Feststellungen treffen den Kern der Sache, denn gegen die liberal-sozialdemokratische Mehrheit richtet sich die ganze Aktion sowohl der Hoffmanns als der Konservativen. Die Parteiführer der letzteren sind vorsichtiger; sie versuchen, diesen Zweck zu verfehlen. Aber es will ihnen niemand glauben, daß die Krise die Landesverteidigung betrifft oder dieser Frage Erörterungen ist. Denn Herr Staaff hatte bereits vor Weihnachten ein sehr weitgehendes Verteidigungsprogramm vorgelegt, das nicht aus der Welt geredet werden kann. Es bleibt also bei den Feststellungen der beiden Professoren, wovon der eine die Herstellung des persönlichen Regiments als Anlaß und Zweck der Krise offen an gibt, während der andere der Antipathie der oberen Reichtümer gegen die Rüstung Staaff-Branting in der schwedischen Politik Ausdruck gab.

Nun ist ja auch diese „Richtung“ gar nicht in der Wirklichkeit vorhanden. Branting resp. die Sozialdemokratie hat sich nie an die Liberalen gebunden, die Fraktion ist vollständig frei geblieben. Das gleiche gilt natürlich von den Liberalen, die durchaus ihre Politik nicht die der Sozialdemokratie betrieben haben. Aber wo diese liberale Politik mit den Bedürfnissen der demokratischen Entwicklung oder mit den Wünschen und Forderungen der Sozialdemokratie zusammenstößt, da haben unsere Genossen selbstverständlich die Liberalen entschieden unterstützt. Ein solcher Fall ist die jetzt vorliegende Verfassungskrise, in der Liberale und Sozialdemokraten gemeinsam die Interessen der Demokratie vertreten.

Wir berichten schon, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesverteidigungskommission ihren Austritt aus dieser Kommission erklärt haben, weil mit dem Sturze des Ministeriums Staaff die Voraussetzungen fortgefallen sind, unter denen sie an den Arbeiten der Kommission mitwirken konnten. Das gleiche haben inzwischen auch die liberalen Kommissionsmitglieder getan, so daß nur noch eine Rumpfkommision der konservativen Minderheit übrig geblieben ist.

Dafür rächen sich die Konservativen in Presse und Erster Kammer, wo sie die Mehrheit haben. In der Presse, indem sie sich zu Strauchdieben herabwürdigen und gestohlene Privatbriefe gegen die Liberalen veröffentlichen. In der Ersten Kammer wiederum dadurch, daß sie der Minderheit die Ausübung des Interpellationsrechtes verweigern. Der sozialdemokratische Abgeordnete Steffen wollte die Regierung darüber interpellieren, wann die Reichstagsauflösung kommen wird. Aber die Mehrheit lehnte die Interpellation ab. Nun wird natürlich die Regierung in der Zweiten Kammer antworten müssen.

Es ist anzunehmen, daß die Kammerauflösung in ungefähr zwei Wochen erfolgt, denn die Reichstagskommissionen beginnen zu streifen, weil ihr Arbeiten doch infolge der angekündigten Neuwahlen wertlos werden. Sobald das vorhandene Material im Plenum aufgearbeitet ist,

kann man die Auflösung erwarten. Und das dauert nicht mehr lange.

### Serbien.

#### Die Kriegsoffer.

Belgrad, 23. Februar. Bei Beratung der Invalidenversorgungsvorlage in der Skupstina erklärte der Kriegsminister, die Verluste der Serben in den beiden Kriegen beliefen sich nach den bisherigen Daten auf 20 000 Tote und 48 000 Verwundete.

### Mexiko.

#### Die Ermordung Ventons.

Washington, 23. Februar. Dem Vernehmen nach hat die britische Postfachverwaltung nach dem Verbleib der Engländer Lawrence und Curtis erachtet, die sich nach Juarez begeben hatten, um den Engländer Venton zu suchen. Der amerikanische Konsul in Juarez ist beauftragt worden, eine Untersuchung anzustellen. Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan hatten gestern eine Besprechung über den Fall Venton. Freunde Ventons haben Schritte getan, um in den Besitz der Leiche Ventons zu gelangen. Sie hoffen dann endgültig feststellen zu können, auf welche Weise Venton seinen Tod gefunden hat.

#### Eine neue Republik.

New York, 23. Februar. Wie ein Telegramm aus Chihuahua meldet, ist nach dort im Umlauf befindlichen Gerüchten ein Plan der Verwirklichung nahe, nach welchem eine neue Republik im Norden Mexikos gebildet werden soll, die die Staaten Sonora, Chihuahua, Coahuila, Nuevo Leon, Tamaulipas und vielleicht auch Sinaloa umfassen würde.

### Aus der Partei.

#### Die Abonnentenversicherung der „Münchener Post“

gab in einer Parteiverammlung zu Augsburg Anlaß zu einer regen Debatte. Genosse Feinbals unterzog die Abonnentenversicherung und das Vorgehen der „Münchener Post“ einer scharfen Kritik und künftige die Erwartung daran, daß diese Art der Versicherung nicht bei dem Augsburger Parteiblatte Nachahmung finden möge. Andere Redner sprachen sich ebenfalls gegen die Einführung der Abonnentenversicherung aus und Genosse Köthlich forderte eine Erweiterung der Prekonmission, um allen derartigen Versuchen entgegenzutreten zu können. Die Versammlung schloß sich einhellig der geübten Kritik an.

#### Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Bern konnte auf ihrem am Sonntag in Bern abgehaltenen Parteitag mit Befriedigung ein weiteres Wachstum der Organisationen konstatieren. Von 90 Vereinen hatten sich 140 Delegierte eingefunden. Die Jahreseinnahmen der Partei betrugen 15 988,94 Fr., die Ausgaben 15 073,70 Fr., der Kassenbestand 915,21 Fr., der Vermögensbestand 1780 Fr. Von den gefaßten Beschlüssen erwähnen wir den Antrag an die Geschäftsleitung, die geeigneten Mittel anzuwenden, um endlich die vom Kantonsrat auf Antrag unserer Genossen bereits grundrätlich beschlossene Einführung der obligatorischen Krankenversicherung im Kanton Bern herbeizuführen. Ferner wurde beschlossen, den Kampf gegen das Genus-, Stimm- und Wahlrecht in den Gemeinden des Kantons Bern auszunehmen, ebenso gegen das kantonale Konkursgesetz mit seiner Rassenentziehung als „Ehrensolgen“. Als Vorort wurde Bern bestätigt und der Beitrag an die Partei mit 15 Cts. pro Mitglied und Monat wie bisher belassen.

Bezüglich der kommenden Frühjahrswahlen wurde beschlossen, von jeder Beteiligung an den Regierungsratswahlen abzusehen und ferner wird den Genossen empfohlen, möglichst in allen 62 Kantonsratswahlkreisen eigene Parteikandidaten aufzustellen.

### Letzte Nachrichten.

#### Furcht vor der Ministerkrise.

Paris, 23. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Die Beruhigung in der Kammer, die zu der Annahme der Untersuchung führte, war die Folge einer wichtigen Beratung, die am Vormittag im Finanzministerium zwischen Caillaux, Doumergue, Viviani, Malvy und mehreren Abgeordneten der Linken stattgefunden hatte. Die dabei Versammelten waren der Ansicht, daß eine Ministerkrise am Vorabend der Wahlen beklagenswerte Folgen haben würde und daß die republikanische Mehrheit eine solche Krise vermeiden müsse. Es wurde anerkannt, daß die Debatte mit der Annahme der Untersuchung schließen könnte, unter der Bedingung, daß diese nicht den Grundsatz des Dreijahresgesetzes in Frage stelle.

#### Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter für das Altersversicherungsgesetz.

Douai, 23. Februar. (W. L. V.) Der Nationalrat der Kohlenbergarbeiter hat eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß er in Ermangelung eines Besseren sich mit dem vom Parlament angenommenen Altersversicherungsgesetz einverstanden erklärt und die sozialistischen Abgeordneten auffordert, den im Senat angenommenen Text zu ratifizieren.

#### Ein mexikanischer Militärszug in die Luft gesprengt.

Veracruz, 23. Februar. (W. L. V.) Am Sonnabend wurde ein Militärszug, auf dem sich eine nach Jalapa bestimmte Kompanie Infanterie befand, von den Rebellen in der Nähe der Station Lima der hinterseeischen Eisenbahnlinie in die Luft gesprengt. Die Explosion war furchtbar. Der ganze Zug wurde auseinandergerissen, 55 Offiziere und Soldaten und ein englischer Lokomotivführer wurden getötet. Ein nachfolgender Personenzug, auf den die Rebellen feuerten, entkam, indem er schleunigst zurückfuhr.

#### Die Bestechungsaffäre in Japan.

Tokio, 23. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Marineministerium gibt bekannt: Die zur Untersuchung der Bestechungsangelegenheiten in der Marine eingesetzte Kommission ist aufgelöst worden. Die gesamte Untersuchung befindet sich jetzt in den Händen der Marinegerichtsbehörden. Der Staatsanwalt gibt bekannt, er werde vor Eröffnung des gerichtlichen Verfahrens keine weiteren Veröffentlichungen machen.

#### Die Greuel des Balkankrieges.

Belgrad, 23. Februar. (W. L. V.) Der Kriegsminister teilte in der Skupstina folgende Zahlen über die Verluste der serbischen Armee in den letzten beiden Kriegen mit. Im serbisch-türkischen Kriege hatte die serbische Armee 5000 Tote und 18 000 Verwundete, im serbisch-bulgarischen Kriege 7000 bis 8000 Tote und 30 000 Verwundete, 2500 Leute starben an den Folgen ihrer Verletzungen, 11 000 bis 12 000 an Krankheiten und 4300 an der Cholera. Von den letzteren entfielen 4000 auf den serbisch-bulgarischen Krieg.

# Zum Geburtstag August Bebel's

## BEBEL-BÜSTEN BEBEL-BILDER

Hergestellt von dem Bildhauer  
OBST-Berlin :: Vier Größen:  
2.50, 8.—, 15.—, 20.— Mark

Bebel nach einem Original des  
Malers TRONNIER-Hannover,  
kunstvoll in 5 Farben, 1 Mark

BEBEL-BILD nach dem gleichen Original in feinstem Heliogravürendruck mit China-Unterlage:

Plattengröße 56—61 Zentimeter	Plattengröße 97—104 Zentimeter
Ausgabe A in braunem Ton einfarbig . . . . . 6 Mark	Ausgabe C in braunem Ton einfarbig . . . . . 25 Mark
Ausgabe B in farbigem Faksimiledruck . . . . . 30 Mark	Ausgabe D in farbigem Faksimiledruck . . . . . 60 Mark

Die Reproduktion der Bilder ist meisterhaft! Die Drucke sind im Kupferdruckverfahren hergestellt, bei dem die Platte nach Abzug jedes einzelnen Blattes von neuem mit der Hand eingefärbt werden muß!

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

### Blendend weiße Wäsche!

Preisliste für schrankfertige Wäsche:

Laken p. St. v. 12 Plan	Handtücher p. St. 4 Pl.	Kl. Bezüge p. St. 7 Pl.
Tischtüch. 15	Servietten 4	Strümpfe p. Paar 8
Gr. Bezüge 18	Taschentüch. 3 St. 10	Frottiertüch. p. St. 10

Gardinen, Stores gewaschen, gestärkt, gespannt p. Schal v. 50 Pf. an. Leibwäsche, gerollt, Taghemd, Nachthemd, Beinkleid, Schürzen p. Stück 12 Pf. Untertailen, Korsettschoner, Netzhemden p. Stück 8 Pf. Kinderwäsche p. Stück 7 Pf., gepolstert Oberhemd v. 35 Pf. an, Kragen 7 Pf., Chemisettes, Paar Manschetten 15 Pf.

Tägliche Abholung — Lieferung 7 Tage

Dampfwäscherei „Rübezahl“ O. Fruchtstr. 2, Telefon: Königsst. 8480

### Spezialarzt

I. Haut-, Genuß-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Ehrlich-Gata-Suren in n. Gd. Long, Labostat. | Blutuntersuchung, Jaden i. Genuß usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

# Petroleumbeleuchtung

im praktischen Gebrauch immer noch am billigsten!

## Urania-Salonoel

garantiert rein amerikanisches Sicherheitspetroleum (wasserhell), größtmögliche :: Sicherheit gegen Explosionsgefahr. ::

## DAPOL

garantiert rein amerikanisches Leuchtpetroleum.

Die bewährten Marken der Deutsch-Amerikan. Petroleum-Gesellschaft



### Theater.

Dienstag, den 21. Februar.  
Urania 6 Uhr.  
Cines Palast am Zoo. Varieté-Lichtspiele.  
Urania 6 1/2 Uhr.  
Cines Rollendorf-Theater Varieté-Lichtspiele.  
Urania 7 Uhr.  
Deutsches Opernhaus. Die Weisheitsfänger von Nürnberg.  
Urania 7 1/2 Uhr.  
Rgl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.  
Rgl. Schauspielhaus. Peer Gynt. 1. Abend.  
Deutsches. Romeo und Julia. Feins. Peer Gynt.  
Sirkus Busch. Galopvorstellung.  
Hofes Schumann. Galopvorstellung.  
Deutsches Künstler-Theater. Cafard.  
Urania 7 3/4 Uhr.  
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
Urania 8 Uhr.  
Urania. Ausgrabungen homerischer Städte.  
Neues Opernhaus (Kroll). Vaterland.  
Kammertheater. Der Grob. Königgräber Straße. Die Kronbräut.  
Komödienhaus. Kommerzmusik.  
Theater an der Weidenbammer Brücke. Der lustigste Nacht.  
Theater am Rollendorfplatz. Prinzreg. Orteil.  
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.  
Schiller O. Die beiden Leonoren.  
Schiller Charlottenburg. Die Maschinenbauer.  
Theater des Westens. Polenblut.  
Montis Operetten. Jung-England.  
Berliner. Wie einst im Mai.  
Athena. Fettes Gebet.  
Trianon. Anatoles Hochzeit.  
Thalia. Die Tausendjährigen.  
Weidenb. Habet — der Franz.  
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Fräulein Trullala.  
Wolfe. Berlin, wie es weint und lacht.  
Kasino. Die alle Webern.  
Grenzfeld. Die non oben und unten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Parthen, der Stolz der 3. Kompanie.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Luisen. Das erste Ehejahr.  
Walhalla. Tango-Feier.  
Folies Caprice. Café Pingsheim.  
Der Heiratstag. Meyerstein.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Der Kaiserjäger.  
Anfang 9 Uhr.  
Admiralspalast. Die lustige Suppe.  
Berliner Cielafah. Cielafah.  
Cines Rollendorf-Theater Varieté-Lichtspiele.  
Sternwarte. Jünglingsstr. 57—62  
Fried-Wilhelmst. Theater  
Frl. Trullala — Gilbert.  
Kaffeneröffnung, 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, den 1. März, nachm. 3 Uhr:  
Die Kino-Königin.

### Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Die beiden Leonoren.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Weh' dem, der lügt.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die beiden Leonoren.

### Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr: 3. Male:  
Die Maschinenbauer.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Das Glück im Winkel.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Maschinenbauer.

### Theater in der Königgräber Straße

Abends 8 Uhr:  
Die Kronbräut.  
Komödienhaus.

### Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:  
Wie einst im Mai.  
Theater des Westens.

### Deutsches Künstlertheater

Sozialität.  
Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Rollendorf 1383.  
Dienstag, 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:  
Cafard.  
Ein Drama a. d. Fremdenlog. 1. 4 Akt.  
Wittm., 8 1/2, 11: Peterohans Mondfahrt.  
Mittwoch, 8 Uhr: Cafard.

### Theater am Rollendorfplatz 5.

8 Uhr: Prinzeß Gretl.  
Residenz-Theater

### Hoheit — der Franz!

Wustfällige Groteske in 3 Akten von Arthur Landberger und Will. Wolf.  
Wustf. von Robert Winterberg.  
Morgen u. f. Tage: Hoheit — der Franz!

### ROSE-THEATER

George Frankfurter Str. 132.  
Zu der heutigen Vorstellung sind sämtliche Billets vergeben.  
Morg. nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell.  
Abends 8 Uhr: Kinder der Großstadt.  
Donnerstag:  
Die Maschinenbauer von Berlin.

### Metropol-Theater.

Abends prägnante 7 Uhr 55:  
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

### URANIA

Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Prof. Dr. W. Dörpfeld:  
Die Ausgrabungen homerischer Städte.

### Voigt-Theater

Sadstraße 58.  
Dienstag, den 21. Februar:  
Fastnacht.  
Oberbayer. Buab'n-Fest.  
1 Uhr: Reuch d. Zauberkloßes.  
Feenh. Dekoration. Meschuggo kommt.  
Jodel-Terzett. — Rutschbahn.  
Kaffeneröffnung. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

### Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr:  
Das erste Ehejahr.  
Walhalla-Theater. 8 1/2 Uhr: Tango-Feier.  
Dr. Hofe m. Gel. u. Lang. in 3 Akten.  
Schulp. in 5 Akten. v. Ernst Ritterfeldt. von G. Heban. Wustf. v. Hugo Fuchs.

### Brauerei Friedrichshain

Mittwoch und Donnerstag:  
Elite-Bockbierfest.  
Dienstag, den 21. Februar, Fastnacht:  
ALPENBALL  
verbunden mit Preis-Tango-Wett-Tanzen.  
4 Kapellen. Kein Kostümszwang. Kolossaler Betrieb.  
Karton im Vorverkauf Herren 75 Pf., Damen 50 Pf.  
bei A. Wertheim.  
Nante Gruske, Arrangeur der Alpenbälle bei Kroll.

### „Clou“

Ein lustiger Fastnachtsabend.  
3 Kapellen!  
Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regimts. Dirig. Oberm. Becker  
Musikkorps des 1. Garde-Dr. Regiments. Dirig. Oberm. Baarz  
und Tegeraseer und Zillerthaler Musikanten,  
Dirig. Hans Starp.  
Ball! — Tanzmusik: 2 Kapellen!  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Ende 2 1/2 Uhr.  
Alle Vergünstigungen aufgehoben!

### Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.  
Heute Dienstag, den 21. Februar:  
Elitetag. Prämierung der  
ähnlichsten Damen-Zwillinge.  
Drei bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mk.  
Legitimation ist mitzubringen.  
Anmeldungen bis 10 Uhr an der Kasse.  
Anfang 7 Uhr. 6 Kapellen. Entree 30 Pf.  
Im neuen Saale: Gr. Fastnachtsball.  
Voranzeige! Morgen Mittwoch, den 25. Februar:  
Prämierung der ähnlichsten Herren-Zwillinge.

### Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:  
Anatoles Hochzeit.

### Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger  
Zimmer No. 18.  
Urkommische Burleske.  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch Sonntag nachm.  
3 Uhr zu erw. Preis.  
„Bosco“.

### Zirkus Alb. Schumann.

Heute Dienstag, d. 21. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Gala-Vorstellung.  
U. a.:  
Tablotardo,  
österr. Vollbluthengst,  
in der hohen Schule geritten  
von Dir. Alb. Schumann.  
Original Little Freds  
Akrobat. u. kunstreit. Hunde.  
Goldmephisto — Ku-Ka-Di.  
Neue Sportspiele,  
geritten von 8 Herren  
und die übrigen Attraktionen.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Das gr. Ausstattungsst. 1. 7 Bildern  
„Tipp“  
der Derby-Favorit 1914.

### Zirkus Busch.

Heute Dienstag, den 21. Febr.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Nur noch wenige Tage!  
Auftreten der großen  
Februar-Attraktionen.  
U. a. Ed. Wulfs fliegende  
Hunde am Trapez.  
Ferner Die Vessemis in ihrem  
akrobatischen Stütz  
„Artistenkinder“.  
Zum Schluss:  
„Pompeji“.  
Orig. Ausstattung-Vantommime  
des Stütz Busch in 5 Akten, 11 Akten.

### Zirkus Busch.

Heute Dienstag, den 21. Febr.,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Nur noch wenige Tage!  
Auftreten der großen  
Februar-Attraktionen.  
U. a. Ed. Wulfs fliegende  
Hunde am Trapez.  
Ferner Die Vessemis in ihrem  
akrobatischen Stütz  
„Artistenkinder“.  
Zum Schluss:  
„Pompeji“.  
Orig. Ausstattung-Vantommime  
des Stütz Busch in 5 Akten, 11 Akten.

### WINTERGARTEN

Letzte Woche!  
Madge Lessing  
und  
Fred Wright  
Grock u. Lole Percezzoff-Truppe  
Komisches Jongleurstück  
Musik-Duo „chez Maxim“  
und die von  
Publikum und Presse  
glänzend beurteilten  
Februar-Attraktionen:  
— Rauchen gestattet! —

### Apollo-Theater.

Tel.: Lützow 2757.  
Zum 64. Mal:  
Der Stolz d. 3. Kompanie  
mit  
Hartstein.  
Lachen ohne Pause!  
Rauchen gestattet!

### Folies Caprice.

8 1/4 (Café Pingsheim  
Der Heiratstag  
Meyerstein)

### Admirals-Palast.

Heute:  
Münchener  
Faschings-Redoute.  
Für Damen auf dem Parkett  
Gesichtsmaskenszwang.  
Ballmusik:  
Einödshofer u. Vintillescu.  
Herrenkarten 10 M.  
Damenkarten 6 M.  
Zuschauerkarten 3,50 M.

### Passage-Panoptikum.

Die wilden  
Feuerfresser  
in ihren fanatischen  
Harten.  
Mister Rappo,  
der Ausbrecherkönig.  
Unfesselbar!  
Lebend!  
Ohne Extra-Entree.

### Casino-Theater

Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Ein neues Berliner Volksstück:  
Die olle Webern.  
Ur-Berl. Figurva, Ur-Berl. Humor!  
Einziges Theater in diesem Genre!  
Im Stile der alten Wallner-Bühne.  
Sonnt. 4 Uhr: Mädchenchöre.

### Admirals-Palast.

Heute:  
Münchener  
Faschings-Redoute.  
Für Damen auf dem Parkett  
Gesichtsmaskenszwang.  
Ballmusik:  
Einödshofer u. Vintillescu.  
Herrenkarten 10 M.  
Damenkarten 6 M.  
Zuschauerkarten 3,50 M.

### Passage-Panoptikum.

Die wilden  
Feuerfresser  
in ihren fanatischen  
Harten.  
Mister Rappo,  
der Ausbrecherkönig.  
Unfesselbar!  
Lebend!  
Ohne Extra-Entree.

### Admirals-Palast.

Heute:  
Münchener  
Faschings-Redoute.  
Für Damen auf dem Parkett  
Gesichtsmaskenszwang.  
Ballmusik:  
Einödshofer u. Vintillescu.  
Herrenkarten 10 M.  
Damenkarten 6 M.  
Zuschauerkarten 3,50 M.

### Passage-Panoptikum.

Die wilden  
Feuerfresser  
in ihren fanatischen  
Harten.  
Mister Rappo,  
der Ausbrecherkönig.  
Unfesselbar!  
Lebend!  
Ohne Extra-Entree.

### Admirals-Palast.

Heute:  
Münchener  
Faschings-Redoute.  
Für Damen auf dem Parkett  
Gesichtsmaskenszwang.  
Ballmusik:  
Einödshofer u. Vintillescu.  
Herrenkarten 10 M.  
Damenkarten 6 M.  
Zuschauerkarten 3,50 M.

Gewerkschaftliches.

Die Macht der Arbeitgeberverbände.

In dem dieser Tage erschienenen 8. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt „Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1912“ hat das Reichsstatistische Amt auch ein übersichtliches Bild von der Organisation der Arbeitgeber gegeben.

Table with 5 columns: Jahr, Verbände insgesamt, Reichsverbände, Landes- oder Bezirksverbände, Ortsverbände. Rows for years 1918, 1912, 1911, 1910, 1909.

Ueber die Zahlen der Mitglieder und die der von ihnen beschäftigten Arbeiter haben nicht alle Verbände Angaben gemacht. Allein die für unsere Betrachtung wichtigen Zahlen von den reinen Arbeitgeberverbänden, die sich mit der Wahrnehmung der besonderen Interessen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern befassen, liegen fast vollständig vor.

Die deutschen Arbeitgeberverbände sind auf zweifacher Grundlage errichtet. Einmal, indem die Arbeitgeber eines und desselben Gewerbes sich zu beruflichen Verbänden zusammengeschlossen haben und zweitens in der Weise, daß sich für einzelne Orte, Bezirke usw. sogenannte gemischte Arbeitgeberverbände gebildet haben, die die Gewerbezweige territorial umfassen.

Von den größten Arbeitgeberverbänden innerhalb der Berufsgruppen seien genannt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in Berlin mit 2366 Mitgliedern und 484 014 beschäftigten Arbeitern, der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie mit 1918 Mitgliedern und 817 500 Arbeitern, der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe mit 4538 Mitgliedern und 60839 Arbeitern, der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mit 19328 Mitgliedern und 300 000 Arbeitern.

In den meisten Berufsgruppen ist eine wachsende Konzentration der Unternehmerorganisationen zu großen Industrieverbänden zu konstatieren. Einen Beweis bildet der im Juli 1912 gegründete Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände, der 53 264 Mitglieder mit 579 000 Arbeitern umfaßt. In ihm sind vereinigt: der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Arbeitgeberverband im Malergewerbe, Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe, Verband deutscher Klempnerinnungen und andere Verbände mehr.

Sämtliche beruflichen Verbände zählten Anfang 1913 129 462 Mitglieder mit 3 512 331 beschäftigten Arbeitern. Dazu kommen noch die gemischten Verbände, unter denen an erster Stelle steht die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin“, die am 5. April 1913 durch den erfolgten Zusammenschluß des Vereins und der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände geschaffen wurde. Die gemischten Verbände zählten Anfang 1913: 15 745 Mitglieder mit 1 129 030 beschäftigten Arbeitern. Rechnet man diese gemischten Verbände zu den festgestellten beruflichen Verbänden, so ergeben sich Anfang 1913: 145 207 organisierte Unternehmer, die 4 641 361 Arbeiter beschäftigen.

Ueber das Wachstum der Arbeitgeberbewegung in den letzten fünf Jahren orientiert folgende Aufstellung:

Table with 3 columns: Jahr, der Mitglieder, der Arbeiter. Rows for years 1913, 1912, 1911, 1910, 1909.

Hinsichtlich der Streikversicherung und Streikentschädigung ist zu konstatieren, daß die dafür gegründeten eigenen Gesellschaften von Jahr zu Jahr an Zahl und Geschäftsumfang zunehmen. Dem reichsstatistischen Amt sind 20 Streikversicherungsgesellschaften bekannt geworden. Die beiden größten sind der „Schutzverband gegen Streiksäden“ und die „Gesellschaft deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“. Dem „Schutzverband“ waren 1912: 8 Haupt- und 43 Unterverbände mit zusammen 2592 (1911: 2472) Mitgliedern und 401 000 (1911: 386 000) Arbeitern angeschlossen.

Insgesamt gab es 1912: 61 973 Mitglieder von Arbeitgeberverbänden mit 2 873 469 Arbeitern, auf welche sich die Vorsorge gegen Schäden aus Arbeitseinstellungen bzw. Aussperrungen erstreckte. 1911 waren es 49 781 Mitglieder mit 2 637 637 Arbeitern und 1910 erst 47 328 Mitglieder mit 2 315 159 Arbeitern.

Im Jahre 1912 gab es 261 eigene Arbeitgebernachweise, die rund 1 308 000 Arbeiter vermittelten. Durch hohe Vermittlungsziffern treten besonders hervor der Arbeitsnachweis des Zehnerverbandes mit 228 297 Befragungen und der der Metallindustrie mit 334 011. Von letzteren Vermittlungen entfallen allein auf den Arbeitsnachweis des Verbandes Berliner Metallindustrieller 84 138. Die Arbeitgebernachweise im Verkehrsgewerbe vermittelten 448 878 Stellen.

Die Zahlen über die Organisation und die Machtentfaltung der Arbeitgeberverbände bilden eine ernste und eindringliche Mahnung an die Arbeiter, der geschlossenen Macht der Unternehmer die geschlossene Macht der Arbeiter in vollster Einigkeit entgegenzustellen.

Berlin und Umgegend.

Die Holzarbeiter und die Baukrise.

Am Sonntag fand eine Versammlung aller in der Baubranche beschäftigten Holzarbeiter statt. Leopold wies als Referent auf die Behauptung der Berliner Unternehmer hin, wonach der hohe Berliner Lohnsatz bewirke, daß die Arbeiten meist hinausgingen aufs Land, wo billigere Löhne beständen. Diese Ansicht habe auch schon in den Kreisen der Arbeiter Eingang gefunden und Mißmut erzeugt. Diese Behauptung stimme jedoch nicht. Der hohe Bautischlerlohn in Berlin könne die schlimmen Zustände nicht

verursacht haben, da dieselben sich auch draußen zeigten. Schließlich wäre auch nicht ein Stück mehr hergestellt worden, wenn die Löhne niedriger wären. Es werde auch behauptet, der Hausbau rentiere sich nicht mehr und man schiebe auch das den hohen Arbeitslöhnen zu. Der Hausbau sei allerdings teurer geworden, aber in der Hauptsache sind daran andere Ursachen schuld, denn auch ganz alte Häuser seien teurer geworden. Schuld sei u. a. in erster Linie: der Grund- und Bodenwucher insbesondere der Terrain Spekulationen, ferner der öftere Wechsellager, teure Baugelder, Hypotheken usw.

Ran könne aber nunmehr annehmen, daß sich die schlechte Baulage bessere. Der Zinsfuß sei niedriger geworden und es sei zu hoffen, daß das bisher zurückgehaltene Geld wieder mehr dem Baumarke zuströme.

Sichere Anzeichen jedoch, daß es besser werde, lägen nicht vor und in diese Jahre sei an eine wesentliche Besserung der Baulage nicht zu denken. Immerhin könne man annehmen, daß die Krise ihren Höhepunkt erreicht oder überschritten habe. Das wechselvolle Auf und Ab der Baubranche in den letzten Jahrzehnten zeigte Redner an einem reichhaltigen Zahlenmaterial. Das Unternehmertum habe zum Teil, besonders in der Baubranche, energische Maßnahmen ergriffen, um die Lage des Gewerbes in Berlin zu bessern und die Interessenten des Baugewerbes bemühen sich, die Geminnisse auf diesem Gebiete zu beteiligen. Redner gab auch eine Uebersicht von dem Wohnungsmarkt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Bau von neuen Wohnhäusern einen Aufschwung erleben werde. Wenn dann noch alle Wohnungen, die den unumgänglichen Ansprüchen nicht genügen, ausgemergelt werden, so sei auch damit eine Behebung des Baumarcktes zu erhoffen.

Was könne sonst noch getan werden? Notstandsarbeiten seien mit vielen Umständen verbunden und kämen für die jetzige Krise nicht in Betracht, zumal die Arbeiter der Holzarbeiter dabei erst im späteren Stadium begännen. Dabei komme es vor, daß die Arbeiter noch außerhalb hergestellt würden, wie es beim Bau des Berliner Ostbahns gewesen sei; allerdings waren es keine Tischlerarbeiten. Das müsse selbstengetätigt werden. Des weiteren werde die Berliner Verwaltung der Organisation an die Generalversammlung herantreten, damit die Arbeitslosenunterstützung um eine Woche verlängert wird, wiewohl dies auch nur ein Nothelf sei.

Was eine Verbesserung des Arbeitsmarktes betreffe, so sei es nicht immer möglich, die von außerhalb hinzuziehenden fernzuzulassen; man könne hier nur dadurch einwirken, daß man die Verursachenden draußen ankläre über die wirklichen Zustände in Berlin. Auch Maßnahmen faktischer Art seien in Aussicht zu nehmen. Petitionen an die Kommunalbehörden sind einzureichen, daß alle Arbeiten Groß-Berlins am Orte, und zwar von hier ansässigen Arbeitern angefertigt werden müssen. Ferner, daß die Unternehmer ortsartliche Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten haben. Die Ausführungen des Referenten gipfelten in folgenden Vorschlägen, die allerdings provisorischen Charakter haben und noch einer besonderen Prüfung unterzogen werden:

Die am 22. Februar 1914 tagende gemeinsame Branchenversammlung der Bautischler, Feinseger, Bodenleger, Jaloufiemacher und Treppengeländerarbeiter beauftragt die Branchenleitung, eine Eingabe an alle Gemeinden Groß-Berlins einzureichen und folgende Anträge zu stellen:

- 1. Alle kommunalen Arbeiten und Lieferungen, die von Tischlereien, Parkett-, Treppengeländer- oder Jaloufiemachern auszuführen sind, sind nur solchen Firmen zu übertragen, die in einer der Gemeinden Groß-Berlins ihren Betrieb haben.
2. Betriebe im Ortsbezirk sollen nach Möglichkeit bevorzugt werden.
3. Firmen der Holzindustrie, die einen Auftrag ausführen wollen, müssen sich verpflichten:
a) diese Arbeiten in eigener Werkstatt auszuführen,
b) zur Herstellung oder Montierung nicht extra Arbeiter von auswärts heranzuziehen,
c) die zwischen den Arbeiterverbänden und Arbeitgeberorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge einzuhalten.
4. Bei Submissionen soll die Liste der beteiligten Firmen von der Tarifinstanz der Arbeitgeberverbände des Holzgewerbes und der Arbeiterverbände begutachtet werden.

In der Diskussion wurden die Angaben des Referenten unterstützt und besonders kamen Beispiele zutage, in denen Arbeiten aus Groß-Berlin nach außerhalb gegeben wurden.

Auch wurde verlangt, daß bei Vergabe der Stellen nur der paritätische Nachweis in Betracht kommt. Auch sollten die Kollegen

Kleines Feuilleton.

Die Schwindelannonce.

Jedesmal, wenn ich die Annoncenplantagen der großen bürgerlichen Blätter überfliege, bekomme ich einen Kater. Einen gottschämlichen Kater. Und jedesmal frage ich mich wieder: Sind die deutschen Schulen, Volksschule wie höheren Schulen, wirklich so über alle Begriffe schlecht, noch schlechter, als ich ohnehin annahm, oder ist die menschliche Dummheit in der Tat so fabelhaft entwickelt, so unausrottblar veranlagt, daß nichts sie belehren, nichts sie auf ein erträgliches Maß herabsetzen kann?

Auf dem Wege der Annonce werden Heilmittel für sämtliche Gebrechen der Welt, körperliche wie geistige, wirtschaftliche und ideale, angeboten — zum Preise von 20 Pf. bis 5 M.! Nicht mehr! Und diese Reklamen werden hundertfach im Jahre wiederholt. Die Leute müssen also doch immer wieder Dumme finden.

Es ist unbegreiflich. Was müssen das für Hirne sein, die darauf hineinfallen, daß „gegen Einsendung von 30 Pf. in Marken“ schwere Krankheiten „radikal beseitigt“ werden sollen. Gibt es denn Menschen, die 3 M. opfern, um sich von einem Meyer in Paris „ihre Schicksal offenbaren zu lassen“? Gibt es das? Und die „Wusnittel“, die Mittel gegen „vorzeitige Abnahme der besten Kraft“, diese „Anleitungen, um unwiderstehlich im persönlichen Verkehr zu sein“ (für 1,20 M. netto!).

Am unerschämtesten sind die Anpreisungen wirtschaftlicher Aufbesserung. „Nebenerdienst 500 M.!", „Wollen Sie reich werden?“, „Das Geheimnis des Erfolges“.

Alles „ohne Vorkenntnisse, ohne Kapital, ohne Arbeit“. Ich habe heute eine besonders schöne Sache gefunden. Halbseitig annonciert Herr Boehlmann in München versichert, daß jedem „die Welt offen stehe“ durch Benutzung seiner „Geistes-schulung“. Dieser Boehlmann in München hat das Geheimnis der „richtigen Methode“ entdeckt, durch das „Männer wie Fugger, Napoleon, Rothschild, Krupp, Hertomer, Edison, Rodeseller, Carnegie“ sich „den Erfolg verschafften“. Boehlmann in München will der Welt ihr Glück nicht vorenthalten. Er will sämtlichen Berufen, vom „Spohler“ bis zum „Zollbeamten“ den „Erfolg garantieren“.

Es tut mir leid, daß ich über diese Dinge nicht mehr lachen kann, weil ich im Geiste die hunderte armer Teufel sehe, die ihre Groschen dieser grotesken Spekulation auf die Dummheit in den Taschen werfen.

Sollte es wirklich ganz unmöglich sein, auch den einfältigsten Bewußten diese Leisefake ins Hirn zu hämmern:

1. Jede in allgemeinen Wendungen „Erfolg“, „Heilung“ oder „Verdienst“ versprechende Annonce ist Schwindel.

2. Alle „Heilmittel“ und „Schönheitsmittel“, die nicht allgemein in Apotheken und Drogerien zu kaufen sind, sondern von einer „Spezialadresse“ bezogen werden sollen, sind Schwindel. Sie haben durchweg — das ist gerichtlich nachgewiesen — nur den Wert von wenigen Pfennigen.

3. Jede Annonce „mystischer“ Art („Charakterbildung“, „Willensstärkung“, „Weisung“) ist Schwindel.

Einen gesetzlichen Schutz gegen diesen idiotischen Betrug gibt es noch immer nicht. Blätter aber, die an diesen Annoncen verdienen, machen sich mitschuldig an der Verschwendung der Kerntzen im Geiste, die nicht selten auch die Kerntzen an des Lebens Notdurft sind.

Ein Nationaldichter, den man nicht feiern darf. Aus Kiew wird uns geschrieben:

Die etwa dreißig Millionen zählende kleinrussische Bevölkerung betrachtet den Dichter Schewtschenko, dessen hundertjähriger Todestag jetzt gefeiert wird, als ihren größten Meister. Noch vor wenigen Jahren waren indes seine Dichtungen im russischen Reich verboten, bis schließlich die neueste Befreiungsbewegung Rußlands auch diese herrlichen Erzeugnisse ans Tageslicht brachte. Seitdem aber die Reaktion absolute Herrschaft erlangt hat, läßt die russische Regierung keine Gelegenheit vorübergehen, ohne die Anhänger des kleinrussischen Volkstums zu schikanieren. Als die kleinrussische Bevölkerung sich neuerdings anschickte, den Todestag Schewtschenkos diesmal besonders feierlich zu begehen, begab sich sofort eine Deputation ecktruffischer Leute aus Kiew nach Petersburg und richtete an den Minister des Innern das Gesuch, den Kleinrussen die Auffstellung von Denkmälern zu Ehren Schewtschenkos in den Städten Kiew, Jekaterinoslaw und Wolkawa zu verbieten. Der Minister des Innern nahm dies Gesuchen mit großer Sympathie entgegen und ließ unverzüglich die Kiewer Stadtverwaltung telegraphisch benachrichtigen, daß er weder die Errichtung eines Schewtschenko-Denkmalts noch irgendwelche Jubiläumsoberlichkeiten oder Feste zu Ehren des großen Dichters dulden werde. Bemerkte sei, daß der Minister des Innern damit eigenmächtig eine allerhöchste Verordnung ausstelt, laut der den Kiewern die Genehmigung zur Errichtung eines Schewtschenko-Denkmalts gemährt war. Was darf jedoch nicht die Reaktion in Rußland, die schon selbst Sammlungen von Zarenreden inhibiert hat!

Geschlechtertrennung in Kinematographentheatern. In fast allen amerikanischen Städten wird jetzt energisch verlangt, daß in den Kinematographentheatern die Männer von den Frauen getrennt werden sollen, da das Nebeneinanderstehen der beiden Geschlechter zu großen Unzuträglichkeiten führe. Vor einiger Zeit wurde festgestellt, daß in Kinematographentheatern verwegene Mädchenränder die neben ihnen sitzenden jungen Mädchen mit feinen Nadeln, die sie vorher in narzotische Substanzen getaucht hatten, stechen, sich um die Damen, wenn diese die Bestimmung verloren hatten, unter dem Vorwande, daß sie mit ihnen verwandt seien, eifrig bemühten, sie dann aus dem Hause führten und spurlos mit ihnen verschwand. Diese modernste Art des Handels mit weichen Sklavinnen hat die amerikanischen Familien in die größte Aufregung

versetzt. Andererseits beklagten sich junge Mädchen und Frauen, daß sie in dem verdunkelten Theater von unbekanntem Männern, die neben ihnen saßen, in unzulässiger Weise berührt und geküßt worden seien. Aus diesem Grunde haben sich bereits viele Familienväter veranlaßt gesehen, ihren Töchtern den Besuch der Kinematographentheater ganz zu unterlagen. Das alles hat die Stadt Pittsburg bewegt, in den Kinematographentheatern die strenge Trennung der Geschlechter durchzuführen; die Behörden haben den Kinobesuchern anbefohlen, binnen einer Woche ihre Theater so einzurichten, daß der Zuschauerraum in drei Abteilungen geteilt werden kann: eine für die Männer, eine für die Frauen und eine dritte für die Männer, die in Begleitung zu ihnen gehörender Damen erscheinen.

Notizen.

Die Meisterfingerringe-Festwiese, die in der Auf-führung im Deutschen Opernhaus im dritten Akt der Meisterfingerringe durch ihre ungeheuren Dimensionen imponierte, zeigte zum ersten Male die ganze mächtige Größe der Charlottenburger Oper. Die Himmelskugel war bis zur Hinterwand zurückgefahren und schloß mit dem Prospekt auf dem Nürnberger Burgberg die Szene ab, die groß genug ist, um nicht weniger als 450 Personen Raum zu geben.

Haedels Selbstbiographie. Haedel arbeitet seit fünf Jahren an einer Geschichte seines Lebens. Es wird die Briefe einer großen Zahl der berühmtesten Gelehrten der letzten Jahrzehnte enthalten. Da der zu verarbeitende Stoff ungemein reichhaltig ist, so wird das Werk erst nach einigen Jahren erscheinen können.

Kants Grab. So wenig wie Schiller scheint Kant Ruhe im Grabe beschieden zu sein. Wegen die Ueberführung seiner Gebeine aus der baufälligen Grabstätte in den Dom erhebt jetzt die Kant-Gesellschaft Einspruch. Sie wünscht, daß was von ihm herblüht ist, in dem bisherigen Grab verbleibe (das dann wichtig umzugefalten wäre) oder in einen neuen monumentalen Bau überführt würde. Daß Kant nicht in eine landeskirchliche Anstalt komme, damit man einverstanden sein.

Eine Südpolexpedition Pearys. Kapitän Peary, der Entdecker des Nordpols, betreibt eifrig die Vorbereitungen zur weiteren Erforschung der Südpolargegenden. Peary äußerte sich einem Journalisten gegenüber, daß noch fast das ganze unter englischen Einfluß stehende Gebiet in der Gegend des Webers-Landes unerforscht sei und daß eine Expedition überraschende Resultate ergeben würde.

Die nächste vollständige Sonnenfinsternis wird am 21. August dieses Jahres stattfinden. Die Totalitätszone, also der Gürtel, innerhalb dessen die Finsternis von der Erdoberfläche aus als vollständig gesehen werden kann, ist jetzt genau berechnet worden. Sie hat eine Breite von etwa 150 Kilometer und nimmt ihren Verlauf von den Arktischen Inseln Nordamerikas, dann durch Grönland, Norwegen und Schweden, Rußland bis zur Ariz, Kleinasien und Persien, um in der nordindischen Ebene zu enden. Der beste Platz zur Beobachtung wird in Rußland zu wählen sein, und zwar in der Gegend östlich von Wilna, wo die Dauer der vollständigen Verfinsternung die verhältnismäßig lange Zeit von 3 Minuten 14 Sekunden hat.

auf die Art der Ausführung und des Materials achten und somit der Schundarbeit entgegenwirken.

Die Vorschläge fanden einstimmige Annahme, desgleichen nachsichender Antrag:

„Der Verbandstag soll Vorstand und Gausvorstände beauftragen, daß sie der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in kleinen Orten und rüstungslosen Industriebezirken ihr besonderes Augenmerk widmen, sowie Lohnbewegungen solcher Zahlstellen vor allen anderen bevorzugen.“

## Deutsches Reich.

### Welch sein, das ist ein Geschäft!

Zu unserem Artikel „Eine neue Wäse am gelben Giftbaum“ in unserer Sonntagsummer sind die Mitteilungen in Nummer 20 des in Hamburg erscheinenden gelben „Hafenarbeiter“ eine treffliche Illustration. Die gelben Herrschaften schimpfen aufeinander, weil einer dem anderen die Kundtschaft fortnimmt. Im Verband nationaler Handwerksgehilfen und Arbeiter“ hat nach dem gelben „Hafenarbeiter“ im Auftrage der Staatsanwaltschaft ein beeidigter Vägerrevisor die Wäse geprüft. Er soll nichts Strafbares gefunden haben. Trotzdem soll aber nicht alles stimmen. Gegen den Vägerrevisor wird in diesem Zusammenhang eine schwere Verdächtigung ausgesprochen. Neben den Vettel für die Besetzung der Arbeitslosen zu Weihnachten wird mitgeteilt:

„Es gingen 60 Sätze zu 10 Pf. von einer Firma in Wilhelmshagen ein. Bei der Verteilung erhielten: Der Nachweisverwalter Herr W. 8 Sätze, dessen Bruder, Nichtmitglied, 3 Sätze, Herr Goldt (der Vorsitzende) 2 Sätze, Herr Benz (der zweite Vorsitzende) 8 Sätze, die Scheuerfrau 2 Sätze, 1 (ein) Arbeitsloser 2 Sätze, zusammen 25 Sätze. Der Rest von 35 Sätzen muß unbedingt faul geworden sein, denn sie waren verschwendet, ein Nachweis über den Verbleib fehlt. Die Vorlangische und auch die englische Cafeteria wollten in liebevoller Absicht den nationalen Arbeitslosen ebenfalls eine Weihnachtsgabe zukommen lassen, zu welchem Zweck sie den Obermählern in der Lindenstraße zusammen 60 Pfund Cafes behufs Verteilung überwiesen. Der schon genannte Beamte W. erhielt circa 5 Pfund, während Goldt und Benz nebst Familie, da gerade Geldmangel bei ihnen war, zwei Tage nur von Cafes lebten, vielleicht solche sogar verkauften, denn auch diese Gaben waren verschwendet, als sie zur Verteilung kommen sollten. Dasselbe Schicksal ist über den Eingang einer Kiste Zucker zu berichten.“

In dem Artikel wird dann weiter auseinandergesetzt, wie den Arbeitgebern mit Telephongesprächen und geschwollenen Redensarten vom Kampf gegen die Sozialdemokratie das Geld abgeleitet wird. Wenn solche Konkurrenten sich schimpfen, erfahren die ehrlichen Leute die Wahrheit. Den Hamburger Scharfmachern ist es zu gönnen, daß sie sich (auch jetzt noch) von der Gesellschaft rupfen lassen.

### Die Anerkennungsschreiben des Streikbrecherlieferanten.

Bei dem Wäsen, neue Kundtschaft für Streikbrecherlieferungen zu erwerben, legen die Herren Streikbrechervermittler Anerkennungsschreiben der Unternehmer vor, worin ihnen die Vorgesichtigkeit der von ihnen gelieferten Waren attestiert wird. Welchen Wert diese Anerkennungsschreiben in Wirklichkeit haben, sei hier an einem konkreten Fall bargehen. Eine Firma Lindenbergs paradiert mit einem Anerkennungsschreiben der Hessischen Aktienbrauerei Kassel. Dieses Zeugnis, das am 20. Juni 1918 ausgestellt ist, lautet nämlich:

„Aus Veranlassung eines Streiks unseres gesamten Personals bekommen wir durch die Firma Lindenbergs u. Maier in Wandsbek 49 Leute, mit denen wir den Betrieb 8 Tage lang, vom 15. bis 21. Juni, bis zur Beilegung der Differenzen ausüben konnten. Wir waren mit der Führung und Arbeit der Leute sowie mit der Aufsicht und den Dispositionen der Kontrolle aufs Beste zufrieden und sprechen der Firma gern unsere volle Anerkennung für die glatte Abwicklung der Angelegenheit aus. Hessische Aktienbrauerei Kassel.“

Dagegen höre man, was der Direktor und der Braumeister des Betriebes nach Beendigung des Streiks über die Arbeitswilligen und ihre Leistungen zu sagen hatten. Der Braumeister Rose schilderte die Dingebrüder wie folgt:

„Am 1/9 Uhr morgens kann ich nicht mehr garantieren, daß sie noch nüchtern sind.“

Und der Direktor Doornkaat hatte folgendes festzustellen: „So diese Leute gehaut haben, kann man es keinem anderen Arbeiter zumuten hinzugeben, ohne daß vorher gereinigt wird.“

Dazu ist noch zu sagen, daß die Dingebrüder die Schränke erbrochen und die Kleidungsstücke der Streikenden hatten mitgehen heißen, wovon die Betriebsleitung auch Kenntnis erhielt.

Und trotzdem dieses „Anerkennungsschreiben“? Es scheint, als ob es von der Schadenfreude diktiert ist, damit andere Betriebe auch darauf hineinfallen sollen.

## Ausland.

### Neuerlicher Streik der Brüsseler Chauffeure.

Man meldet uns aus Brüssel: Die Chauffeure der Brüsseler Mietautogefellschaft sind neuerdings in den Streik getreten. Die Gesellschaft hat sich in letzter Zeit nicht mehr an die anlässlich des Januarstreiks gemachten Zugeständnisse gehalten und wiederholt ungerechtfertigte Abzüge gemacht und auch unmotivierte Entlassungen vorgenommen.

Die Entlassenen wurden überreichlich ersetzt und den Neuangestellten zudem verboten, dem Syndikat der Chauffeure beizutreten. Aus alledem war ersichtlich, daß die Gesellschaft sich ein neues, „sicheres“ Personal rekrutieren wollte, um allmählich wieder den alten Zuständen Eingang zu verschaffen und alle im letzten Streik erzwungenen Zugeständnisse rückgängig zu machen. Die Chauffeure sind der Gesellschaft zuvorgekommen und haben ihr gestern ihre Forderungen unterbreitet. Da diese unter anderem Anerkennung des Syndikats, achtstägige Kündigungsfrist, Bezahlung für Zeitverdienst, Einberufung eines Schiedsgerichts — abgelehnt wurden, hat die Verammlung der Chauffeure den Ausstand beschlossen. Eine neuerliche Versammlung, die Sonnabendabend im Volksbauhaus stattfand, beschloß, im Streik zu verharrten und alle Maßnahmen für die Weiterführung zu treffen. Der eben begonnene Karneval mit den großen Opernbällen, dem demnächst stattfindenden Fußball schafft für die Streikenden keine unangenehme Konjunktur. Morgen wird sich wohl der Gemeinderat mit der Sachlage beschäftigen, da die betreffende Gesellschaft mit der Stadt im Vertragsverhältnis steht.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen

im Regierungsbezirk Potsdam tagte am Sonntag in den „Germaniasalen“ in Berlin. Außer der Frage: „Wie gewinnen wir die Frauen für die politische Organisation und wie schulen wir sie zu tätigen Massenkämpferinnen?“ wurden auch die agitatorischen Maßnahmen für den Frauentag und die „Rote Woche“ erörtert. Aus letzterem Anlaß nahmen an der Konferenz auch männliche Vertreter der Kreisorganisationen und der einzelnen Ortsvereine teil. Anwesend waren 100 Genossinnen und Genossen. Eingeleitet wurde die Konferenz mit einer Sympathieerklärung für die Genossin Rosa Luxemburg. In einem instruktiven Referat gab dann Gen. Wels-Verlin ein Bild von der Organisation der „Roten Woche“ und eine Anzahl Ratschläge und Winke für den erfolgreichen Ausgang dieser Parteilaktion. Er forderte auf, überall zu begeisterten Mitarbeiter anzugewinnen und legte besonderes Gewicht

darauf, daß bei dieser großartigen Agitation Qualität der Arbeit geleistet werde, was um so dringender erweise, als die Gegner mit dem Plane umgehen, der „Roten Woche“ eine schwarz-weiß-rote Woche entgegenzusetzen. Das Referat über die Frauenagitatorien hielt die Genossin Luise Fiebig vom Parteivorstand. Ihre Ausführungen waren ausschließlich der praktischen Agitationsarbeit gewidmet. Kurz auf die soziale Notwendigkeit der Betätigung der Frau am politischen Leben verweisend, erläuterte die Rednerin unter Anführung erlebter Beispiele die zweckmäßigsten Agitationsmethoden, die Mittel und Wege zur politischen Schulung der organisierten Frauen und das Erfordernis der Mitarbeit der geschulten Frauen bei allgemeinen und bei Wahlagitatorien der Partei. Im besonderen sprach Genossin Fiebig über den Frauentag am 8. März, der eine anfeuernde Funktion zu erfüllen haben müsse. In der Diskussion, an der sich vornehmlich Frauen beteiligten, wurden Erfahrungen ausgetauscht, neue Anregungen und dem Bemühen allgemein Ausdruck gegeben, daß die Konferenz für den Erfolg des Frauentags und der Roten Woche von großer Nützlichkeit gewesen sei.

## Soziales.

### Das Arbeitsrecht.

Im Vergleich mit der Regelung rein vermögensrechtlicher Beziehungen bietet das Arbeitsrecht in Deutschland das Bild einer toten, fast unübersehbaren Buntschneise. Zerissen die Grundlage, regellos das System, lückenhaft der Aufbau, von empörender Ungerechtigkeit und Rücksichtslosigkeit in seiner Durchführung, ist das Arbeitsrecht ein Ruhestück der Unvollkommenheit und Unkultur. Reichsrecht und Landrecht wirbeln da oft durcheinander, kreuzen und widersprechen sich; die den Arbeitern feindlichste Auslegung findet Anwendung. Die Reichsgewerbeordnung und das Bürgerliche Gesetzbuch werden in ihren Bestimmungen, die auf das Arbeitsverhältnis angewendet werden können, für Bergarbeiter, Staatsarbeiter und das Gefolge durch Landesgesetze fast völlig wieder aufgehoben. Das gleiche gilt für die Angestellten in diesen Berufsgruppen. Ausführungsbestimmungen der Regierungen und Polizeiverordnungen greifen in die Gesetze ein und korrigieren sich oft gegen den Willen des Gesetzgebers und im antisozialen Geiste. Der Staat, der Hüter der Gesetze, preist als Arbeitgeber auf das Bürgerliche Gesetzbuch und die Reichsgewerbeordnung. Die wichtigsten Beziehungen zwischen sich und den von ihm Beschäftigten diktiert er durch Verordnungen. Der Staat ersetzt Rechte durch Befehle zum Gehorsam. Wenn's nicht paßt, kann gehen! Einfache Sache. Der Privatunternehmer eifert der absolutistischen Praxis des Staats nach. Durch Dienstverträge macht er Rechtswohlthaten und politische Staatsbürgerrechte für Arbeiter und Angestellte unwirksam. Wenn's nicht paßt, der bleibe draußen! So preist's der private Ausbeuter dem Vater Staate nach. Für wichtige Vorgänge und Verhältnisse, wie z. B. für den Arbeitsvertrag, fehlt überhaupt noch die rechtliche Regelung. Zerissen, schwankend, unzulänglich wie die Rechtsgrundlage ist auch die Gerichtsbarkeit. Ein Arbeiter oder Angestellter kann in Ausübung seines Berufes bald der Gewerbeordnung und dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder diesem und dem Handelsgesetzbuch und dem Handlungsgehilfenrecht unterstehen, bald Landesgesetzen unterworfen sein und zur Abwechslung auch mal jeder Rechtsgrundlage entbehren. Ein Schlosser, heute in einer Maschinenfabrik beschäftigt, genießt die Rechtsgrundzüge der Gewerbeordnung, morgen in gleicher Eigenschaft in einem landwirtschaftlichen Betrieb tätig, gilt die Gewerbeordnung für ihn nicht, er muß eventuell auf dem ordentlichen Rechtsweg Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis auslagern, und wenn er übermorgen in einer Militärwerkstätte Beschäftigung findet, dann hat formell zwar das Bürgerliche Gesetzbuch Gültigkeit für ihn, aber der Staat entzog ihm den Rechtsboden durch Verordnungen. Disziplin anstatt Rechtsverhältnis!

Von dem hier nur in einigen Strichen umrissenen Stand des Arbeitsrechts ausgehend, forderte Dr. Hugo Einzeimer auf dem Verbandstag der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ein einheitliches Arbeitsrecht. In anderer Form und Beleuchtung hat er seine Vorschläge nun in einer Festschrift in der Verlage von Franz Bahlen, Berlin, erschienenen Schrift\*) niedergelegt. In ihren Grundzügen bedenken sie sich mit den Forderungen der Sozialdemokratie, in den Notizen allerdings nicht. Das berührt natürlich unsere sachliche Stellung zu der Frage nicht. Ueber Einzelheiten sind auseinanderzusetzen, hat keinen Zweck, dazu reichen die meisten Vorschläge auch nicht aus. Einzeimer denkt sich die Sache so: Auf der Grundlage eines Reichsgesetzes wird ein einheitliches Arbeitsrecht geschaffen, das die Grund- und Minimalforderungen für jeden Arbeiter und Angestellten sichert. Es soll dafür gesorgt werden, daß das Arbeitsrecht in allen seinen Teilen mindestens dasjenige Kulturniveau einhält, welches unserer heutigen Kultur- und Vorkulturanschauung entspricht. Außer Bestimmungen über Arbeitszeit, Kündigung, Entlassung soll es solche enthalten, die jeden Eingriff in die Freiheitsphäre des arbeitenden Menschen ausschließen. Die Freiheit vor dem Arbeitsvertrag bedeutet die Freiheit eines jeden arbeitenden Menschen, sich außerhalb des Arbeitsvertrags in allen Beziehungen selbst bestimmen zu dürfen. Das bedeutet auch die Sicherstellung des Koalitionsrechts. Das Arbeitsrecht ist zwingend und umfaßt alle Arbeiter und Angestellte, also auch die in Staatsbetrieben Beschäftigten, ferner die Landarbeiter und das Gefolge. Landesgesetze verlieren ihre Gültigkeit. Von der gemeinsamen Grundlage soll sich ein besonderes Arbeiter- und ein Angestelltenrecht abzweigen. Als lokale Träger des Arbeitsrechts sind Arbeitskammern gedacht, die in einem Reichsarbeitsrat gipfeln. Diese Einrichtung soll als „paritätische Rechtsverwaltung“ die Aufgabe im Arbeitsrecht übernehmen, die heute oft schlecht und nicht recht durch Bundesratsverordnungen, Regierungsanweisungen und Vorschriften der Polizeibehörden gelöst wird. Im Tarifvertrag findet Einzeimer das Instrument, in dem durch Verknüpfung der Grundrechte mit den besonderen Bestimmungen, die sich den in Frage kommenden Berufsdarstellungen der einzelnen Berufe und anderen bestimmenden Umständen anpassen, die Regelung der Arbeitsverhältnisse für den praktischen Gebrauch erfolgt. Gestalter des Tarifvertrags müssen vorwiegend die Berufsvereine sein. Sie sind Vertreter der vertragsschließenden Kontrahenten. Der Verfasser will auch die Arbeiterausschüsse als Faktoren bei der Gestaltung des Tarifvertrags berücksichtigen wissen. Scharf stellt er die Notwendigkeit des Rechtsschutzes für die Arbeiter und Angestellten heraus und die Unerschütterlichkeit ihrer Mitwirkung dabei. „Wenn wir an die Konkurrenzlaufen, die offenen und geheimen, an die schwarzen Listen, die Rechnung organisierter Arbeiter denken, müssen wir von neuem die Freiheit des Arbeitsvertrags, die Sicherstellung des Rechts, überall und jederzeit arbeiten zu können, fordern — nicht als eine politische Forderung dem Staate, sondern als soziale Forderung den herrschaftlichen, gesellschaftlichen Gewalten im Staate gegenüber. Die Freiheit im Arbeitsvertrag wird, wenn wir von dem nötigen Schutz des Lebens, der Gesundheit und Sittlichkeit absehen, gewahrt durch die Zulassung lebendiger Mitwirkung des Arbeitenden an der Gestaltung der Lohn-, Arbeits- und Anstellungsbedingungen. Die rechtliche Form für solche Mitwirkung bietet sich in den Arbeiterausschüssen und in der Anerkennung der Berufsvereine dar.“ Die selbstverständliche Voraussetzung wäre natürlich ein wirklich freies, auf alle Arbeiter und Angestellte ausgebreitetes, vor jedem freien Angriff geschütztes Koalitionsrecht. Dieser sozialdemokratischen Forderung haben bisher noch alle bürgerlichen Parteien mehr oder minder Widerstand geleistet. Die Schrift Einzeimers leistet dem sozialen Gedanken einen sehr großen Dienst, wenn sie diesen Widerstand überwindet. Auch mit seiner übrigen Forderung wird

\*) Ueber den Grundgedanken und die Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland. Von Dr. Hugo Einzeimer. Schriften des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Heft 1. Berlin 1914. Verlag Franz Bahlen, Berlin. 48 S., Preis 1 M. Er findet wenig Gegenliebe. Man könnte sie nun als Prüffstein

bei den christlichen Gewerkschaften benutzen. Sie wollen doch angeblich die soziale Frage nach bürgerlichen Rezepten lösen. Wie stellen sie sich zu den Vorschlägen Einzeimers? Und vor allem; wird man in dieser Frage das Zentrum zu einer Wahrnehmung wichtiger Arbeiterinteressen zwingen — oder sich dauernd mit dem Geknack über die Gewerkschaften abhalten lassen?

In Konsequenz der Forderung des einheitlichen Arbeitsrechts verlangt Einzeimer auch für Landarbeiter, Gefolge, Staatsarbeiter sowie alle Angestelltengruppen „Arbeitsgerichte“ nach der Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; ... nicht nur, um eine offenbar dringende Forderung der Gerechtigkeit zu erfüllen, die unter den gleichen Voraussetzungen einem Teil von Arbeitern und Angestellten das nicht versagen darf, was sie unter denselben Voraussetzungen anderen Gruppen dieser Schichten gegeben hat, sondern wir wollen es auch deswegen, weil wir durch eine allgemeine Einrichtung solcher Vertrauensgerichte die Gesetzgebung von überflüssiger Komplexität und Unmöglichkeit befreien können, die sich gerade da einzustellen pflegen, wo das Richteramt Grenzen für einen möglichen Mißbrauch zu ziehen sucht. Die Zweckdienlichkeit der Gewerbegerichte ist ja längst allgemein anerkannt.

Die Schrift Einzeimers dürfte zu Popularisierung der Forderung einer gründlichen Reform des Arbeitsrechts sicherlich viel beitragen.

### Der Kampf um die Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes.

Der Ständerat ist im Begriffe, die paar Verbesserungen, die in hartem Kampfe unsere Genossen im Nationalrat an der Vorlage für die Revision des Fabrikgesetzes erreichten, wieder zu beseitigen. Seine Kommission hat nämlich folgende Verschlechterungen beschlossen: Herabsetzung des Alters der Mädchen für den Eintritt in die Fabrik von 15 auf 14 Jahre; Verkürzung der Schutzzeit für Wöchnerinnen von 8 auf 6 Wochen; Streichung des Verbots, von „Wohlfahrts-einrichtungen“ in den Fabriken während der Arbeitszeit an die Arbeiter alkoholische Getränke verkaufen zu lassen; Zulassung von jugendlichen Arbeitern im Alter von 16 bis 18 Jahren zur Nachtarbeit; Anmeldeung der Fabrikinspektoren vor Beginn der Betriebsrevision im Fabrikbureau und endlich Verlängerung des Uebergangsstadiums für die Abschaffung der 10 1/2 stündigen täglichen Arbeitszeit von 7 auf 10 Jahre.

Es steht zu befürchten, daß das Plenum des Ständerats diesen Verschlechterungsbeschlüssen seiner Kommission zustimmt. Das ständerätliche Gremium, das für die Schweiz das fünfte Rad am Wagen und schon längst reif zur Abschaffung ist, würde damit beweisen, daß es zwar nicht mehr die Kraft besitzt, eine gute positive Tat zu vollbringen, aber immer noch dazu fähig ist, einen bescheidenen Fortschritt zu vereiteln und den kapitalistischen Scharfmachern, die am liebsten die ganze fortschrittliche Revision des Fabrikgesetzes vereiteln möchten, einen vollen Triumph zu bereiten.

Ein gut Teil Schuld an dem Aufstieg der reaktionären Richtung in der Schweiz trägt der Stillstand und Rückschritt der Sozialreform in Deutschland.

## Gerichtszeitung.

### Das gerichtliche Nachspiel zum Diebstahl der Steigerverbandsliste.

Der von der Essener politischen Polizei dem Zechenverbande erwiesene Liebesdienst, bestehend in der mittels Diebstahls erlangten und an den Geschäftsführer des Zechenverbandes ausgelieferten Mitgliederliste des Steigerverbandes hat auch ein Nachspiel vor den Zivilgerichten. Wie s. Z. berichtet, hat der Steigerverband einen großen Mitgliederverlust erlitten, als der Zechenverband auf Grund der ihm von der Essener Polizei ausgehändigten Mitgliederliste auf der ganzen Linie vorging, indem von den Zechenverwaltungen bei Strafe der Entlassung der sofortige Austritt aus dem Steigerverbande verlangt wurde.

Den Anspruch auf Ersatz des dadurch entstandenen Schadens hat der Vorstand des Steigerverbandes durch Fessien dem Redakteur Schorck übertragen, und dieser klagte den Betrag durch eine gegen den Staatsfiskus und den Zechenverband gerichtete Klage beim Landgericht Essen ein. Dieses wies die Klage unter Ablehnung aller Beweisangebote ab, weil dem Vorlitende die Aktivlegitimation mangelte. Der Mangel wurde seitens der Beklagten durch die Behauptung konstruiert, daß die Vertrauensmänner, die nach dem Statut den Vorstand zu wählen hatten, nicht von der Generalversammlung gewählt seien. In Wirklichkeit haben die Vertrauensmänner ihr Mandat von den Mitgliedern der einzelnen Schachtanlagen.

Das Oberlandesgericht Hamm hat nun auf erhobene Berufung dem Antrage des Klägers entsprechend einen umfangreichen Beweisbeschluss gefaßt. Es wird der Geschäftsführer des Zechenverbandes, Bergassessor Krab, darüber vernommen werden, ob er den Polizeiaffessor Hansch beauftragt habe, ihm die Liste des Steigerverbandes zu verschaffen; der Affessor Hansch darüber, ob er mit den ihm unterstellten Kriminalhauptleuten beraten hat, daß zur Erlangung der Namen der Mitglieder des Steigerverbandes durch Vernehmung von Postbeamten und Angestellten der Druckerei, in der das Verbandsorgan hergestellt wurde, ermittelt werden sollten. Ferner soll Beweis über die Beziehungen der Polizei zu dem Einbruch des Spitzels Wilhelm Behrer, der die Liste gestohlen hat, erfolgen. Weiter darüber, ob der Zechenverband zur Erreichung der Liste fortlaufend Subventionen an die Essener Polizeidirektion gezahlt hat, u. a. m.

Da die in Frage kommenden Tatsachen im wesentlichen schon in jenem Strafprozeß gegen das Bochumer „Volkshaus“ wegen Verleumdung der Postbeamten erwiesen sind und der Einwand der mangelnden Aktivlegitimation hinsichtlich ist, so dürfte die Sache in ihrem Fortgang sich sehr interessant gestalten.

### Ist die Wirtschaftlerin Galle ermordet?

Das geheimnisvolle Verschwinden der Wirtschaftlerin Gertrud Galle gibt noch immer zu umfangreichen Ermittlungen Anlaß. Diese werden von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O. geführt, da die Behörde als Ort der Tat, an welchem die G. ermordet sein soll, den Wald in der Nähe der Ortschaft Trebus bei Fürstentwalde annimmt.

Als des Todes an der Galle dringend verdächtig, erscheint nach wie vor der am 20. April 1907 in Gentschow geborene Konter und Händler Hermann Friedrich Henk, der kürzlich von der 2. Strafkammer des Landgerichts II wegen zahlreicher Betrugsereignisse und Fälschungen zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Henk hatte gegen dieses Urteil Revision eingelegt, die jetzt das Reichsgericht in Leipzig beschäftigt.

Die Untersuchungsbehörde nimmt an, dem Henk sei eine derartige Tat wohl zuzutrauen. Er ist wegen zahlreicher gemeingefährlicher Verbrechen verurteilt, darunter mit 1 Jahr 7 Monaten, 1 Jahr 3 Monaten und im Jahre 1904 mit 8 Jahren Zuchthaus. Als er im Jahre 1912 aus dem Zuchthaus entlassen worden war, verschaffte er sich seinen Lebensunterhalt durch eine Reihe von Heiratsschwindelen. Ende Juli vorigen Jahres lernte er durch die Heiratvermittlerin Marie Lange die Wirtschaftlerin Gertrud Galle kennen, der er erzählte, er sei als Werkmeister bei der Firma Siemens & Halske angestellt und besäße in Anklam-Eiche — einem, wie sich ergab, garnicht existierenden Ort — ein Haus. Am nächsten Tage unternahm er einen Ausflug nach Fürstentwalde, da Henk der G. sein Grundstück in Anklam-Eiche, welches angeblich an der Chauffeur Fürstentwalde-Trebus liegen sollte, zeigen



# Fünfter Kreis.

Dienstag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Königs-Sälen, Neue Königstr. 26, Eingang Wadzeckstraße:  
**Mitglieder-Verammlung**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen E. Unger über:

**Staatskirche und Sozialdemokratie.**

2. Diskussion.

Der Vorstand.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

## Schöneberg.

**Sozialdemokratischer Wahlverein.**

Dienstag, den 24. Februar 1914, abends 8 Uhr, in den Neuen Kathansälen, Meiningen Straße 8:

**Mitglieder-Verammlung**

Tagesordnung:

1. Vortrag über: „Die politische Lage“. Referent: Genosse H. Wuschid.

2. Diskussion. 3. Die rote Woche. 4. Vereinsangelegenheiten.

Der Wichtigkeit wegen werden die Genossinnen u. Genossen ersucht, zahlreich u. pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1967, 1239, 9714, 185.

Mittwoch, den 25. Februar 1914, abends 6 Uhr:

## Verammlung

sämtlicher in der chirurgischen Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Max Schütte über: Japan und seine Kultur. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 25. Februar 1914, abends 8 1/2 Uhr:

**Mitglieder-Verammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen**

im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Fritz Carl über: Die gegnerischen Gewerkschaften. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Besuch obiger Versammlungen erwartet

Die Ortsverwaltung.

113/7



Neue Stiefel wie die alten, wird **Urban** stets blank erhalten.

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg. In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Responsible Editor: Alfred Wielepp, Neubölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wied, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Allgemeine Ortskrankenkasse für Nowawes und Umgegend.

Gemäß § 23 der Wahlordnung laden wir hiermit die Vertreter des Ausschusses zur Vornahme der Wahl der Vorstandsmitglieder ein. Es sind zu wählen seitens der Arbeitgeber 3 Vorstandsmitglieder und 6 Ersatzmitglieder, seitens der Arbeitnehmer 6 Vorstandsmitglieder und 12 Ersatzmitglieder.

Die Wahl findet statt für die Arbeitgeber am Montag, den 23. März, abends 8 bis 9 1/2 Uhr, im Restaurant „Port Arthur“, für die Arbeitnehmer am Montag, den 23. März, abends von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Restaurant von Max Zinger, Priesterstraße 31.

Die Wahl ist geheim. Geprüft wird nach den Grundätzen der Verhältnismäßigkeit nach näherer Bestimmung der Wahlordnung. Die Wahlzeit dauert 4 Jahre.

Die Vertreter im Ausschuss werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge gesondert für die Arbeitgeber und Kassennmitglieder aufzustellen und dem unterzeichneten Vorstande spätestens bis 7. März einzureichen. Später eingehende Wahlvorschläge sind unzulässig. Die Wahlvorschläge müssen von je 3 Ausschussmitgliedern der betreffenden Gruppe unterzeichnet sein; von diesen ist dem Vorstande ein Wahlvorschlagnotizier sowie ein Stellvertreter beizugeben. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihe ihrer Nennung ausdrückt und nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Kassennmitgliedern ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben.

Ferner ist mit den Wahlvorschlägen für Kassennmitglieder von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Abkündigung der Wahl befugt ist.

Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Die Wahlvorschläge werden von dem unterzeichneten Vorstand nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern versehen.

Die zugelassenen Wahlvorschläge können von den Ausschussmitgliedern im Kassennbüro während der Dienststunden eingesehen werden.

## Bekanntmachung.

Wir bitten unsere verehrlichen Arbeitgeber und Kassennmitglieder, Kenntnis zu nehmen, daß das Kassennlokal vom Montag, den 2. März, nur noch an den Wochentagen vormittags von 8 bis 1 Uhr geöffnet ist. In den Nachmittagsstunden muß das Lokal für den öffentlichen Verkehr geschlossen bleiben.

Nowawes, den 23. Februar 1914. Der Vorstand, gez. Kersten, Vorsitzender.

## Möbel-Angebot.

Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen: Poststraße 806. Postamt 27. Keine Kassierer. Größte Kulanz.

## Legge-Hühner

garantiert junge, beste Legger, 2 1/2 R., empfiehlt F. Wegner, Berlin SO., nur Mariannenstr. 34. 18/15

## Spezialarzt

Dr. med. Wockentuf, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8—8. Sonntags 9—11.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Mitglieder-Verammlungen

Mittwoch, den 25. Februar:

Tischler.

**Südosten II:** abends 8 1/2 Uhr im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147. Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten in den Krankenkassen. 2. Der Verbandstag in Dresden. 3. Mitteilungen an die Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

**Oestliche Vororte:** abends 6 1/2 Uhr in der Riebeck-Brauerei, Frankfurter Allee 53. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verbandstag. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Aussprache über den Arbeitsnachweis.

**Nordosten:** abends 6 1/2 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtsverordn. Genossen Ritter über: „Das Lohnbefehlsgesetz“. 2. Verbandsangelegenheiten.

**Norden:** abends 6 Uhr bei Büttner, Schwedter Straße 23.

**Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche** abends 8 Uhr im Luisenstädtischen Kasino, Oranienstraße 180. Tagesordnung: 1. Das neue Krankenkassengesetz. Referent: Kollege Dahke. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. In dieser Versammlung werden die Delegiertenarten zur Generalversammlung ausgegeben.

**Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländer-Branche** abends 8 Uhr im Königsstadt-Kasino. Tagesordnung: 1. Was leistet die gesetzliche Krankenversicherung. Referent: Kollege Kitzing. 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Rahmenmacher** abends 8 1/2 Uhr im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45. Tagesordnung: Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Einsetzer** abends 8 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17. Tagesordnung: Aufstellung der Delegierten zum Verbandstag. Verbandsangelegenheiten. Regelung unserer späteren Versammlungen. Branchenangelegenheiten.

# Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

## Smooch - Smooch!



Überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an. Fabrik: Chemische Werke Lubawynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

# Probierdame

Gr. 42, sofort gesucht. Meldungen haben nur von solchen Damen Zweck, welche bereits in gleicher Funktion in ähnlichen größeren Detailbetrieben tätig waren. Bestelldatum 11-12 Uhr vorm.

**Kaufhaus des Westens** G. m. b. H. BERLIN W, Tauentzienstr. 21-24

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof sucht zum baldigen Eintritt eine **jüngere Kraft**. Bedingungen: flotte, saubere Handschrift, perfect im Stenographieren und Maschinenschriften sowie sicheres Rechnen. Bewerbungen mit Lebenslauf sind zu richten an die Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof, Theodorstraße 5a. 269/6

Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof.

## Fahrradfabrikations-Werkstätte

in Skien (Norwegen) werden 1 jüngerer Lackierer, der coll. auch polieren kann, 1-2 Schlosser, 1 gewandter Reparatur und Monteur, sowie 1 Schleifer 27/17 zu baldigem Eintritt gesucht. Ganzjährige Beschäftigung. Streif oder Ausperrung liegt nicht vor. Eingebote an Bernh. Zander, Werksführer, Etten in Norwegen.

## Möbelstoffe

Letzte Neuheiten, auch Reste! Moketteplusch 4 65 130 cm breit. Muster bei näher. Angabe franko. Berlin, Oranienstraße 158

**Jalousiearbeiter** abends 8 1/2 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17. Tagesordnung: Die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie.

**Perlmutterarbeiter** abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Kamm- und Haarschmuckarbeiter** abends 8 Uhr bei Bringmann, Androssstr. 26. Tagesordnung: 1. Bericht von der Konferenz, 2. Jahresbericht der Kommission, 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Bürsten- u. Pinselmacher** abends 8 1/2 Uhr bei Hermel, Holzmarktstr. 21. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Rich. Leopold über: „Die Stellung des Gewerkschaftlers im politischen Leben.“ 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Donnerstag, den 26. Februar: Tischler.

**Osten I:** abends 6 Uhr bei Bringmann, Androssstr. 26. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Dahke über Krankenversicherung, 2. Verbandsangelegenheiten.

**Osten II:** abends 6 Uhr in den „Comenius-Gehäfen“, Remler Straße 67.

**Charlottenburg:** abends 8 Uhr im Volkshaus, Rottentstr. 3. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Verbandstag, 2. Verbandsangelegenheiten.

**Stellmacher** abends 8 1/2 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Jahn, 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Schirmmacher und Schirmnäherinnen** abends 7 Uhr bei Andrig, An der Stralauer Brücke 3. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Die Ortsverwaltung.

Gediegene **Möbel** auch auf Teilzahlung

Kompl. Einrichtung schon von 230 M an  
Bessere Wohnzimmer . . . 250 bis 625 M.  
Bessere Schlafzimmer . . . 295 bis 800 M.  
Eleg. Speisezimmer . . . 320 bis 900 M.  
Moderne Herrenzimmer . . . 315 bis 900 M.  
Komplette Küchen . . . 48 bis 180 M.

Bettstellen . . . 21 bis 72 M.  
Kleiderschränke 19 bis 165  
Vertiko . . . 38 bis 72 M.  
Tische . . . 6.50 bis 65 M.  
Stühle . . . 2 bis 21 M.

Berlin N **Piehl** Otto

Teilzahlungen erhöhen diese Preise nicht!

**Kein Kredithaus!**

60000 r Fuß Ausstellung, allein Brunnenstr. 120. Weitere Ausstellungen im Fabrikgebäude.

Brunnenstrasse 120

Garnituren in 6 verschied. Ausführungen am Lager . . . . . 100 bis 350 M.  
Schlafsofa mit Auszug und Bettkasten von . . . . . 75 bis 120 M.  
Umhausofa . . . . . 52 bis 78 M.

Walzendiwan 52 bis 85 M.  
Chaise-longues 21 bis 65 M.  
Bücherschränke 75 bis 160  
Büffette . 125 bis 450 M.  
Besichtigung ohne Kaufzwang



### Die Waldfrage im Zweckverband.

Der Zweckverband Groß-Berlin soll nunmehr in der Frage der Waldverwaltung zu einem Beschluß kommen. Im Oktober 1912 hatte die Verbandsversammlung auf Antrag des Verbandsausschusses zunächst eine grundsätzliche Erklärung darüber zugestimmt, welche Teile der fiskalischen Waldungen des Verbandsgebietes als Freiwälder erhalten werden müßten. Nachdem die Verhandlungen mit der Staatsregierung zum Abschluß gelangt sind, liegt jetzt vom Verbandsausschuß ein Antrag vor, der den Ankauf von 40000 Morgen dieser Waldungen empfiehlt.

In der gestrigen Sitzung der Verbandsversammlung bildete die Waldvorlage den Hauptgegenstand.

Der Vorsitzende Oberbürgermeister Vermuth-Berlin eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Oberpräsidenten von Conrad. Er widmete ihm Worte des Dankes für alles, was er dem größeren Berlin und den einzelnen Gemeinden erwiesen hat und welchem er sich verpflichtet fühlt. Den neuen Oberpräsidenten v. d. Schulenburg begrüßte er mit dem Wunsch, daß er mitwirken möge, im deutschen Bürgerium die guten und schätzbaren Kräfte auszuheben und die Grundlagen zu stärken, auf denen dieses Bürgerium sich in freier Selbstbestimmung entfalten kann. Oberpräsident v. d. Schulenburg dankte mit der Versicherung, daß er dazu beitragen wolle, das junge Gebilde des Zweckverbandes Groß-Berlin auf dem Boden der Selbstverwaltung zu lebenskräftiger Entwicklung zu bringen.

#### Waldvorlage

wurde bereits in Nr. 37 des „Vorwärts“ das Ergebnis der vom Verbandsausschuß durch eine Unterausschüsse mit den Kommissaren der Regierung geführten Verhandlungen ausführlich mitgeteilt. Die Regierung erklärt sich zur Vergabe von höchstens 40000 Morgen bereit, während sie früher rund 45000 Morgen loszuschlagen wollte. Festgehalten wird daran, daß grundsätzlich die hergegebene Waldungen dauernd freischwändig bleiben sollen. Den früheren Anspruch auf ein Wiederkaufrecht will die Regierung aufgeben, doch bedingt sie für einrückende Bedarfsfälle sich Entzweigung zu dem jetzigen Preise aus. Den Wert hat sie damals in der markierten Höhe von 178 Millionen Mark herausgerechnet, jetzt aber will sie für die nicht viel kleinere Gesamtfläche sich mit 50 Millionen zufrieden geben, pro Quadratmeter mit 50 Pf. Der Kaufpreis soll folglich voll bezahlt werden. Der Verbandsausschuß hält den Preis für annehmbar, falls die Regierung auch auf das Zugeständnis der für künftige Entzweigungen auszubedingenden Auktionen von 50 Pf. pro Quadratmeter verzichtet. Er will sich nur auf einen Ankauf von der Regierung etwa gebrauchten Flächen gegen Ersatzflächen einstellen, die gleichwertig sein müssen. Er wünscht, die 50 Millionen in Teilzahlungen zu entrichten, wobei die Rente nicht verzinst werden sollen. Nach einer Anzahlung von 5 Millionen wären zwölf Jahresraten zu je 3 1/2 Millionen abzuführen.

#### Debatte

Begrüßte Stadtbaurat Bender-Spandau die Preisherabsetzung und räumte das Entgegenkommen der Regierung. Ueber die Kosten könnten die großen Gemeinden leichter hinwegkommen als die kleinen. Den Nutzen werde hauptsächlich die Bevölkerung der großen Gemeinden haben. Wünschenswert sei in der Vorlage noch unklar. Ein Sonderauskuß solle sie präzisieren.

Stadtvordnehmer Cassel-Berlin hat im Verbandsausschuß für die Vorlage gestimmt. Obwohl sie es nicht der Fiskus, die Wälder im Besitz zu erhalten, aber im Interesse der Bevölkerung müsse jetzt dieses Opfer gebracht werden. Der Preis von 50 Millionen erscheine noch recht hoch, darum wolle der Sonderauskuß versuchen, nach einer Ermäßigung zu erreichen. Die Aufwendungen für Herstellung und Erhaltung der Forsten, die man doch nicht in ihrem jetzigen elenden Zustande lassen könne, würden sehr bedeutend sein.

Für die sozialdemokratischen Mitglieder der Verbandsversammlung erklärte Stadtvordnehmer Seimann-Berlin, die Vorlage sei nicht erst einem Auskuß zu überweisen, sondern ohne weiteres abzulehnen. Wir beharren, führte er aus, bei der Haltung, die wir gegenüber dem Fiskus bisher eingenommen haben. Geben wir dem Fiskus nur einen kleinen Teil seiner Waldungen um Berlin und jetzt sogar noch weniger als die früher angebotenen Flächen. Die an den Verband abzuführenden Flächen und die für den Fiskus zurückzubehaltenden sind mit großem Gewinn so ausgewählt, daß der Fiskus den Vorteil davon hat. Der Verband soll die völlig vernachlässigten Wälder erst durch Millionenaufwendungen in Stand setzen, und dann will der Fiskus die bevorzugten Wälder dieser Wälder zur Anlage von Kolonien verwenden und als wertvoll gewordenen Gaudland loszuschlagen. Der Staat hat die Pflicht, die Wälder zu schützen, denn sein Interesse ist es, die Staatsangehörigen gesund zu erhalten. In Groß-Berlin ist es die Regierung, die für die so belangreichen Wohnverhältnisse verantwortlich gemacht werden muß. Hier haben wir ja eine „königliche“ Banpolizei! Die Regierung hat 1887 allen Vororten durch ihre Veranordnung das System des Miethausmietvertrages aufgezogen. Hierdurch hat sie eine wilde Terrain speculation ermöglicht und großgezogen. An dem Emporkommen der Bodenpreise ist der Fiskus hervorragend beteiligt gewesen. Nun möchte es doch wirklich genug sein! Für Berlin einen Wald- und Kleingärtel zu schaffen, wünschen auch wir sehr lebhaft. Auf gefaßt werden, so soll wenigstens der Fiskus mehr Entgelt bekommen zeigen. Der Fiskus „erträgt nicht“, aber was wir jetzt erleben, ist ein starkes Stück. Mit größtem Vergnügen hätte er jene 178 Millionen genommen, wenn wir sie gegeben hätten. Aber auch die jetzige Forderung von 50 Millionen geht viel zu weit. Wir wollen die Wälder ja nicht zu freiem Eigentum erhalten. Wir erwerben eigentlich nur die Pflicht, sie in stand zu setzen. Berlin hat keine Riegeltäler zu bieten zwischen 2 1/2 und 3 1/2 Pf. pro Quadratmeter erworben. Selbst die Herrschaft Kanke, die es zu freiem Eigentum erwirbt, ist billiger als die fiskalischen Wälder. Die deutschen Forsten haben ihre gut gepflegten Forsten bei der Entschädigung zum Vordringsten mit 25 Pfennig pro Quadratmeter bewertet, wir aber sollen für verwahrloste Waldungen 50 Pf. pro Quadratmeter zahlen. Der Grünwald ist ohnedies belastet mit dem Recht der Charlottenburger Wasserwerke, ihn auszuwässern. Für seinen schlechten Zustand will man die Bevölkerung verantwortlich machen, nicht die Wasserwerke. Eine Kabinettsordre von 1907 sichert übrigens zu, daß ohnedies der größte Teil des Grünwalds von der Bebauung ausgeschlossen bleiben soll. Wie kann man da noch auf den Gedanken kommen, Bezahlung dafür anbieten zu wollen? Wir Sozialdemokraten befinden uns hier in einer merkwürdigen Situation. Wir müssen eine Kabinettsordre hochhalten gegenüber Kreisen, denen sonst, was vom König herabfällt, über alles geht. Kommt kein Kauf zustande, so kann der Fiskus seine Wälder ja doch nicht loszuschlagen. Wo sollten denn die Wohnverhältnisse für die „Wohnkolonien“ herkommen? (Zuruf: Haberland!) Das versteht Herr Haberland besser. Er selber hat uns hier einmal vorgerechnet, daß eine Versteigerung des Grünwaldes Jahrhunderts erfordert würde. Wir können es abwarten. Weichen Sie fest und hart und lehnen Sie die Ueberweisung der Vorlage an einen Auskuß ab!

Dem Ankauf der Wälder, wie ihn die Vorlage will, stimmte ein Vertreter für Niederbarnim, Kienast-Dramenburg, mit Begeisterung zu.

Stadtvordnehmer Körte-Berlin erwartet von einer Auskußberatung günstigere Bedingungen. Andernfalls solle der Verband sich nicht bringen lassen und warten.

Auch Stadtverordneter Liebmann-Charlottenburg hält für nötig, daß der Preis ermäßigt wird.

Stadtrat Preuß-Berlin meinte, eigentlich müßte die Regierung selber vom Standpunkt der Kommunalaufsichtsbehörde gegen das hier den Gemeinden des Verbandsgebietes zugewandte „Geschäft“ schwere Bedenken haben. In die Heiterkeit, mit der dieser Satz aufgenommen wurde, stimmte auch der Oberpräsident ein. Preuß wies auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Verteilung der Kosten dieses „Kaufes“ sich ergeben würden. Er riet, der Vorlage nicht zuzustimmen, bevor die Art der Verteilung auf die Verbandmitglieder geregelt sei.

Die Angriffe, die unser Genosse Seimann gegen die Terrain speculation gerichtet hatte, riefen Herrn Haberland auf den Plan. Den Eindruck seines Abwehrvortrags glaubte er zu feignern durch den „Witz“, im „Zukunftssaal“ werde Adolf Hoffmann Landwirtschaftsminister sein. „Und Sie mache ich dann zum Staatsminister“, antwortete Genosse Hoffmann.

Im letzten Teil der Debatte sprach noch Stadtv. Rosenow-Berlin. Auch ihm gilt die Vorlage so, wie sie ist, als unannehmbar. Änderungen erwartet er vom Auskuß.

Der Antrag auf Ueberweisung an einen Auskuß wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Nachträglich meldete sich Oberpräsident v. d. Schulenburg zum Wort, um sich gegen eine Aeußerung des Stadtrats Preuß über den Gegensatz zwischen fiskalischen und kommunalen Interessen zu verwahren. In der Waldfrage, bei der es sich darum handelte, die Bevölkerung Groß-Berlins ausreichend mit Licht und Luft zu versorgen, müsse das kommunale Interesse im Vordergrund stehen. Er könne aber auch das fiskalische Interesse nicht so weit preisgeben, die fiskalischen Wälder widerspruchslos als bewahrungslos bezeichnen zu lassen. Die Forderungen des Fiskus seien nicht übertrieben hoch, aber für normale Verhandlungen werde sich eine Grundlage finden lassen. An den Auskußverhandlungen will der Oberpräsident, wenn seine Anwesenheit gewünscht wird, teilnehmen.

Es folgte die Berichterstattung über Prüfung der Jahresrechnung für das Etatsjahr 1912. Auf Antrag des Haushaltsausschusses wurde Entlastung erteilt.

Vorgelegt wurde dann der Haushaltsplan für 1914, der in Einnahme und Ausgabe mit 306 153 Mark abschließt. Die Verbandsversammlung überwies den Entwurf zur Vorberatung dem Haushaltsauskuß.

### Parteiangelegenheiten.

#### Resultat der Uraahl im sechsten Wahlkreise.

Das Ergebnis der am Sonntag, den 22. Februar, stattgefundenen Stichwahl ist folgendes:

Abgegeben sind 3096 Stimmen. Davon haben erhalten: Paul Dinting 1981, Otto Müller 1964, ungültig sind 51 Stimmen. Gewählt ist demnach Paul Dinting.

Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, findet eine Theatervorstellung im Lessingtheater statt. Zur Ausführung gelangt: „Professor Bernhardt“. Eintrittskarten a 1,10 M. sind im Wahlvereinsbureau, Gerichtstraße 71, zu haben.

Stierter Wahlkreis, Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet in unserem Kreise ein Extra-Zahlabend statt. Hierzu wird das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. — Am Sonntag, den 1. März, unternimmt die Jugendabteilung des Stadteits Adolfs eine Wanderung durch den Blumenthal. Abfahrt 7.30 Schlesischer Bahnhof (Wiegener Bahnsteig). Fahrpreis 1,40 M. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18–21 Jahren sind hierzu eingeladen.

Kreuzkolln. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Vartich, Hermannstraße 40, eine Mitgliederversammlung für das 4. Viertel (Bezirk 19–24) statt. Genosse Rudolf Wisfler spricht über die Reichsversicherungsordnung. Der Vortrag ist auf zwei Abende berechnet.

Treptow-Baumgarten-Kreuzkolln. Heute Dienstag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung für die Bezirke westlich der Kirchhofstraße. Die Genossen treffen sich vollständig in den Bezirkst-lokalen. Die Genossen der übrigen Bezirke werden ebenfalls ersucht, sich an der Flugblattverbreitung rege zu beteiligen.

Nützenthal-Gepernik-Kreuzkolln. Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von August Lange, Siemensstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. — Der Frauen-Feiertag fällt deshalb am Mittwoch aus und findet am 4. März statt.

Niederhörsinghausen und West. Heute abend 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Lokal von Niedemitt an der Kirche. Vortrag des Stadtvordnehmers Genossen Dupont-Berlin: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde.“ Ausstellung der Kandidaten für die Gemeindevwahl.

Karlshorst. Die heutige Mitgliederversammlung fällt aus.

Hermendorf bei Berlin. Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Velvet“: Öffentliche Wähler-versammlung. Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie in der Gemeinde.“ Referent Genosse Karl Vermuth. 2. Diskussion. 3. Ausstellung der Kandidaten.

### Berliner Nachrichten.

#### Politik und Sport.

Die ablehnende Haltung, welche die sozialdemokratische Fraktion im Reichstags die Reichsausschuß für die Olympischen Spiele gegenüber eingenommen hat, ist Veranlassung zu einer Debatte in der Tagespresse geworden, in der bürgerliche Sport-schriftsteller den Beweis versuchen, daß es die Arbeiterschaft gewesen sei, welche das politische Moment in Sport und Turnerei hineingetragen habe. In Sportteil der „S. Z.“ sagt ein Herr Martin Berner:

„Im Turnsaal, auf der Achsenbahn, auf dem grünen Rasen, im Ruderboot hat die Politik nichts zu tun.“

Und ein paar Zeilen vorher behauptet er:

„Daß die Sozialdemokraten trotzdem besondere Sportorganisationen gründeten — der Abgeordnete Seime wurde hier für „Sozialdemokraten“ freilich „Arbeiter von Selbstachtung“ sagen und damit den Herrn nicht treffen — beweise den stark politischen Einschlag der „Arbeiter“-Sportbewegung.“

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Im Turnsaal freilich, auf dem grünen Rasen und im Ruderboot wird nur der Sport betrieben. Aber hat Herr Berner nie dem Stiftungsfest eines Turn- oder anderen bürgerlichen Sportvereins, hat er nie einer seiner geselligen Veranstaltungen, hat er nie einer Klubhaus- oder Bootsweihe beigewohnt? Sind diese Veranstaltungen nicht Orgien des Buzaninismus? Der „Deppchen-Göh“ ist doch wohllich nicht der einzige Turnvater, der zu unzähligen Klubs die Sozialdemokratie vernichtet hat! Und wenn es auch richtig ist, daß man es in den meisten Turnvereinen und bürgerlichen Sportklubs vermeiden, die trennenden Momente zwischen den verschiedenen bürgerlichen politischen Richtungen anzuschneiden, so hat man doch eine deutliche Klassenscheidung der

Arbeiterschaft gegenüber, namentlich gesellschaftlich, durchgeführt. Aber man hat auch — gerade in den Turnvereinen — die politische Ueberzeugung der sozialdemokratischen denkenden Arbeiter verewigt. Man sehe nur die Lieberbücher dieser Turnvereine darauf an. Und man denke an die Fadelzüge und Gedankfeiern der nationalen Turner, an denen man die Arbeiter als Staffage teilzunehmen zwingt. Auf dem grünen Rasen gar ist der Arbeiter gerade gut genug, die Exkrementen der Tiere zu entfernen. So ein Herrnteiler, dessen Wert für die Existenz der Gesellschaft vielleicht gleich Null ist, dünkt sich um eine Weile erhoben über Arbeiter, die ihn an Intelligenz und Leistungsfähigkeit um hundertsfache übertreffen. Vom Rudersport wurde in einer ver-rückten Auslegung der Amateurbestimmungen die Arbeiterschaft direkt hinhin in die Ufer geschoben. Es wäre zu begreifen, wenn man — um gleiche Vorbedingungen für alle Bewerber zu schaffen — von den Wettfahrten diejenigen ausschloße, welche etwa ihr Brot als Berufsschiffer erwerben, obgleich auch deren Betätigung sich vom sportlichen Ruderbetrieb himmelweit unterscheidet. Aber man erklärt jeden von vornherein für unwürdig, ins Kennboot zu steigen, der sein Brot durch seiner Hände Arbeit erwirbt! Und in Kenntnis dieser Sachlage brachte es vor einer Reihe von Jahren eine wassersportliche Zeitschrift dennoch fertig, bei einer sonst nicht unfreundlichen Erwähnung des Arbeiter-Ruderslubs „Vorwärts“ ebenfalls zu bedauern, daß durch solche Gründungen die — Politik in den Sport hineingetragen werde! Daher ist der Wassersport insbesondere vielen angeblich Sport-treibenden ein Vorwand zur Betätigung ihres Buzaninismus. Die Person des großwärtigen Kaisers wird ganz ohne jede Verachtung als die eines sportlichen Heros in den Vordergrund geschoben. Dabei weiß jeder, daß die Bedeutung der Grimaire Regatta beispielsweise mit dem Erscheinen oder Nicht-erscheinen des Kaisers weder gewinnt noch verliert. Und im Kiel haben schon vor 30 Jahren — längst ehe der deutsche Kaiser diesem Gebiete seinen Eifer zuwandte — die damaligen berühmten Berliner Jachten „Wannsee“, „Vieliebchen“, „Ostsee“ und „Grünhilde“ ihre Kämpfe mit den Hamburger „Klabautermann“, „Störtebecker“, „Quidde“ usw. geführt, einfach deswegen, weil vorherige Versuche auf dem Stettiner Haff und vor Swinemünde die Vorzüge des Kieler Reviers erwiesen hatten, der Binnen- und Seekurse noch beliebiger gestaltet und von Ost- und Nordsee gleich bequem zu erreichen ist.

Nein. Man hat auf die Denkmäler der Arbeiterschaft in den bürgerlichen Sport- und Turnvereinen nie jene Rücksicht genommen, die man umgekehrt und bedingungslos verlangt hätte! Man hat die Arbeiterschaft mißachtet und hinausgedrängt.

Sehr gegen den Willen der leitenden sozialdemokratischen Kreise haben die Arbeiter ihre eigenen Sport- und Turnvereine gegründet. Als die Sozialdemokratie kleiner war, befürchtete man mit einem gewissen Recht, daß der Sportleiter jüngere Arbeiter von der Betätigung in Partei und Gewerkschaften abhalten könnte. Heute sind beide so stark geworden, daß sie keinen Abbruch mehr zu fürchten haben. Aber auch die Arbeitersportvereine sind groß geworden. Einer Organisation wie beispielsweise dem Deutschen Arbeiterradfahrbund „Solidarität“ hat die Bourgeoisie der ganzen Welt nichts an die Seite zu stellen.

Die Arbeiter beginnen jetzt den bürgerlichen Sportklub zu fassen. Man weiß dort, daß im Sport Quantität auch Qualität bedeutet, weil sie eine größere Ausdauer geschleitet. Sind doch schon gute Ruderer aus dem Arbeitssaal auf den Drehsessel im Rotor avanciert! Aber die Arbeiterschaft ist zu stolz geworden, die ihr zugewandte Rolle als Staffage im bürgerlichen Sport wieder zu übernehmen. Sie gibt die mit vieler Energie zustande gebrachten eigenen Organisationen nicht auf. Will man die Arbeitersportvereine als gleichberechtigt nicht anerkennen, dann gut. Wenn nicht: Ihrer kommenden Ueberlegenheit wird man sich beugen müssen!

#### Brunnenunglück in der Schultheiß-Brauerei.

##### Ein Arbeiter tot.

Ein schweres Brunnenunglück hat sich gestern nachmittags kurz nach 4 Uhr auf dem Grundstück der Schultheiß-Brauerei in der Schönhauser Allee 36/39, Ecke Franzstraße, zugetragen. Seit mehreren Monaten sind dort Arbeiter eines Brunnenbauers aus Schöneberg damit beschäftigt, auf dem Betriebshof einen etwa 80 Meter tiefen Brunnen zu bohren. Der Brunnen ist wegen der ungewöhnlichen Tiefe in mehrere Podeste eingeteilt und es führt eine eiserne Leiter direkt hinunter. Zur Erleuchtung der Arbeiten ist der Brunnen mit einer elektrischen Beleuchtung versehen. Gestern nachmittags begab sich der Arbeiter Schulz in den Brunnen hinab, ohne ein brennendes Licht mitzunehmen, das sonst stets mitgeführt wird, um das Vorhandensein von giftigen Gasen festzustellen. Als Schulz nach einiger Zeit nicht wieder zum Vorschein kam, rief der Vorarbeiter in den Schacht hinab. Er erhielt aber keine Antwort, weshalb er selbst die eiserne Leiter hinunterstieg. In einer Tiefe von etwa fünfzehn Metern sah er zu seinem Schrecken den vernichteten Arbeiter auf dem Boden liegen. Der Vorarbeiter stieg wieder in die Höhe und alarmierte die Unfallstation der Brauerei. Von dieser eilte ein Bademeister, der die Zeitung der Unfallstation inne hat, sofort zu Hilfe und suchte, angetan mit einem Schutzhelm, den Verunglückten zu retten. Seine Bemühungen waren aber vergeblich und so alarmierte man schließlich die Feuerwehr, die mit einem Löschzug schnell zur Stelle war. Brandinspektor Wende ließ einen Feuerwehmann mit dem königlichen Rauchhelm ausrüsten und mit Hilfe einer Dampfpritze frische Luft in den mit giftigen Gasen angefüllten Brunnen schachten. Der Feuerwehmann, dem mit einem Plaster zugleich frische Luft zugeführt wurde, drang bis zu dem Verunglückten vor und leitete ihn an. Als er wieder an der Oberfläche erschien, wurde der verunglückte Arbeiter an dem Seil in die Höhe gezogen. Inzwischen hatten Samariter der Feuerwehr schon einen Sauerstoffapparat bereit gestellt und es wurden sofort Wiederbelebungsvorhaben vorgenommen. Es war aber keine Rettung mehr möglich, da bei dem Verunglückten schon der Tod eingetreten war. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und am Abend dem Schauhaus zugeführt. Schulz stand im 29. Lebensjahr.

#### Achtung! Stellungsuchende!

Zimmer wieder sind Stellungsuchende eine ergiebige Quelle eines fast maßellosen Gewinnes für jene Leute, die sich auf derartige Geschäfte verstehen. Kann man den Stellunglosen auch keine Arbeit verschaffen, so kann man ihnen mindestens bei der Suche nach Arbeit „helfen“, aber selbstverständlich nur gegen Zahlung reichlicher Gebühren.

Zu solcher „Hilfe“ erbotet sich ein „Spezialbureau für Stellengesuchtsangelegenheiten“, das im Hause Kreuzbergstr. 3 von einem Herrn Wittpaßl jetzt in Verbindung mit einem Herrn Schwenzfeger betrieben wird. Dem Herrn Wittpaßl wußten wir schon vor etwa einem Jahre

eine Betrachtung widmen, weil er damals die Dreistigkeit hatte, sich den Stellensuchenden als Inhaber eines „sozialdemokratischen Stellennachweises“ zu empfehlen. Später änderte er die ähner Aufnahme seines Geschäfts, aber das Verfahren, nach dem er es treibt, scheint daselbst geblieben zu sein. Wer durch Zeitungsannonce eine Stellung sucht, kann, wenn er darin seine Adresse angibt, es sehr bald erleben, daß er durch eine Antwort erfreut wird. Er soll aber nicht glauben, daß ihm sofort ein Stellenangebot eines Arbeitgebers ins Haus gestiegen kommt. Nein, so rar sind die Arbeitskräfte nicht, daß die Arbeitgeber auf eine solche Annonce hin sich in Kasse nachweilen würden, ihre Offerten einzuzureichen. Das Wittpahlsche „Spezialbureau für Stellengesuchungsangelegenheiten“ ist es, das immer noch auf Stellengesuche mit seinen Offerten antwortet.

Einer, der das durchgemacht hat, teilt uns seine Erfahrungen mit. Als er in einer Zeitung annonciert hatte, daß er Stellung suche, meldete sich bei ihm Wittpahl's Bureau durch folgenden Brief:

„Sollten Sie auf Ihre Annonce kein direktes Stellenangebot erhalten haben und es Ihnen daran liegen, schnell ohne Stellensuchermittler, wo Sie Ihr Geld für die Katalogliste nur fortwerfen würden, gewünschte Stelle zu erhalten, so wollen Sie sofort nach Erhalt dieses Schreibens unter Mitbringung Ihrer Zeugnisse in unserer Expedition, Kreuzbergstraße 3, Seitenflügel 3 Treppen, in der Zeit von 10 bis 12 und 1 bis 6 Uhr an Wochentagen vorbeisprechen, und werde ich Ihnen durch Anfertigung der zur schnellen Erhaltung gewünschter Stelle erforderlichen Papiere und Aufgabe der Adressen, wo Sie sich wegen Ihrer Stellung hinwenden können, zur Erlangung derselben behilflich sein. Die Kosten sind so gering, daß selbst der ärmste Stellensuchende die paar Groschen entbehren kann. Tausende von Stellensuchenden haben durch unser Geschäft gute bezahlte Stellen erhalten und können Sie sich davon in unserer Expedition überzeugen. Sollten Sie keine Zeugnisse haben, so werden Ihnen die zur Bewerbung erforderlichen Papiere auf Wunsch ordnungsmäßig angefertigt. In Ihrem eigenen Interesse wollen Sie alle indirekten Stellenangebote außer acht lassen, da dieselben meistens nur Schwindel sind, und sich von unserem teuren Angebot überzeugen.“

Das Schreiben trug noch den aufmunternden Vermerk: „Keine Arbeitsnot in Berlin“. Ach, das wußte der Stellensuchende besser! Aber er beschloß, es mal mit Wittpahl zu probieren. Das erste war, daß er für das Muster eines Bewerbungsschreibens und für förmliche Verbrieflichung eines „Lebenslaufes“ von wenigen Zeilen, der als Ersatz für Zeugnisse gelten sollte, 3,20 M. zu zahlen hatte. Die Kosten stellten sich also sehr viel höher als ein „paar Groschen“, die nach Wittpahl's Annahme „selbst der ärmste Stellensuchende entbehren kann“. Daß jogleich 50 Verbrieflichungen abgenommen und diese so hoch bezahlt werden müßten, war bitter. Zu dieser Leistung fügte der hilfsbereite Herr Wittpahl noch hinzu, daß er fünf Stellenadressen kostenfrei nannte und „den besten Erfolg wünschend“ sich „hochachtungsvoll“ empfahl. Die Adressen bezog er von dem erwähnten Schwanzfeder, den er als „kongessionierten Stellenverleger“ bezeichnete. Ein „Stellenverleger“ ist selbstverständlich kein Stellensuchermittler, sondern ein Mann, der von Stellensuchenden die Adressen sammelt und vertreibt. Der Stellensuchende war mit den ihm überreichten Adressen rasch fertig, ohne daß seine Bewerbungen einen Erfolg gehabt hätten. Als er das dem Wittpahl'schen Bureau mitteilte, kam eine Antwort, die „sehr bedauerte“ und weitere Adressen gegen Zahlung von noch 30 Pf. versprach. Auch darauf ging der Stellensuchende ein und er wurde dann mit reichlichem Adressennachschub versehen. So daß er Belagener sein, seine Bewerbungen sehr zahlreich und noch ein hübsches Stück Geld für Briefpapier und Porto los zu werden. Er versichert uns, daß er ziemlich ein Viertelhundert Bewerbungen abgefordert, dann aber den Arm beiseite geworfen habe.

Unser Stellensuchender bittet uns, seine Erfahrungen bekanntzugeben zum Nutzen anderer Arbeitslosen, die gleich ihm durch Zeitungsannonce eine Stellung zu finden versuchen. Daß Wittpahl's Bureau nicht Stellen vermittelt, sondern durch Anfertigung von Bewerbungsschreiben und Zeugnisabschriften verdienen will, kann man aus der Offerte bei genäherter Aufmerksamkeit herauslesen. Wir weisen hierauf alle Stellensuchenden hin, die von Wittpahl mit einer Offerte beglückt werden und sie etwa doch anders auffassen, z. B. wegen des Hinweis auf „Tausende von Stellensuchenden“, die durch ihn „gutbezahlte Stellen erhalten“ haben sollen. Verwirrend kann auch wirken, daß der Briefkopf die Angabe „Adressen — Stellen — Verlag“ enthält und andere von dem Bureau versandte Schriftstücke mit Angaben wie „Stellen — Verlag — Nachweis“ geschmückt sind. Auf einem Schriftstück bezeichnet Wittpahl und Schwanzfeder sich nebenbei als „Lieferanten des Bundes der Landwirte“. Was mögen sie ihm „liefern“?

### Zur Entwicklung Berlins.

Die Ausbühnung von Berlin oder die Citybildung schreitet ununterbrochen fort. Die alten Häuser in der Luisenstadt, in der Lindenstraße, Friedrichstadt verschwinden und an deren Stelle treten Geschäftshäuser — Erdgebäude, wie der Berliner sagt. — Auf der einen Seite wird durch diese Umwandlung die Abwanderung nach den Vororten gefördert, auf der anderen Seite verringern sich die Kosten für Schulen und Arme. In der Linden- und den angrenzenden Straßen werden zum 1. April d. J. wieder eine ganze Reihe von alten Häusern abgerissen. In der dortigen Gegend sind zum 1. April d. J. Hunderte von Wohnungen gesündigt worden und nicht wieder vermietet.

Brandstiftung durch Einbrecher. Sonntagsabend wurde die Feuerwehr nach der Greifswalder Str. 206 gerufen, wo im vierten Stock des Obergabes die Wohnung der Familie Paul brannte. Die sich bald zeigte, war das Feuer vorsätzlich angelegt worden. In dem Schlafzimmer hatte man die Matratzen aus den Betten gehoben, sie schräg gestellt, über und über mit Petroleum besoffen und dann angezündet. Die Petroleumkanne stand noch neben den Betten. Auch einige Möbelfstücke waren in Brand gesteckt worden. Es gelang der Feuerwehr in kurzer Zeit, die Flammen zu erlöchen und von der Wohnstube fernzuhalten. Die nähere Beschädigung der Wohnung ergab, daß hier Einbrecher gehaust hatten. Sämtliche Schränke waren ausgeräumt und verschiedene Schubladen durchwühlt. Der Wandspiegel war heruntergerissen und lag zwischen den Möbelfstücken. Nach Angaben der Familie Paul ist den Dieben ein größerer Posten Wäsche in die Hände gefallen. Das Ehepaar hatte nachmittags bei dem schönen Wetter einen Spaziergang unternommen und die Wohnung unbeaufsichtigt gelassen. Als die Leute abends zurückkehrten und die Korridortüre öffneten, war die ganze Wohnung schon mit dickem Rauch angefüllt. Von den Einbrechern und Brandstiftern fehlt noch jede Spur.

### Massenkrankungen beim Garde-Train-Bataillon.

Nach dem Genuß von Fischen sind Sonntagnachmittag 21 Mann vom Garde-Train-Bataillon in Tempelhof unter Vergiftungsercheinungen erkrankt. Es stellte sich bei allen Unwohlsein und Erbrechen ein. Die Erkrankten wurden einweislich dem Dienst dispensiert, bis die ärztliche Untersuchung abgeschossen war. Im Laufe des gefrigen Nachmittags waren aber schon alle wieder soweit hergestellt, daß sie ihren Dienst wieder aufnehmen konnten.

### Die Leitung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Der Verfasser der in der Nummer vom 19. Februar veröffentlichten Notiz erucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: „Die Leitung der Allgemeinen Ortskrankenkasse glaubt in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ den Inhalt der Beschlüsse in Nr. 49 über die Anzuträglichkeiten bei der Krankenabfertigung als unrichtig energig zu rüchtweise zu müssen. Obwohl nach ihrer Angabe vom Vorstand der Kasselle 5 aufs entschiedenste bestritten wird, daß die Abfertigung einzelner Kranken zwei Stunden und länger in Anspruch nimmt, wird andererseits zugegeben, daß große Ansammlungen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vorkommen, und dies dem Umstand zugefrieben, daß der größte Teil der Patienten statt der Nachmittags- die Morgensprechstunde des Arztes benützt und dann gleich zur Kasse geht. Daß dies vorkommt und ein Uebelstand ist, soll unbestritten bleiben, wenngleich bezweifelt werden muß, daß die Mehrzahl der Kranken so verfährt. Es scheint aber der Kassenleitung noch ein anderer Umstand entgangen zu sein. Ein ganz erheblicher Teil der Kranken hat seine Unterhaltungsangelegenheiten auf den Bureaus der Berufsorganisationen zu regeln und kann daher meist nur in der kritischen Zeit auf der Kasse erscheinen. Kein vernünftiger Mensch kann und wird beanspruchen, bei größerem Andrang in ein paar Minuten abgefertigt zu sein. Verlangt kann aber werden, daß mit dem naturgemäßen Andrang gerechnet und die Wartezeit für die Kranken durch geeignete Organisation des Abfertigungsdienstes nicht über Gebühr ausgedehnt wird. Wenn dann angeführt wird, daß bei der gegenwärtigen Betriebsorganisation gegen früher etwa ein Drittel weniger Abfertigungen auf den einzelnen Beamten entfallen, so ist nicht recht ersichtlich, was damit gefagt sein oder bewiesen werden soll. Da die Beamten doch unbestritten ihre volle Pflicht tun, so muß der Unterschied zwischen der Abfertigung eines Kranken von früher und jetzt doch andere Gründe haben. Im übrigen war die Bemerkung über die gesundheitliche Schädigung der Beamten für jeden, der lesen konnte oder wollte, allgemeiner Natur und auf keinen bestimmten Fall gemünzt. Daß Ohnmachtsanfälle vorgekommen, wird ja nicht bestritten. Nur handelt es sich nicht — wie die Kassenleitung es darzustellen beliebt — um alltäglich vorkommende, sondern durch übermäßig langen Aufenthalt im Gedränge und in heißer und verdorbener Luft bedingte Fälle. Schließlich ist der Kassenleitung noch anzurathen, nicht lediglich in der Frage kommenden Jahreshilfsvorber über die Anzuträglichkeiten zu befragen, sondern vor allem auch das abzufertigende Publikum selber. Sie wird dann auch erfahren, daß nicht nur zwei Stunden, sondern unter Umständen auch noch erheblich länger gewartet werden muß. Sie wird ferner die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß es hier nicht mit energischer Zurückweisung von „Unrichtigkeiten“ getan ist, sondern mit Abstellung des kritisierten Mißstandes.“

Wie uns noch von anderer Seite mitgeteilt wird, sind auch die abfertigenden Beamten mit unnötigen Schreibereien sehr überlastet. Bei jedem einzelnen Kranken sind mehrere verschiedenartige Scheine auszufüllen, was sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Dazu kommt, daß auf jeden mit der Abfertigung betrauten Beamten nicht nur 20 Parteien, wie die „Berliner Volkszeitung“ seimezeit jährt, sondern mindestens 300 bis 400 Parteien kommen. Dabei sind die freiwilligen Mitglieder noch gar nicht berücksichtigt. Würde manche überflüssige Schreibarbeit und das so oft überflüssige Telephonieren nach der Zeitralfen der Beamten abgenommen werden, dann könnte die Abfertigung des Publikums auch bei dem vorhandenen Beamtenapparat schneller vonstatten gehen.

### Unaufgeklärter Leichenfund.

Die Leiche eines 16jährigen Mädchens wurde gestern nachmittag von Schiffen aus dem Osthafen am Marktgrafenstamm gefunden. Wie bald festgestellt werden konnte, handelt es sich um die 16 Jahre alte Tochter des Kaufmanns Michel aus der Weihenburger Straße. Das Mädchen wurde bei ihrer Taufe in Nieder-Schönebeck erzogen. Seit dem 13. Dezember vergangenen Jahres wurde sie vermisst. An diesem Tage war sie von einem Ausgange nicht wieder heimgekehrt und alle Nachforschungen nach ihr waren ohne Erfolg geblieben, bis man sie jetzt landete. Ob die Ertrunkene freiwillig ins Wasser gegangen ist, oder ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, bedarf noch der Aufklärung.

### Familientragedie in der Wolliner Straße.

Als gestern früh Bewohner des Hauses Wolliner Straße 50 den Treppenhof betreten, bemerkten sie, daß aus der Wohnung des Hagedorn's Kolb starker Gasgeruch herausströmte. Da ihnen auf wiederholtes Klopfen nicht geantwortet wurde, ertrachten sie die Tür und fanden A mit seiner Frau und Tochter in dem gasgefüllten Schlafzimmer bewusstlos in den Betten liegen. Dem sofort herbeigerufenen Arzt gelang es, die beiden letzteren ins Leben zurückzurufen, A selbst war jedoch schon tot.

Ein Automobil im Werte von 12 000 Mark ist aus einer Garage in der Rossauischen Straße 89 gestohlen worden. Der Diebstahl ist schon vor einigen Tagen geschehen, aber erst jetzt entdeckt worden. Es handelt sich um einen Benz-Kraftwagen, der die Fabriknummer 12 104 trägt und im Inneren graue Klubseilspolsterung aufweist. Die polizeilichen Nachforschungen haben Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Dieb an Stelle der Erkennungsnummer IA 2467 die Bezeichnung H/O 64 gefügt hat; der Buchstabe O ist in roter Farbe gezeichnet. Der Täter scheint im Besitze eines gefälschten Zulassungsscheines des Polizeipräsidiums zu sein, der auf den Namen eines angeblichen ungarischen Grafen Driehel lautet.

Seinem Kinde in den Tod gefolgt ist der 37 Jahre alte Tischler Wilhelm Rödiger aus der Willdenomstraße 5. Rödiger verlor vor einigen Wochen sein einziges Kind, nachdem es lange Zeit krank danieder gelegen hatte. Der Verlust seines Kindes, eines zehnjährigen Mädchens, ging dem Mann so nahe, daß er tiefsinnig wurde und wiederholt ankerte, sich das Leben nehmen zu wollen. Gestern nachmittag fuhr er, als seine Frau ausgegangen war, seinen Vorhof aus. Bei der Rückkehr der Frau gegen Abend fand diese ihn tot in der Küche auf. Er hatte, ebenso wie die Frau Reichel aus der Schulendorfer Straße, den Schlauch des Gaskochers in den Mund genommen und sich mit Gas vergiftet.

Unter die Näher einer Autodroste geriet gestern mittag in der Mariannenstraße der achtjährige Knabe Otto Puff vom Heinrichsplatz 10. Der Knabe war beim Spiel beschäftigt; er wurde schwer verletzt vom Wagens getragen. — An der Ecke der Linden- und Kochstraße lief der 18 Jahre alte Willi Bluhrig beim Kollaudlaufen gegen eine Droste und wurde ebenfalls überfahren. Man schaffte den Knaben, der ausserdem schwere innere Verletzungen davongetragen hatte, nach dem Urban-Krankenhaus.

### Schwerer Unfall auf dem Flugplatz.

Auf dem Flugfelde in Johannisthal verunglückte gestern nachmittag der Monteur Wolfersdorf von den Jeanninwerkeln sehr schwer. Er wurde, als er den Propeller einer Jeannintaupe andrehen wollte, von diesem erfaßt. B. erlitt Schädelverletzungen, Querschnitten und auch innere Verletzungen, so daß er ins Accidien-Krankenhaus gebracht werden mußte.

## Vorortnachrichten.

### Charlottenburg.

Die Kubisbarsteuerveränderung steht auf der Tagesordnung der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag in zweiter Lesung zur Beratung; sie soll dann endgültig verabschiedet werden. Der Staatsausch hat an der Magistratsvorlage eine Reihe von Abminderungen vorgenommen, durch die aber die Bedenken der grundsätzlichen Gegner dieser Ausnahmsbesteuerung

nicht beseitigt sind. So sollen u. a. musikalische Vorträge in Café-restaurants, Gastwirtschaften, Schankwirtschaften und öffentlichen Vergnügungslösalen nicht allgemein der Steuer unterworfen sein, sondern nur dann, wenn diese Vorträge sich über die Zeit bis nach 11 Uhr abends hinaus ausdehnen oder erst nach dieser Zeit beginnen. Bei polizeilich anerkannten Jugendvorstellungen, die bis 6 Uhr nachmittags beendet sind, wird für Eintrittspreise bis einschließlich 10 Pf. eine Markensteuer nicht berechnet. Die Haussteuer für öffentliche oder Vereinslustbarkeiten und Vergleichen hat der Ausschuß wesentlich herabgesetzt. Während sie nach der Magistratsvorlage je nach der Grundfläche der für die Veranstaltung bestimmten Räume bei einer Grundfläche bis zu 500 Quadratmeter zwischen 8 und 15 M. schwante, soll sie nach den Anträgen des Ausschusses zwischen 2 und 6 M. betragen. Bei mehr als 500 Quadratmeter soll nach dem Antrag des Ausschusses für jede weiteren 100 Quadratmeter 1 M. (nach der Magistratsvorlage 3 M.) hinzukommen. Die Haussteuer für Vergnügungs- und Nummernplätze hat der Ausschuß um die Hälfte ermäßigt. Trotz dieser und einer Reihe anderer Verbesserungen ist die Vorlage nach wie vor dazu angehen, eine große Reihe von Gewerbebetreibenden auf das schmerzlich zu schädigen. Die Interessenten haben deshalb allen Anlaß, sich noch in letzter Stunde zu rühren, um diese so verwerfliche Steuer, wenn irgend möglich, zu Falle zu bringen. Im Staatsausch ist die Annahme mit 9 gegen 8 Stimmen erfolgt.

### Warum geschieht nichts für die Arbeitslosen?

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Sonntag mittag eine im Volkshaus abgehaltene, gutbesuchte öffentliche Versammlung. Der erste Referent, Reichstagsabgeordneter Genosse Gustav Bauer, ging zunächst auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit ein. Sie sei eine untrennbare mit der heuligen Wirtschaftskrise verknüpfte Erscheinung. Selbst das gebildete Bürgertum müsse einsehen, daß es unrichtig sei, wenn behauptet werde: Wer da arbeiten wolle, der findet Arbeit. Da die organisierte Gesellschaft, der Staat, die Notwendigkeit der Fürsorge für die Opfer der Arbeitslosigkeit noch nicht anerkannt hat, hätten die Arbeiter versucht sich selbst zu helfen. Sie hätten die Gewerkschaften ausgebaut und was heute von diesen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge geleistet wird, sei von hervorragender Bedeutung. Es sei aber eine Unrechtigkeit, wenn man den Schwächsten, den am schwersten betroffenen Volksgenossen auch noch die Fürsorge für die Opfer der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftskrise überläßt. Für diese aufzukommen, sei eine Aufgabe, die der Staat im weitestgehenden Interesse selbst übernehmen müßte. Der Redner wies dann den Umfang der Arbeitslosigkeit nach und zeigte deren verheerende volkswirtschaftliche Wirkung. Wie wenig es aber trotzdem unmöglich sei, durch eine staatliche Fürsorge diesen Schäden zu begegnen, zeigte er an einem Beispiel. Schätzungsweise waren im Dezember 1913 in Deutschland etwa eine Million Arbeiter beschäftigungslos. Wenn das Deutsche Reich für diese Million Arbeiter eine Unterstützung etwa nach dem System in der Form eines Zuschusses an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenvereine zahlen würde, dann hätte es im Verhältnis zu den gegenwärtig von diesen aufgewendeten Beträgen etwa 20 bis 25 Millionen Mark zu zahlen. Was bedeutet diese Summe für das Reich? Das wäre etwa die Hälfte der Ausgabe, die der Bau eines Panzerschiffes erfordert. Im Gegensatz zu anderen Staaten führe in Deutschland das Unternehmertum, unterstützt von den Agrariern, einen erbitterten Kampf gegen herartige Einrichtungen. Und die Reichsregierung macht sich, wie die neuesten Reichstagsverhandlungen beweisen haben, zum Anwalt der Unternehmer. Mit einer Brutalität, die nicht zu übertreffen sei, gingen die Unternehmer gegen die Arbeiter vor. Wenn wir ihren Widerstand überwinden wollen, dann müsse der politische und gewerkschaftliche Kampf mit verdoppelter Energie fortgesetzt werden. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nahm Genosse Richter als zweiter Referent das Wort, um zu zeigen, was in Charlottenburg bisher von der Stadtverwaltung zur Linderung der Not der Arbeitslosen geschehen ist. Nachdem nach jahrelangen Kämpfen endlich eine Vorlage für eine häußliche Arbeitslosenversicherung nach dem System mit besonders lieberer Berücksichtigung der unorganisierten Arbeiter zustande gekommen und vom Magistrat den Stadtverordneten vorgelegt worden war, schied in der Stadtverordnetenversammlung ein erbitterter Kampf um diese Vorlage ein. Und das liberale Bürgergut brachte die Vorlage zur Fall. Mit welchen Argumenten gearbeitet wurde, zeigte der Referent an verschiedenen Beispielen. Selbst der Magistrat mußte diesen Liberalen entgegenstehen. Ein wunderbares Bild! Der Magistrat und die Sozialdemokratie gegen die Bürgerlichen! Charlottenburg zeige aber auch, wie die Haltung der Liberalen zu der Arbeitslosenversicherung im Reichstag zu bewerten ist. Dort stellen sie sich ihr etwas freundlicher gegenüber als Rücksicht auf die Wählermassen im Lande. Wenn es aber drauf und dran geht, dann verfaßt das Bürgergut elendiglich. Diese Haltung des liberalen Bürgertums zu kennzeichnen und den Arbeiterkammern den Augen zu führen, solle kein einziger der Anwesenden unterlassen. Auch die Ausführungen dieses Redners fanden lebhaften Beifall. In der anschließenden Diskussion brachten die Genossen Erbe (Steinscher) und Storch und Hammel (Holzarbeiter) noch Beschwerden gegen die Stadtverwaltung bei der Begründung häußlicher Arbeiten vor. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am Sonntag, den 22. Februar, im Volkshaus in Charlottenburg tagende öffentliche Versammlung nimmt mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß die bürgerliche Gesellschaft nach wie vor nicht gewillt ist, eine durchgreifende Arbeitslosenversicherung einzuführen.

Sie protestiert entschieden gegen die ablenkende Haltung der Reichsregierung gegen die Arbeitslosenversicherung. Die empörende Tatsache, daß auch die liberale Stadtverordnetenfraktion in Charlottenburg die Maßnahmen des Magistrats zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit systematisch hintertrieben hat, ist kennzeichnend für den arbeitseindlichen Charakter dieser bürgerlichen Parteien.

Die Anwesenden verpflichten sich mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen die herrschenden Klassen fortzuführen und nicht zu ruhen, bis auch die Arbeitslosenversicherung ihnen abgerungen ist.

Zu diesem Kampf ist es das erste Erfordernis, daß sich die Arbeiter politisch und gewerkschaftlich organisieren. Die Versammlungen geloben, soweit sie diesen Organisationen noch nicht angehören, sich diesen anzuschließen und unermülich für sie zu agitieren.

### Neuföhln.

Mit einem Fehlbetrag von 270 700 M. schließt der neue Stadthaushaltvorbereitung ab. Nach vor kurzer Zeit ließ der Neuföhln-Magistrat durch die Lokalpresse veröffentlichen, daß Neuföhln, im Gegensatz zu Schneberg, Charlottenburg und Wilmersdorf mit 100 Proz Zuschlag auskommen werde. Die Finanzlage sei durchaus günstig. Daß bei den Vorberathungen des Staats in den Verwaltungsdeputationen an allen Ecken gespart und gestrichen wurde, daß alle sozialen Aufgaben leiden und vernachlässigt werden, nur um die ominösen 100 Proz. nicht zu überschreiten, verschleierte man sich schamhaft. Alle Rechnungsküste haben aber nichts genügt. Das Defizit ist da. Und diesem unangenehmen Faktum stehen Rämmerer und Magistrat rüßlos gegenüber. Anstatt selbst Vorläufe für eine Verbesserung der Finanzen zu machen und wie in Schneberg und Charlottenburg eine Erhöhung des Zuschlages zu beantragen, überläßt es der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung, aus dieser unangenehmen Situation einen Ausweg zu suchen.





Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung, Montag, den 23. Februar 1914, mittags 12 Uhr.

Im Ministeritz: Ministerialdirektor Kirchner.

Das Medizinalwesen.

Abg. v. Pappenheim (f.).

räumt die Krankenhäuser; sie entsprechen allen Anforderungen. Es müssen aber noch mehr als bisher kleine Krankenhäuser errichtet werden. Diese kleinen Krankenhäuser brauchen nicht mit den sämtlichen teuren Apparaten ausgerüstet sein.

Abg. Frhr. v. Steinaecker (3.).

Der steigende Geburtenrückgang muß uns sehr bedenklich stimmen, namentlich im Hinblick auf unsere Wehrkraft. Nicht geringe Gefahr droht, sondern steigende Luftschicht ist der eigentliche Grund, auch wirtschaftliche Ursachen können ihn nicht erklären.

Minister v. Dallwitz:

Was auf polizeilichem Wege geschehen kann, soll geschehen. Wir suchen die Anpreisung der antikonzeptionellen Mittel und ihren Vertrieb zu verhindern. Gegenwärtig befaßt sich auch der Reichstag mit Maßnahmen, um den Vertrieb und die Bekämpfung dieser Mittel durch den Handel von Haus zu Haus auf gelegentlichem Wege einzuschränken.

Abg. Dr. Grund (natl.):

Im Handelsverehr mit Erzeugnissen der Nahrungsmittelchemie fehlt es an gesetzlichen Normen. Meistens wird aus Unkenntnis gegen das Nahrungsmittelgesetz verstossen und dem Mittelstand wird durch eine rigorose Handhabung des Gesetzes das Leben lauer gemacht.

Geheimrat Dr. Abel:

Hinsichtlich der Normen im Handel mit Erzeugnissen der Nahrungsmittelchemie schweben Erwägungen.

Abg. Dr. v. Bohna (f.):

Da durch die Reichsversicherungsordnung der Kreis der Versicherten erweitert ist, ist die Errichtung neuer kleiner Krankenhäuser dringend notwendig. Wir begrüßen die Auflösung des Reichsverbandes der Ärzte; die Ärzte stehen viel zu hoch, als daß sie nach Art einer Gewerkschaft eine Kampfstellung einnehmen könnten.

Medizinaldirektor Dr. Kirchner:

Ueber die spinale Kinderlähmung werden gegenwärtig eingehende Untersuchungen angestellt. Es handelt sich um eine Infektionskrankheit, deren Erreger so klein ist, daß wir ihn mit unseren heutigen Mikroskopen nicht erkennen können.

Der Geburtenrückgang ist eine Volkskrankheit, der mit polizeilichen Maßnahmen nicht beizukommen ist.

Ärzte, Lehrer und Geistliche müssen die Frauen auf die Gefahren der künstlichen Verhütung der Geburten aufmerksam machen. Die katholische Geistlichkeit ist warnend vorgegangen, hoffentlich folgt die protestantische bald. Die Zahl der Unterbrechungen der Schwangerschaft ist größer als je zuvor.

Abg. Hirsch (Soz.):

Nach den Reden der Abg. v. Bohna und Frhrern von Steinaecker müßte man glauben, daß die Sozialdemokratie zu allen anderen Verschuldigungen auch noch am Geburtenrückgang schuldig sei. Die Behauptung v. Steinaeckers, daß mein Freund Ströbel hier den Geburtenrückgang gepredigt habe, ist ganz falsch.

keine Hebung des Proletariats

erblide, daß sie sehr wohl wisse, daß in dem kinderarmen Frankreich die Lage des arbeitenden Volkes nicht besser ist, und daß wir unserer eigenen Nation die größtmögliche Nachhilfe wünschen, deren Vorbedingung eine möglichst große Volkszahl ist.

Beamten Beihilfen bewilligen; Sie wollen doch damit ihre Lage bessern. Auch der Hirtenbrief der Bischöfe erkennt an, daß Not und Wohnungsbedürfnis am Geburtenrückgang schuld sind. Nach der Statistik des Berliner Statistischen Amtes hat hier der Geburtenrückgang zur Zeit des Beginns unserer Schutzpolitik eingesetzt und war am größten im Jahre 1911, im Jahre der größten Teuerung.

ganz rapide Zunahme des Geburtenrückgangs, namentlich für die Jahre von 1902 bis 1911, wo die stärkste Lebensmittelpreiserhöhung herrschte. Eine weitere Ursache ist die Frauenarbeit, zu der die Frauen dort genötigt sind, wo das Einkommen des Mannes zur Erhaltung der Familie nicht ausreicht.

Säuglingssterblichkeit

hat im Vorjahr wieder zugenommen und sie ist auf dem Lande größer als in den Städten und besonders groß im Osten. (Hört! hört! links.) Was gegen die Säuglingssterblichkeit geschehen ist, ist zum Teil von den Gemeinden getan worden. Wir brauchen aber Schwangerschaftsversicherung und mehr Wöchnerinnenhilfen, darauf muß der Staat die Gemeinden hinweisen und ihnen, wenn es nötig ist, beistehen.

Abg. Rughan (Sp.)

müßte Vermehrung der hauptamtlichen Kreisärztelestellen und der häuslichen Krankenpflege gegen Volkskrankheiten. Der Geburtenrückgang ist nicht auf wirtschaftliche Verhältnisse zurückzuführen, denn dort, wo die Frauen noch die schwersten körperlichen Arbeiten leisten müssen, besteht kein Geburtenrückgang.

Ministerialdirektor Dr. Kirchner:

Ich freue mich über eine Äußerung des Abg. Hirsch, daß die Sozialdemokratie den Geburtenrückgang bedauere; es wird sehr nützlich sein, diese Äußerung im Volke zu verbreiten. Bisher hat man es nämlich anders gesehen. Auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft läßt sich der Geburtenrückgang nicht zurückführen; denn es ist bewiesen, daß sich die Lage der Arbeiter gehoben hat.

Abg. v. d. Osten (f.):

Wir begrüßen es, daß zwischen Krankenkassen und Ärzten endlich Frieden geschlossen wurde. Wir fordern eine bessere Krüppelfürsorge. Die Nahrungsmittelkontrolle soll nicht schematisch gehandhabt werden. Das Zusammengehen aller bürgerlicher Parteien zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs ist erfreulich.

Abg. Frhr. v. Reichenstein (3.)

müßte Maßnahmen zur Bekämpfung der Malaria in Obereschlesien.

Ministerialdirektor Dr. Kirchner:

Wir haben bereits Maßnahmen getroffen

Abg. Dr. Lohmann (natl.)

Der Geburtenrückgang zeigt eine fortschreitende Entwicklung. Die ausschlaggebende Ursache ist die Genuswahl in allen Kreisen der Bevölkerung. Die Arbeiterschaft hat sich dabei als ein sehr gefährlicher Schüler der schlechten Sitten der oberen Zehntausend erwiesen. Es ist vollkommen falsch, wenn man den Schulpaß als Ursache einer angeblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und des Geburtenrückgangs ansieht.

schon Ärzte für berechtigt, aus sozialen Gründen den Abort herbeizuführen. Mit dem dankenswerten Vorgehen der Reichsregierung gegen die Anpreisung antikonzeptioneller Mittel werden wir nicht sehr viel erreichen. Es geht mit uns abwärts. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ministerialdirektor Dr. Kirchner:

Es gehört oft eine große Charakterfestigkeit der Ärzte dazu, das Verlangen der Frauen aus allen Ständen nach einer künstlichen Unterbrechung der Schwangerschaft, ohne daß für sie eine Gefahr für Gesundheit und Leben vorliegt, energisch abzuweisen. Das ärztliche Ehrengericht wird unerschütterlich gegen nachgiebige Ärzte vorgehen.

Abg. Adolf Hoffmann (persönlich):

Ich muß mich gegen die Äußerung des Abg. v. d. Osten wenden. In einer Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Ströbel hat er auf einen angeblichen Unterschied zwischen unserer Theorie und unserer Praxis in Sachen des Geburtenrückgangs hingewiesen und ist dabei uns gegenüber zuerst persönlich geworden. Außerdem hat er gegen eine Broschüre polemisiert, von der er zugeben mußte, daß er sie gar nicht gelesen habe.

Abg. Hirsch (Soz.)

Der Schluß der Debatte macht es mir leider unmöglich, die gegen mich gerichteten Angriffe zurückzuweisen. Wenn der Abgeordnete v. d. Osten die Sozialdemokratie ausschließen wollte von dem gemeinsamen Kampf gegen den Geburtenrückgang, so hat er damit bewiesen, daß ihm der Kampf gegen die Sozialdemokratie wichtiger ist als gegen den Geburtenrückgang.

Abg. Stanke (3.):

wünscht eine Vergrößerung des hygienischen Instituts in Weußhen und ein neues Nahrungsmittelinstitut in Ratibor.

Ministerialdirektor Dr. Kirchner:

Es dürfen nicht zu viel Nahrungsmittelämter geschaffen werden.

Abg. Haenisch (Soz.):

Das Kind Hedwig des Gymnasiallehrers Prof. Dr. Rigus in Dortmund war vom Arzt vor der Impfung befreit worden, weil es krank war und die Impfung nicht vertragen konnte. Trotzdem sollte das Kind zwingensweise geimpft werden.

ein wahrer Skandal!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Entweder das Kind ist ungefährlich, dann kann es auch in der höheren Schule bleiben, oder es ist gefährlich, dann darf man es auch nicht in die Volksschule stecken. So Ärzte haben erklärt, daß ein ungeimpftes Kind gar keine Gefahr für seine Mitschüler darstelle.

Ministerialdirektor Kirchner:

Die Beantwortung dieser Fragen gehört vor den Reichstag. — Herr Prof. Rigus ist überzeugter Impfgegner, der seine Kinder auf Grund von Ätzen der überzeugtesten Impfgegner Breuhens nicht impfen ließ. In solchen zweifelhaften Fällen muß nach dem Gesetz Untersuchung durch den Impfsarzt eintreten.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Etat des Ministeriums des Innern und ohne Debatte die Zivilliste und das Zivilkabinett erledigt.

Parlamentarisches.

Handlungsgehilfen und Konkurrenzklause.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gesetzes über die Neuregelung der Konkurrenzklause hat die 2. Lesung der Vorlage beendet. Nach den Kommissionsbeschüssen erhalten die wichtigsten Paragraphen des Handlungsbuches folgenden Wortlaut:

§ 74. Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, die den Gehilfen für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt (Wettbewerbsverbot), bedarf der Schriftform und der Ausfertigung einer vom Prinzipal unterzeichneten, die vereinbarten Bestimmungen enthaltenden Urkunde an den Gehilfen.

Das Wettbewerbsverbot ist nur verbindlich, wenn sich der Prinzipal verpflichtet, für die Dauer des Verbots eine Entschädigung zu zahlen, die für jedes Jahr des Verbots mindestens die Hälfte der von dem Handlungsgehilfen zuletzt bezogenen vertragsmäßigen Leistungen erreicht.

Das Wettbewerbsverbot ist insoweit verbindlich, als es nicht zum Schutze eines berechtigten geschäftlichen Interesses des Prinzipals dient. Es ist ferner unverbindlich, soweit es unter Berücksichtigung der gewährten Entschädigung nach Ort, Zeit oder Gegenstand eine unbillige Erf schwerung des Fortkommens des Gehilfen enthält. Das Verbot kann nicht auf einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an erstreckt werden.

Ferner schlägt die Kommission dem Plenum zwei Resolutionen vor, die verbündeten Regierungen zu empfehlen: a) einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für Angestellte und Arbeiter die Unpünktlichkeit des Arbeitslohnens erweitert; b) dem Reichstage sobald als möglich eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch welche das Gebiet des Weibdemerksverbot für diejenigen Angestellten und Arbeiter geregelt wird, auf welche das vorliegende Gesetz keine Anwendung findet.

## Die Justiz im Dienst der Politik.

„Wir erledigen den Fall juristisch, nicht politisch“, sagte der Vorsitzende im Prozeß gegen die Genossin Luxemburg. Tatsächlich sind im Gegenzug hierzu für die Anklage lediglich politische Gründe maßgebend gewesen. Einen prächtigen Beweis liefert die Anklagerede des Staatsanwalts, deren Inhalt wir bereits aus Grund eines Telegramms wiedergaben. Die Rede ist aber so bezeichnend für die bange Furcht und Ratlosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft vor der wie für die Verständnisllosigkeit für die sozialdemokratische Ideologie und wirkt so agitatorisch, daß wir die Rede ausführlicher nachstehend wiedergeben.

**Staatsanwalt Dr. Hoffmann**

führte aus:

In beiden Reden hat die Angeklagte in einer maßlosen Weise die Waffen aufgehebt und die Leidenschaften aufgepeitscht. Sie hat zum Massenstreik aufgefordert. Sie weiß genau, welche namenlosen Folgen ein konsequenter und strikte durchgeführter Massenstreik haben würde. Sie weiß, daß das die Revolution und den Bürgerkrieg mit seinen namenlosen Folgen von Blut und Jammer bedeuten würde. Trotzdem hat sich die Angeklagte nicht geschämt, diesen Gedanken den Massen zu empfehlen. Sie hat weiter auf militärischem Gebiete in den Versammlungen gesagt, es müßte so sein, daß jeder Mann die Waffe mit nach Hause nehme, selbst wenn es dann einmal passieren sollte, daß die Waffe eine Richtung nähme, die den Herrschenden nicht paßt. Sie sagte, jeder Mann müßte die Waffe selbst bestimmen. Damit hat die Angeklagte den Offiziersmord, den Vorgesetztenmord, überhaupt den Mord an ihren bürgerlichen Gegnern empfohlen, namentlich, nachdem sie vorher erklärt hatte, daß es in der holländischen Kolonialarmee üblich sei, daß die mihandelnenden Offiziere von den Soldaten toteschlagen würden. Die Angeklagte hat weiter gesagt, ein Weltkrieg werde und müsse kommen, man wolle sich aber den Weltkrieg nicht angekrast gefallen lassen. Eine dahingehende Frage wurde von der Versammlung laut und entschieden mit Nein beantwortet. Papierte Proteste und papierte Revolutionen hat die Angeklagte nicht gemeint. Sie hat gemeint, daß auf eine Kriegserklärung, die der Parteivorstand nicht approbiert hat, das Volk sich nicht gefallen lassen brauche. Vor allem der Ausdruck „nicht ungestraft“ kann nichts anderes bedeuten als mit Gewalt auf einen nicht vom Parteivorstand genehmigten Krieg zu reagieren. Schließlich hat die Angeklagte gesagt: „Wenn und zugemutet wird, auf unsere französischen Brüder die Wirtswaffe zu erheben, dann antworten wir mit einem entschiedenen Nein.“ Das war der Höhepunkt ihrer Rede. Ihre ganze Rede war derart angelegt, daß sie bis zu diesem Höhepunkt langsam fortentwickelte. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Tosender, starker, andauernder Beifall folgte den Worten, so daß die Angeklagte ihre Red unterbrechen mußte, derart elementar hat diese Bemerkung gewirkt. Mit diesen Aeußerungen hat sich die Angeklagte schuldig gemacht der Vergehen gegen die §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches. Die Frage ist nun, ob die Aufforderung der Angeklagten sofort verwirklicht werden konnte und ob es überhaupt jemals zu den strafbaren Handlungen kommen konnte, zu denen die Angeklagte aufgehebt hat. Das spielt aber bei der Schuldfrage keine Rolle. Nennenswert aber ist ein Kontakt zwischen der Aufforderung und den Aufgeforderten. Dieser Kontakt war vorhanden. Unter den Tausenden von Versammlungsbesuchern befanden sich sicher auch junge Leute, die als Reservisten oder Landwehnmänner der Armee angehören. Die Angeklagte sagt nun, daß dies nicht der Sinn und Zweck ihrer Aufforderung gewesen wäre. Ja, bin gespannt, welchen Sinn und Zweck um die Angeklagte auszuendenken wird. Ich kann nur sagen: Nachdem die Angeklagte in dieser maßlosen, verheerenden Weise gesprochen hatte, können ihre Worte gar keine andere Bedeutung gehabt haben als die: Wenn Euch befohlen wird zu schießen, dann erklärt, daß Ihr nicht schießt und daß Ihr nicht schießen werdet. Hier ist ein Zweifel gar nicht möglich. Diese Worte bedeuten die Aufforderung zu dem außerordentlich schweren Verbrechen der Meuterei vor dem Feinde, das mit dem Tode bestraft wird. Diese Aufforderung hat die Angeklagte in die Menge hineingeschleudert. Der tosende Beifall, der sich sofort anschloß, beweist absolut sicher, daß die Menge diese Aufforderung verstanden hat. Bei der

antimilitaristischen Propaganda.

ist es die Hauptsache, die Arbeiter an den Gedanken zu gewöhnen: Ihr dürft nicht schießen, wenn der Parteivorstand es nicht erlaubt. Selbstverständlich wird die Angeklagte auch daran gedacht haben, daß auch die französischen Arbeiter nicht schießen würden. Aber die Angeklagte bleibt strafbar, auch wenn der französische Parteivorstand eine gleiche Mahnung an die französischen Arbeiter richten würde, wie die Angeklagte sie an die deutschen Arbeiter gerichtet hat. Die Angeklagte kann auch nicht sagen, daß sie an die Möglichkeit eines Krieges nicht gedacht hat. Im Gegenteil, sie hat gesagt: „Der Weltkrieg sei unvermeidlich und müsse kommen.“ Es liegt aber auch bei der Angeklagten ein Vergehen gegen den § 112 des S.G.B. vor, denn ein großer Teil der Anwesenden bestand aus Reservisten und Landwehnmännern, an die die Aufforderung erging, den Befehlen ihrer Vorgesetzten nicht Folge zu leisten.

Nun zum Strafmaß. Wilde Gekühlsprüche sind nur wenig zu erkennen. Es mag der Angeklagten zugute gehalten werden, daß sie keine Deutsche ist. Sie ist zwar durch Heirat formell eine Deutsche geworden, aber sie hat niemals Deutschland als ihr Vaterland anerkannt. Es mag der Angeklagten auch zugunsten werden, daß sie nicht aus einer unanständigen Gesinnung gesprochen hat. Was sie als ihr Endziel für erstrebenswert hält, davon ist sie überzeugt, alles andere aber spricht zu ihren Ungunsten. Die Angeklagte ist wiederholt vorbestraft. Inmehrin liegen die Strafen weit zurück, die letzte über acht Jahre. Es ist erkennbar, daß die Angeklagte seitdem zwar eine große Zahl der schlimmsten Verbrechen begangen, es aber verhindert hat, sich nicht strafbar zu machen. Das ist ein Beweis für ihre außerordentliche Intelligenz, für ihre Unerblichkeit im Handeln. Die Angeklagte überlegt sich genau, was sie sagt. Ihre ganze Persönlichkeit ist nicht geeignet, eine milde Auffassung hervorzurufen. Sie gehört der extremsten Gruppe des radikalsten Flügels der Sozialdemokratie an. Sie ist bekannt durch ihre außerordentlich scharfen Reden. Sie trägt den Beinamen „die rote Rosa“ nicht mit Unrecht. Die Frankfurter Reden zeigen, was sie in ihrem Kopfe denkt, was sie in ihrer Brust fühlt. Sie spielt mit dem Massenstreik, sie animiert zum Mord, sie fordert zur Meuterei auf. Das läßt erkennen, von welcher Teilnahme die Angeklagte gegen die bestehende Staatsordnung erfüllt ist. Wenn irgend eine unbekannt Agitatorin die Rede gehalten hätte, so würde sie mit einer geringen Strafe davon kommen. Aber die Angeklagte wird sich gefallen lassen müssen, daß die Strafe ihrer Bedeutung, ihrer Vergangenheit und ihrer außerordentlich starken menschenfeindlichen Gesinnung entspricht. Das Hauptwort bei der Strafe spricht nicht die Gefährlichkeit der Person, sondern die Gefährlichkeit der Tat. Die Tat ist eine ganz außerordentlich gefährliche. Damals waren gerade die Volkswirren zu Ende. Es lag Explosivstoff in der Luft. Das wollte die Angeklagte. Um so verwerflicher war es, daß sie die Meuterei predigte, wenn es zum Mord kam. Man lasse nur ein bis zwei Dutzend besaß verheerender entschlossener Leute in einer Kompagnie sein, so würde es

diesen Leuten ein Leichtes werden ein bis zwei Dutzend andere Leute auf ihre Seite zu bekommen. Das würde vollkommen genügen, um plötzlich eine Meuterei hervorzubringen. Kommt infolge einer Meuterei das Gesetz zum Stehen, dann müssen die aller schlimmsten Folgen kommen. Die Entscheidungsgeschichte kann durch eine derartige plötzliche Meuterei verloren gehen. Man denke auch an den niederschmetternden Eindruck, den eine solche Meuterei im eigenen Heere und beim Feinde hervorzurufen müßte. Ein einziger Fall einer solchen Meuterei vor dem Feinde kann außerordentlich schwerwiegende Folgen haben, kann unter Umständen sogar katastrophal wirken. Das alles hat die Angeklagte gewußt. Das sind keine Hirngespinnste und keine Phantasieprodukte, die zu scharfmaschinellen Zwecken vorgetragen werden. Es sind lebendige Wirklichkeiten, die jeden Tag eintreten können. Die Tatsache, daß derartige Möglichkeiten vorliegen, stampfen die Tat der Angeklagten zu einer ganz außerordentlich gefährlichen. Was die Angeklagte getan hat, ist ein

Attentat auf den Lebensnerv unseres Staates.

Wenn irgendein armer Häshen aus Not im Rückfall einen Einbruch begeht, dann muß er mindestens ein Jahr Gefängnis bekommen. Wenn irgendein Mensch aus anständigen Motiven, um einen Verwandten zu retten, einen Meineid leistet, so muß er ein Jahr Zuchthaus kriegen. Wenn ein junges armes Ding aus Verzweiflung sich vielleicht eine Hochadelsgroße Frucht abtreibt, so muß es mindestens 6 Monate Gefängnis bekommen, und wie jederleicht wiegt die Schuld dieser Personen gegenüber dem, was die Angeklagte getan hat. Dort aus Sorge und Not begangene Verzweiflungsstaten unglücklicher Menschen, die das soziale Interesse recht wenig berühren und hier ein aus feindlichem Haß geborener vorbedachter Angriff auf unsere Volkskraft. Ich beantrage für die Versammlung in Frankfurt acht Monate, für die in Heidenheim sechs Monate Gefängnis und beide Strafen auf ein Jahr Gefängnis zusammenzuführen. Sollte das Gericht auf eine derartige Strafe erkennen, dann ist die Angeklagte fluchtverdächtig und ich beantrage ihre Verhaftung. Die Angeklagte hält nichts in Deutschland. Sie ist eine internationale Persönlichkeit, die sich überall wohlfühlt. Wohin sie kommen wird, wird sie von ihren Parteifreunden mit offenen Armen aufgenommen. Sie läßt sich mit der Märtterkrone schmücken und eine Auslieferung ist unmöglich, weil es sich um ein politisches Delikt handelt. Die Angeklagte könnte ruhig in Brüssel oder in Zürich sitzen und sich über die preussische Justiz amüsieren. Wenn die Angeklagte frühere Strafen abgelesen hat, so liegt das einmal daran, daß die Strafen geringer waren und dann daran, daß die Angeklagte damals jünger war. Die Angeklagte würde geradezu unbegreiflich handeln, wenn sie nicht sofort nach Verbüßung der Strafe aus Deutschland verschwinden würde.

Die vorzügliche Abfuhr des Staatsanwalts durch die Genossin Luxemburg stand bereits in unserer Sonntagsnummer.

## Aus dem Berichte der badischen Fabrikinspektion.

Der soeben erschienene Bericht der badischen Fabrikinspektion enthält fast nur Tatsachenmaterial, ohne dasselbe so eingehend und scharf kritisch zu würdigen, wie das bei verschiedenen früheren Berichten, auch unter der Leitung des jetzigen Direktors des Gewerbeaufsichtsamtes, Dr. Wittmann, zu verzeichnen war. Ein Vergleich mit früheren Berichten zeigt, daß die industrielle Entwicklung in Baden noch stetig ansteigt. Die Zahl der Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und der diesen gleichgestellten Anlagen betrug 1907: 1853, 1912: 16 804 und 1913: 17 172. Die Zahl der vorgenommenen Revisionen betrug 10 367, hierauf entfallen auf hausindustrielle Betriebe und auf Bantzen 2296 Betriebe. Demnach wurden 68,8 Proz. gegen 57 Proz. im Jahre 1912 Betriebsrevidiert. In den revidierten Betrieben befanden sich 212 618 Arbeiter, entsprechend 78 Proz. der Gesamtarbeiterzahl. Wühin sind nicht besucht worden 7504 Betriebe mit 78 679 Arbeitern.

Die Zahl der Beamten ist zur Zahl der revidierenden Betriebe in Baden zu klein, was wiederholt schon vor 10 Jahren von unseren Genossen im Landtag einer scharfen Kritik unternommen worden ist. Der damalige Minister Dr. Schenkel hat, da er die Tatsache selber schlechterdings nicht bestritten konnte, die oberhalb Ausage gemacht, in Baden sei die Revision der Betriebe nicht so notwendig, wie vielleicht in anderen Bundesstaaten, denn die badischen Unternehmer hielten von selber auf die Durchführung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften“. Recht besänftigt ist es, daß Baden in dieser Beziehung weit hinter Preußen zurücksteht. Auf einen Revisionsbeamten entfallen in Preußen 11 233 und in Baden 17 606 Arbeiter. Etwas schlechter noch als in Baden ist das Verhältnis der Zahl der Revisionsbeamten zur Zahl der beschäftigten Arbeiter nur noch in Elsch-Lothringen, woselbst 18 999 Arbeiter einem Beamten unterliegen. Nimt man aber die Zahl der Betriebe zur Grundlage der Berechnung, so wird die Differenz namentlich zwischen Preußen und Baden sogar noch größer. Auf einen Revisionsbeamten entfallen nämlich Betriebe: Baden 1040, Hessen 661, Württemberg 838, Sachsen 620, Preußen 669, Elsch-Lothringen 1038 und Bayern 1123. Wie notwendig die Revisionen aber auch in Baden sind, lehrt die Tatsache, daß von den 10 367 revidierten Betrieben 2184, das sind 21 Proz., behördenseitig Auflagen gemacht werden mußten. Die Zahl der Auflagen selber betrug 4459 gegen 4239 im Vorjahre; hiervon entfielen allein 1370 zum Zwecke der Unfallverhütung. Nach der Arbeiterzahl gerechnet ist die Gruppierung der der Gewerbeinspektion zur Kontrolle unterstehenden badischen Industrie folgende: Industrie der Maschinen, Apparate usw. 47 290 — 16,1 Proz.; Zigarrenindustrie 42 065 — 14,3 Proz.; Metallverarbeitung 38 803 — 13,3 Proz.; Textilindustrie 36 868 — 12,5 Proz.; Baugewerbe 21 516 — 5,3 Proz.; Nahrungs- und Genussmittel (ausgenommen Kählen) 20 456 — 7,1 Proz.; Holzindustrie 18 690 — 6,4 Proz. usw. Die hohe Zahl der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Personen ist in keinem anderen Bundesstaat verhältnismäßig auch nur annähernd so hoch. Es haben nämlich der billigen Arbeitslöhne wegen zahlreiche norddeutsche Zigarrenfabriken ihre Fabriken nach Baden verlegt, oder Zweigfabriken gegründet. — Bei Besprechung der allgemeinen wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse wird die „Tabakarbeitergenossenschaft“ lobend erwähnt. Es heißt in dem Fabrikinspektionsbericht: „Eine in jeder Hinsicht vorbildliche Zigarrenfabrik hat die Grochensaufwerkshaus deutscher Konsumvereine, G. m. b. H. in Hohenheim fertiggestellt. Der große auch in seinem Reicheren gefällige Gebäude umschließt in mehreren Stockwerken die Büreaus, weite helle Arbeitsräume, Speiseäle und Garderoben, sowie eine Redranstalt, die mit elf Brause- und sieben Wannenöfen zur jederzeitigen, einschließlich Wäsche und Seife völlig freien Benutzung steht. Eine zentrale Ventilations- und Heizungsanlage mit Luftfiltration, Luft-Beaufschlagungs-, Erwärnungs- und Abfaltungsvorrichtung sorgt für ständige Lufterneuerung in den Arbeitsräumen. Zurzeit werden schon über 500 Arbeiter beschäftigt.“

Die Hausarbeit, an welcher die Tabakindustrie mit 3126 Werkstätten an erster Stelle beteiligt ist, hat in Baden eine große Bedeutung. Der Bericht konstatiert eine Zunahme der hausindustriell beschäftigten Personen. Es sind jetzt 11 382 hausgewerblich tätige Familien gemeldet. Die große Mehrzahl der in der Tabakindustrie beschäftigten Personen sind Frauen. Von 800 besuchten Hausarbeitern standen im Alter von bis zu 14 Jahren 107, davon 66 Mädchen und 42 Knaben, von über 60 Jahren 116, darunter 80 Frauen; zwischen 70 und 80 Jahre alt waren 39 und über 80 Jahre alt 9 Personen. In besonderen Arbeitsräumen arbeiteten 60, in der Küche 100, in der Wohnstube 825, im Schlafrum 94, 14 in einem Raum, der zugleich als Küche und Schlafrum diente, die übrigen auf Vorplätzen usw.

Ueber die Wohnungsverhältnisse wird im Bericht bittere Klage geführt: „Eine Frau rippie im Welt Regend Tabak aus. Sie war magen- und nerdenleidend und pflegte ihre Injeratentell verantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Borntrögers

Arbeit im Welt zu verrichten. Ein Hausarbeiter fertigte den Rehrich aus der Fabrik im Ziegenfall. Eine Tabakhausarbeiterin feuchtete den Tabak im Ziegenfall an und lagerte ihn auch daselbst. Eine andere Arbeiterin benutzte sogar den Abort als Arbeitsraum. In allen Fällen wurde die Errichtung geeigneter Arbeitsräume verlangt. Die Auflagen sind durchgeführt. Die Reinlichkeit ließ in den besichtigten Betrieben vielfach zu wünschen übrig. Der Tabak lagerte oft auf einem Boden, dessen Sauberkeit höchst zweifelhaft war.

Die Einführung des freien Samstagnachmittags hat nach dem Bericht weitere Fortschritte gemacht. „Die freien Samstagnachmittage“, so heißt es, „werden überall vernünftig und nutzbringend verwendet.“ Von dem Vorbehalte, daß zur alten Arbeitszeit zurückgekehrt werde, falls sich Anlässe ergeben, machte, soweit bekannt wurde, kein Arbeitgeber Gebrauch. Daß unterverbreitete junge Leute ihre freie Zeit oft verbrochen, kann nicht ins Gewicht fallen, den Vorteilen gegenüber, die der Gesamtheit zugute kommen.“ Nachdem im Bericht auch weiter die Vorteile des Arbeitsschlusses am Samstagmittag in familiärer Hinsicht geschildert worden, wird die Arbeitsruhe am Samstagnachmittag als ein bedeutendes Glied in der Kette sozialhygienischer Einrichtungen bezeichnet. Unsere Gewerkschaften werden von neuen Tarifabschlüssen sicherlich nicht unterlassen, auf dieses Urteil als sachkundigem Munde hinzuweisen.

Ueber das Kontinentwesen, das die Unternehmer mit zu den „Wohlfahrtsanstaltungen“ zu rechnen pflegen, wird im Bericht manches scharfe Urteil gefällt. Es werden mehrere Beispiele angeführt, wo der Kontinentbetrieb zur Vereinerung von Beckmeistern oder sonstigen dem Unternehmer nahestehenden Personen dienen müsse. In einigen Fällen ist dagegen eingeschritten worden. Als Mittel, diesen Uebelständen zu begegnen, empfiehlt der Bericht, der Arbeiterschaft in jedem Falle einen geordneten Einfluß zu sichern. Zusammenfassend kann man über den badischen Fabrikinspektionsbericht sagen:

Die Klagen sind im allgemeinen die alten; sie kehren jedes Jahr wieder. Das Unternehmertum sieht sich durch den Arbeiterschuh jeder Art in der Ausbeutung der Arbeiter beschränkt und sucht daher diese Schranken zu durchbrechen oder zu umgehen. Und hier ist kein Unterschied zwischen Nord und Süd. Gegenüber der Jagd nach Reichtum hat humanitäres Empfinden zu schweigen!

## Aus Industrie und Handel.

**Jahresabschluss der Nationalbank.**

Die ungünstige Entwicklung des Bankgeschäfts im Jahre 1913 veranlaßt auch die Nationalbank für Deutschland ihre Dividende herabzusetzen, statt 7 wird sie nur 6 Proz. verteilen. Gegen 1912 ist der Bruttogewinn von 13,2 auf 11,7 Millionen, der Reingewinn von 8,8 auf 7,4 Millionen Mark gesunken. Der Rückgang beruht hauptsächlich darauf, daß statt eines Gewinns auf Effekten in Höhe von 1,04 Millionen Mark, diesmal ein Verlust von 0,68 Millionen Mark in die Gewinnrechnung eingestuft werden mußte. Die Kursherabsetzungen, der Rückgang der Börsenspekulation und die Lähmung der Gründungstätigkeit infolge des Konjunkturrückganges und der teuren Geldsätze sind auch bei dieser Bank die Ursachen des Gewinnrückganges.

**Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft.**

Als ein bemerkenswertes Zeichen für die Stärke der imperialistischen Strömungen in Deutschland ist es zu beachten, daß zu gleicher Zeit zwei Gesellschaften gegründet werden, die der Ausdehnung des deutschen Außenhandels dienen sollen. In der „Deutschen Gesellschaft für Welthandel“ tun sich die beiden großen Industrieverbände (Bund der Industriellen und Zentralverband Deutscher Industrieller) zusammen. In der getrennt in Berlin gegründeten neuen „Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft“ finden sich Männer der Wissenschaft und Praxis zusammen, um an der „Bekämpfung des weltwirtschaftlichen Verständnisses und der weltpolitischen Reife des deutschen Volkes“ zu arbeiten. Welcher Art die Aufklärungsarbeit der neuen Gesellschaft sein wird, geht aus der Begründungsrede hervor, die der Vertreter des Marineamts und Staatssekretär v. Tirpitz hielt. Er begrüßte die Gründung der Gesellschaft, da die Idee der Weltwirtschaft heute für Deutschland kein Luxus mehr, sondern eine Lebensnotwendigkeit geworden sei, nicht nur im eigentlich wirtschaftlichen Sinn, sondern auch im Sinne der ganzen politischen und kulturellen Existenz Deutschlands. Son der immer weiteren Verbreitung weltwirtschaftlicher Gedanken hänge die Zukunft auch der deutschen Flottenbestrebungen ab. Es gelte von der Weltpolitik, was Bismarck einst von der Kolonialpolitik gesagt hat, daß sie nur möglich sei, wenn sie getragen werde von einer starken national-gesinnten Volksmehrheit. Die Gründung wurde sodann einstimmig beschlossen. Ein vorgelegter Satzungsentwurf, in dem es als die Aufgabe der neuen Gesellschaft bezeichnet wird, die Vorgänge und Zusammenhänge des Welt Handels, des Weltverkehrs und der sonstigen weltwirtschaftlichen Beziehungen zu erforschen und das Verhältnis dafür zu verbreiten, wurde angenommen. Politische Ziele sollen angeblich ausgeschlossen sein.

Die nordatlantische Dampfkonvention wurde am Montag in London auf fünf Jahre erneuert, vorbehaltlich der Regelung verschiedener Fragen, die in den nächsten Tagen besprochen werden sollen. Sollten diese Fragen nicht geregelt werden können, so gilt die Konvention für das laufende Jahr als erneuert. Die Erneuerung des Verbandes ist eine Folge der Einigung zwischen Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutscher Lloyd, die eine auf 75 Jahre geltende Interessengemeinschaft abgeschlossen haben. Dem Verband gehören alle kontinentalen Linien an. Es steht zu erwarten, daß nun auch die Verträge mit den englischen Schiffahrtsgesellschaften erneuert werden, so daß der große nordatlantische Schifffahrtsspool, der Ende Januar infolge der Differenzen zwischen Lloyd und Sogap aufgelöst wurde, in kurzer Zeit wieder den gesamten Verkehr zwischen Europa und Nordamerika kontrollieren wird. Schon bei der Auflösung rechnete man fest mit dem Zustandekommen neuer Verträge und ließ daher die statistischen Zentralbureau des Boock weiter in Funktion.

## Frauen-Leseabende.

**Brill-Bund.** Mittwoch 8<sup>1/2</sup> Uhr bei Becker, Brll, Gaußstraße 97. Vortrag der Genossin Siebel über „Bebel und die Frauen“.

**Ober-Schöneeweide.** Mittwoch 8<sup>1/2</sup> Uhr bei Haas. Vortrag der Genossin Grunmach.

**Tempelhof.** Mittwoch 8<sup>1/2</sup> Uhr bei Becker, Berliner Straße 80/87. Vortrag der Genossin Ramm-Baumgartenweg.

**Waldmannsluh.** Mittwoch 8 Uhr im „Schweizerhaus“, Dianastraße. Vortrag der Genossin Demming über „Frauentag und Frauenwahlrecht“.

**Witterungsübersicht vom 23. Februar 1914.**

Stationen	Barometer Höhe mm	Wetter	Temp. u. W.		Barometer Höhe mm	Wetter	Temp. u. W.			
			max.	min.			max.	min.		
Swinemünde	743	ED	4	molllig	5	Dabranbo	764	ED	2	molllig
Dambrügge	741	ED	5	bedeckt	5	Betersburg	761	ED	1	bitter
Berlin	741	ED	5	bedeckt	5	Stölln	755	ED	3	molllig
Frankf. a. M.	743	ED	3	Regen	6	Altheim	725	ED	5	bedeckt
München	744	ED	3	Regen	3	Paris	741	ED	2	bedeckt
Wien	744	ED	0	molllig	-5					

**Wetterprognose für Dienstag, den 24. Februar 1914.**

Etwas kühl, veränderlich, vorherrschend wolllig mit leichten Regenschauern und stellenweise heftigen Winden.

Berliner Wetterbureau.